

d'Lëtzebuerger **Land**

Ω 3 Ω

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#21 67. Jahrgang 22. Mai 2020



5 453000 174663



2021

4,00€

Schule im Schichtbetrieb

Minister Meisch unter Druck: Wenige Tage vor der Wiedereröffnung der Grundschulen und Kindergärten stellen sich noch viele Fragen

« Un équilibre à trouver »

Embarqué dans la « folie » Covid-19 depuis son arrivée ou presque au minéco, Franz Fayot dit « comprendre » les entreprises et estime avoir été « complet » avec les aides

« Le plus grand support possible »

Le 24 juin viendra à échéance l'état de crise pour lutter contre le coronavirus. Le gouvernement cherche une sortie de crise qui soit largement soutenue

Photo : Anthony Dehez

Minister Meisch unter Druck: Wenige Tage vor der Wiedereröffnung der Grundschulen und Kindergärten stellen sich noch viele Fragen

Ines Kurschat

Wenn am Montag um kurz vor acht die Grundschule in Consdorf die Türen öffnet, werden die Kinder nicht wie sonst durch die Gänge stürmen: Ein mit Bändern, Verkehrshüten und Schildern gezeichnetes Einbahnsystem leitet sie behutsam, aber bestimmt in ihren Klassensaal. Vorher müssen sie sich die Hände waschen, bis zum Klassenzimmer müssen sie ihre Masken oder Gesichtsschals tragen. Und alle zwei Meter voneinander Abstand halten.

„Es wird nicht mehr dieselbe Schule sein wie vor Corona“, ist sich Véronique Spaus-Daleiden sicher. Die Präsidentin der rund 230 Kinder zählenden Grundschule im Nordosten des Landes hat gemeinsam mit KollegInnen in den vergangenen Tagen viel dafür getan, damit die Schule gemäß den Anordnungen von Erziehungsminister Claude Meisch am 25. Mai wieder öffnen kann. Bis Mittwoch hatten Arbeiter rot-weiße Bänder gezogen, schwarz-gelbe Linien und Pfeile in die Gänge geklebt. Damit die Kinder sich zurechtfinden, werden sie in rote, blaue, grüne und gelbe Gruppen eingeteilt. „Das Farbsystem ist uns spontan diese Woche eingefallen.“ Es soll helfen, Sprachbarrieren zu überbrücken. Spaus-Daleiden hat ihre Pläne mehrfach überarbeitet.

Knappes Timing „Wir haben zunächst erwogen, ob wir nicht einige Klassen komplett zusammen behalten. Aber was ist, wenn ein Kind an Covid-19 erkrankt? Wir wollen uns später nichts vorwerfen.“ Andere Schulen, etwa in Ehleringen im Süden, haben kleinere Klassen zusammengelassen; da wo die Höchstzahl von zwölf Kindern unterschritten wird und die Säle groß genug sind, um den Zwei-Meter-Sicherheitsabstand zu wahren. „Wir haben Hand in Hand gearbeitet. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde, der *Maison relais* und den Technikern ist exzellent“, freut sich Spaus-Daleiden.

So wie ihr ging es vielen Schulleitungen: Das Timing war denkbar knapp, obwohl Premier Xavier Bettel die Schulöffnungen bereits am 15. April angekündigt hatte. Doch erst vorletzte Woche hatte das Erziehungsministerium gemeinsam mit dem Gemeinde-

„Es wird nicht mehr dieselbe Schule sein wie vor Corona“, so Schulpräsidentin Véronique Spaus-Daleiden bedauernd

verband Syvicol den Fragebogen an die Eltern verschickt, der den Betreuungsbedarf erfassen soll. Das war eine weitere Vorgabe: Mit dem 25. Mai öffnen zeitgleich auch die Kindergärten und -krippen. Eltern hatten anderthalb Tage, um sich zu entscheiden, ob sie ihr Kind nachmittags in der *Maison relais* abgeben wollen oder nicht. Wenn sie den Fragebogen verstanden haben: „Nicht jeder hat das. Das haben wir an den Antworten gemerkt“, sagt Laurent Biltgen, Lehrer an der Grundschule in Ehleringen. Um nicht im Informationschaos unterzugehen, nahmen er und Kollegen selbst die Telefonhörer in die Hand und haktten einzeln nach.

Starke Nerven Diese Aufgabe kam oben drauf auf einen Arbeitsberg, der sich bei vielen Lehrern seit Wochen aufhäuft: Während das *Homeschooling* weiterläuft, muss die Rückkehr zum Präsenzunterricht minutiös geplant werden. Nicht wenige Lehrer sind selbst Eltern und müssen sich neben ihrer Klasse um die eigenen Kinder kümmern. Ein Riesendruck für alle Beteiligten. „Ich war selbst am Limit“, gibt Spaus-Daleiden offen zu.

Entsprechend groß war der Schreck, als am vergangenen Freitag Erziehungsminister Claude Meisch

auf der Pressekonferenz zur Wiedereröffnung der Betreuungsstrukturen und des ersten Zyklus plötzlich ankündigte, Eltern, die vor acht am Arbeitsplatz sein müssten, könnten ihre Kinder ab sieben Uhr morgens bei der Schule abgeben. Sie würden im Hof beaufsichtigt. Lehrkräfte mit eigenen Kindern können ihren Unterricht nicht pünktlich beginnen, solange ihr Kind ohne Betreuung ist. „Wir haben gar kein Überdach“, sagt Spaus-Daleiden und zeigt nach draußen. Die Empörung der Gemeinden war so groß, dass das Ministerium das Angebot via Pressemitteilung am Montag kassierte – Meisch hatte vergessen, die Gemeinden in seine Pläne einzubinden. „Wir haben darauf gedrängt, das Angebot auszusetzen und sich erst einmal darauf zu konzentrieren, dass der Unterricht um acht beginnen kann. Das ist organisatorisch und personell Herausforderung genug“, unterstreicht Syvicol-Präsident Emile Eicher im Gespräch mit dem *Land*. „Ich bin ehrlich gesagt, fast vom Stuhl gefallen. Wie sollen wir dann die Kinder trennen?“, fragt Spaus-Daleiden. „Dann hätten wir wieder von vorne mit der Planung der Gruppen beginnen müssen.“

Die Aufteilung der Kinder in A- und B-Gruppen sowie in Lern- und Übungswochen ist Kernidee und Bedingung, damit Luxemburgs Schulen unter verschärften Corona-Schutzbestimmungen wieder öffnen können: Durch kleinere Klassen und durch die strenge Trennung soll verhindert werden, dass sich das Virus rasch von Kind zu Kind überträgt. Speicheltests, vom Minister zunächst für diese Wochen versprochen, jetzt auf nach den Pfingstferien verschoben, sollen mögliche Infektionsketten frühzeitig aufspüren und durch Isolierung unterbrechen.

Plexiglasbarrieren vorm Lehrerpult stehen zur Verfügung, wo der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann. Der Gesichtsschutz ist vorgeschrieben, allerdings nur für Kinder ab sechs Jahren. Bei Kleinkindern rät das Gesundheitsministerium von Masken ab, bei Kindern unter zwei Jahren sind sie sogar verboten, da sonst Erstickengefahr droht. „Wir wissen noch nicht, wie die Kinder

auf die vielen neuen Regeln reagieren werden“, sorgt sich Spaus-Daleiden. Der Mund- und Nasenschutz ist auf dem Hof, in den Gängen und auch in den Schulbussen obligatorisch. Aber werden die Kleinen das verstehen? Was, wenn ein Kind hinfällt und sich wehtut, wie es trösten? Oder wenn zwei sich streiten? Wie geht es dann mit der Distanz? „Idealerweise müssten die Kinder die Regeln kennen und die Barrieregesten können, bevor sie hier ankommen“, so die Schulpräsidentin.

Distanz statt Knuddeln Gemeinden haben den Schultransport reorganisiert und verdoppelt: Ein Bus fährt die erste Schülergruppe für acht Uhr zur Schule, während die B-Gruppe eine halbe Stunde später ankommt. „Versuchen Sie mal, einen Bus zu mieten, es gibt in den meisten Gemeinden keine Busse mehr“, beschreibt Emile Eicher die logistische Anstrengung. Zusätzlich müssen Zu- und Abfahrtswege jener Eltern organisiert werden, die ihre Kinder lieber in die Schule fahren. Wegen der Ansteckungsgefahr dürfen Mütter und Väter nicht ins Schulgebäude.

„Wir brauchen einen Busbegleiter, der die Kinder beaufsichtigt und einspringt, wenn Not am Mann ist“, so Spaus-Daleiden. Ihre Sorge: Was tun mit Schülern, die die Regeln nicht befolgen? Auf Nachfrage von Martine Hansen, schulpolitische Sprecherin der CSV, hatte Minister Meisch präzisiert, es seien keine Sanktionen vorgesehen. Grade jüngere Kinder verstehen die Bedeutung der Schutzmaßnahmen nicht auf Anhieb. Sie handeln oft spontan und impulsiv. Für Rabauken und Hibbelkinder plant die Consdorfer Präsidentin eine Art *Time-out*: „Mit einer zusätzlichen Kraft könnten wir diese Kinder kurzfristig rausnehmen, bis sie sich wieder beruhigen.“

Dass der Erziehungsminister während der Vorbereitungen mehrfach die Vorgaben änderte, hat die die Nerven vieler Verantwortlichen strapaziert: Auf seiner ersten Pressekonferenz zur Wiedereröffnung am 16. April hatte Meisch die Lehrer noch aufgefordert, bei der Aufteilung der Gruppen Rücksicht auf gewachsene Freundschaften und Geschwister zu

nehmen. „Der Betreuungsbedarf hat die Aufteilung der Gruppen maßgeblich bestimmt“, erzählt Emile Eicher, und auch Claude Meisch räumte dies in einem RTL-Fernsehinterview ein.

Weil die Kinder den Tag über zusammenbleiben sollen, wurden die Gruppen so zusammengesetzt, dass Kinder, die nach dem Unterricht in die *Maison relais* wechseln, möglichst in einer Gruppe sind. Immerhin, eine Befürchtung des Syvicol hat sich bisher nicht bewahrheitet: Entgegen den Erwartungen hätten weniger Eltern Betreuungsbedarf nach der Schule angemeldet, so Eicher, der Bürgermeister der Gemeinde Clerf ist: „Wir haben insgesamt rund 40 Prozent der Eltern, die Betreuung wollen. Das ist rund die Hälfte der Nachfrage von vor Corona.“ Offenbar betreuen verunsicherte Eltern ihre Kinder lieber daheim, statt sie in der *Maison relais* unterzubringen.

In anderen Gemeinden ist die Nachfrage indes so sehr gestiegen, dass sie ohne zusätzliches Personal nicht zu stemmen ist: In der Hauptstadt sollen 450 Kindergruppen mit 300 Erziehern sowie gut hundert Externen den Betrieb wieder aufnehmen, 46 Gruppen davon in privaten *Crèches*. Nur rund die Hälfte der Krippenkinder hat überhaupt einen Platz bekommen: Die Vorgabe des Gesundheitsamts, nur fünf Kinder pro Raum und Erzieher aufzunehmen, somit feste Gruppen zu bilden und die Ansteckungsgefahr so gering wie möglich zu halten, führt dazu, dass das Angebot deutlich schrumpft und Alleinerziehende oder Eltern, wo beide berufstätig sind, Vorrang haben. Im *Expats-Luxembourg*-Forum auf Facebook klagten unzählige Väter und Mütter, ihr Antrag auf einen Kindergarten- oder Krippenplatz sei, teils ohne Angabe von Gründen, abgewiesen worden. Luxemburg-Stadt hat zudem einen zusätzlichen Lehrerberuf von rund 100 Personen angemeldet.

Differdingens grüne Bürgermeisterin Christiane Brassel-Rausch rechnet mit 1 500 bis 1 600 Kindern, die ab Montag in gemeindeeigenen Einrichtungen fremdbetreut würden; vor Corona seien es im Schnitt 1 300 gewesen. Die Südgemeinde hat zusätzliche Er-

Schule im Schichtbetrieb



Sperrbänder und Markierungen sowie geteilte Klassen sollen dafür sorgen, dass die Kinder in überschaubaren Gruppen zusammenbleiben



Anthony Dehez

Der Sportunterricht entfällt, die Kinder sollen trotzdem an die frische Luft: Dort kann sich das Virus, Experten zufolge, nicht so leicht übertragen wie in geschlossenen und schlecht belüfteten Räumen

zieherInnen aus dem Reservepool angefragt, mit ebenfalls benötigten Ersatzlehrern insgesamt 47 Posten. Laut Ministerium sollen genügend Vertretungskräfte vorhanden sein, so Syvicol-Präsident Eicher. Wer konkret einspringt, ob ein Student, eine Turnlehrerin oder eine Erzieherin die Übungsgruppe oder die Hausaufgabenhilfe nach der Schule betreut, entschied sich nach Redaktionsschluss: „Die müssen wir dann auch noch briefen“, sagt Brassel-Rausch. Noch etwas treibt die Gemeinden um: „Welchen Arbeitsvertrag geben wir den Ersatzkräften? Wir brauchen da Rechtssicherheit“, so Eicher.

Betreuung gesucht Verunsicherung ist im Gespräch mit den Schulverantwortlichen immer wieder zu spüren. Nicht nur sind zahlreiche gesetzliche Vorschriften durch den *État de crise* außer Kraft gesetzt; die Wiedereröffnungen ließen sich schlicht nicht bewerkstelligen, müsste jeder Raum ordnungsgemäß mit einem Kinderwaschbecken in regulärer Höhe ausgestattet sein. „Oberste Priorität bei der Wahl der Räume haben der Brandschutz und die Feuerwehruzufahrt sowie andere Sicherheitsaspekte“, sagt Emile Eicher.

Abstriche sind nicht nur beim Raumkomfort zu machen. Auch Unterricht und Betreuung werden mit dem Virus nicht mehr dieselben sein. „Unsere *Maisons relais* arbeiten mit dem pädagogischen Konzept Welt-Atelier. Das werden wir in der Form aussetzen müssen“, bedauert Bürgermeisterin Brassel-Rausch. Der vom Kölner Pädagogikprofessor Gerd Schäfer entwickelte Ansatz setzt auf die Entdeckungslust, Spontaneität und Kreativität von Kindern und organisiert Lernprozesse entlang von Funktions- und Themenräumen. Auch beim sogenannten Stationenlernen, wo Kinder von einem Tisch zum nächsten gehen, oder bei Projektarbeiten werden Lehrer und Erzieher umdenken müssen. Laurent Biltgen sucht nach Alternativen: In seinem Zyklus vier entwickeln Kinder eigene Projekte und stellen

sie vor. „Vielleicht nutzen wir die Plexiglasabtrennungen und schalten die anderen Kinder, die noch im *Homeschooling* sind, per Videokonferenz hinzu“, überlegt er laut. „Es ist völlig unbekanntes Terrain, auf das wir uns begeben“, so auch Spaus-Daleiden. „Wir können nicht erwarten, dass wir direkt zum Regelunterricht zurückkehren.“ Realistischer findet sie, dass „wir in den ersten Tagen erstmal zusammenkommen und das Miteinander wieder üben und lernen“. Eine Rückkehr zum normalen Unterricht bis zu den Sommerferien wird es nicht geben. „Das ist mit der Aufteilung in Lern- und Übungsgruppen nicht möglich“, sagt Laurent Biltgen.

Denn am Montag wird nicht jedes Kind wieder die Schule besuchen und die KameradInnen treffen: Kinder mit bestimmten Vorerkrankungen etwa oder mit Familienangehörigen, die zur Risikogruppe zählen, werden weiterhin zuhause beschult, um ja kein Risiko einzugehen. Wer dazu zählt und wer nicht, legt eine Liste des Gesundheitsministeriums fest. Leichtes Asthma und Diabetes etwa zählen bei Kindern nicht als schwere Vorerkrankungen und sind also kein Grund, sie vom Präsenzunterricht zu befreien. Auch psychische Störungen sind nicht erfasst.

Besonders Eltern von Kindern mit Extra-Förderbedarf fühlen sich vom Minister allein gelassen

Und die Inklusion? Überhaupt, eine Woche vor Schulbeginn, bleiben dringende Fragen insbesondere im Hinblick der Kinder mit spezifischen Bedürfnissen unbeantwortet. Zum einen passen viele der Sicherheitsmaßnahmen nicht auf sie: Wie einem Mädchen mit geistiger Behinderung erklären, dass sie die Maske unbedingt aufsetzen muss? Wie eine Maske sicher befestigen, wenn ein Kind an Spastiken leidet? Eine *Frupstut* nützt keinem Kind, das künstlich mit Magensonde ernährt werden muss, und so weiter und so fort. Zudem bleiben die meisten während der Fahrt im Schulbus unbeaufsichtigt, wie Eltern und Erzieher seit vielen Jahren bemängeln. Dass andere Schutzkonzepte nötig sind, hat Meisch zugegeben; Sonderpädagoginnen und Erzieher verlangen praktikable Lösungen. Gerade diese Kinder müssten psychologisch und pädagogisch vorsichtig auf die *Rentrée* vorbereitet werden, schreibt die Elternvereinigung Zesummen fir Inklusioun (Zefi). Was geschieht mit den Kindern, die vor Corona in Regelschulklassen unterrichtet wurden?

Selbst bei hochbegabten autistischen Kindern ist unklar, wie sie begleitet werden, obschon der Leiter der Abteilung Sonderpädagogik im Erziehungsministerium, Laurent Dura, und auch der Minister mehrfach beteuert haben, die spezialisierten Betreuungsteams würden ihre Arbeit wieder aufnehmen: Während des *Lockdown* waren die Helfer, die Kinder beim Lernen im Regelschulunterricht unterstützt hatten, ausgefallen. „Die *Assistance en classe* war plötzlich verschwunden und hat sich kein einziges Mal nach dem Wohlbefinden meines Sohnes erkundigt“, erzählt eine Mutter, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will.

Der Berufsverband der Sonderpädagogen und Erzieher für Kinder mit spezifischem Förderbedarf (SPEBS) zählt in einem offenen Brief acht „Widersprüche“ und „Inkohärenzen“ in Meichs Argumentation rund um die Schuleröffnungen auf, etwa

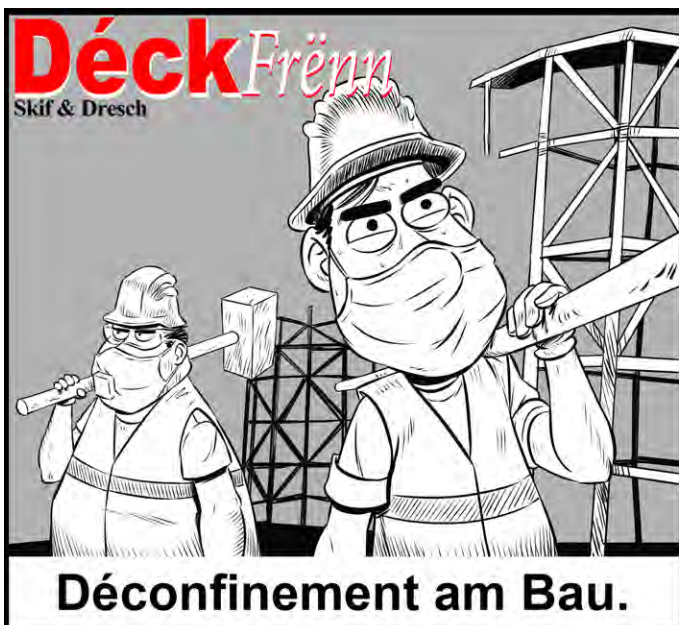
dass in den Kompetenzklassen im Gegensatz zur Regelschule kein *Splitting* erfolge, dass in den Regelschulklassen der Sportunterricht wegfällt und Spielplätze eigentlich nach wie vor geschlossen sind, das Personal der Kompetenzzentren aber für mit seinen Schülern gezielt Spielplätze aufsuchen soll. Während Lehrer der Regelschule feste Klassen haben, würden Klassen der Kompetenzzentren an einigen Tagen von Lehrern unterrichtet, „die an anderen Tagen im ambulanten Bereich an diversen Regelschulen“ eingesetzt würden. In den Regelschulen gilt eine neue Präsenzzeit von 25 Stunden für das erzieherische Personal, das bedeutet bei gesplitteten Klassen je 12,5 Stunden sowie eine obligatorische Schülerpräsenz von 25 Prozent der normalen Unterrichtszeit, wie Meisch auf seiner Pressekonferenz am 5. Mai erläuterte. Bei den Schülern der Kompetenzklassen dagegen gilt eine Präsenzzeit von hundert Prozent, obwohl für sie ein Lehrangebot unter Corona-Bedingungen zu organisieren erheblich schwieriger sei, so das SPEBS. Kein Wunder, dass Eltern von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen sich vom Minister allein gelassen fühlen.

Es ist dem unermüdeten Engagement vieler LehrerInnen und Direktionen zu verdanken, dass die große Empörung gleichwohl ausgeblieben ist. Durch das *Online-Homeschooling* habe sich die Kommunikation mit der Schule teilweise sogar verbessert, erzählen Eltern. Selbst bei Kindern, die zuhause keinen Computer hatten, wurden Lösungen gefunden. Für die Kommunikation des Ministeriums rund um die Vorbereitungen der Grundschulen auf die Wiedereröffnung scheint das insgesamt positive Fazit indes weniger zu gelten. Meichs wiederholte Beteuerungen, er habe „nogelauschtet“, verursacht bei den Gewerkschaften nur bittere Lacher. Sie seien informiert worden, aber nicht einbezogen. Ähnlich sieht das die nationale Elternvertretung. In Meichs Heimatgemeinde, Differdingen, heißt es, „die Kommunikation ist verbesserungsbedürftig“. Andererseits wird

die „große Kollegialität“ und „Solidarität“ gelobt. Abstimmungen, die früher schwierig und mitunter konfliktreich waren, etwa zwischen Kompetenzen von *Maison relais* und Schule, würden nun viel besser funktionieren.

Schulen sind keine Bankfilialen Vielleicht sind der Manager-Blick des Ministers und sein Aktivismus Grund dafür, warum es bei den Grundschulen klemmt. Den *einen* Masterplan für die Rückkehr zum Präsenzunterricht kann es kaum geben: Die Grundschulen sind je nach Größe, Region (Stadt oder Land) und pädagogischem Konzept sehr unterschiedlich. Dorfschulen wie in Consdorf haben nicht viel Platz und Personal und daher weniger Ausweichmöglichkeiten. Einige Gemeinden nutzen ihr örtliches Kulturzentrum mit. Auch die Schülerprofile variieren: Die Mehrsprachigkeit, Markenzeichen des Luxemburger Schulsystems, ist in einer Krise wie der Corona-Pandemie eine nicht zu unterschätzende zusätzliche Herausforderung. Das Ministerium hat Broschüren, Schilder, Fragebögen in vier Sprachen, Französisch, Deutsch, Englisch und Portugiesisch, übersetzt. Doch wer sich umhört, stellt fest: Längst nicht jede/n haben die Botschaften erreicht.

Für die sanitären Schutzmaßnahmen nimmt die Regierung viel Geld in die Hand. Allein für die Wiedereröffnung der Lyzeen wurden die Zusatzausgaben für Maßnahmen wie Masken, Gel und Plexiglaswänden auf rund vier Millionen Euro geschätzt; in den Grundschulen kommen deutlich erhöhte Kosten für das zusätzliche Personal hinzu. Auf Dauer wird sich nicht nur die Frage stellen, ob Schule unter solch großem Aufwand möglich ist, sondern ob das alles überhaupt bezahlbar ist. Der Minister hat auf jeder Pressekonferenz stets darauf gepocht, das Schuljahr ordentlich abzuschließen, um im September eine „normale“ *Rentrée* zu haben. „Das hoffen wir alle“, sagt Lehrerin Spaus-Daleiden nachdenklich. Wenn keine zweite Erkrankungswelle kommt.



Leitartikel

Das Ende der Sowohl-als-auch-Politik

Pol Schock

Es gibt zwei Lesarten, warum das System Juncker 2013 zusammenbrach. Die eine: Staatsminister Jean-Claude Juncker ist über seine eigene Hybris gestürzt, hat sich in Affären verstrickt und seine Gegner gegen sich und seine Partei aufgebracht. Es ist die bekannte Lesart, die den Sturz der CSV als politische Tragödie beschreibt, in welcher der einstige Held in sein eigenes Verderben ritt.

Doch es gibt noch eine andere Erklärung, die etwas in Vergessenheit geraten ist und deutlich weniger literarischen Charme besitzt. Sie geht so: In der Wirtschafts- und Finanzkrise ging der Regierung von Jean-Claude Juncker das Geld aus. Das Wachstum brach ein, die Schulden wuchsen und die Nachbarstaaten drohten, den Finanzplatz in Luxemburg stillzulegen. Die Politik der Befriedung durch Geld war nicht mehr möglich, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände begannen ebenso wie andere Organisation zu intrigieren. Oder mit dem Wahlslogan von Bill Clinton resümiert: *It's the economy, stupid!*

Die Dreierkoalition steht heute vor ähnlichen strukturellen Problemen wie die letzte CSV-Regierung vor rund zehn Jahren. Noch ist nicht klar, wie nachhaltig die Corona-

krise der Wirtschaft schaden wird, aber das Stategc geht von einem beeindruckenden Konjunkturreinbruch aus und rechnet bereits mit einem historischen Wirtschaftsabschwung von bis zu zwölf Prozent in diesem Jahr. Noch hoffen alle darauf, dass die Welt nur für kurze Zeit die Luft anhält, um nachher im gewohnten Rhythmus weiter zu atmen. Finanzminister Pierre Gramegna (DP) greift deshalb wie seine europäischen Amtskollegen massiv in die Staatskasse, stellt öffentliche Gelder in Milliardenhöhe in Aussicht und treibt die Staatsschuld auf ein Rekordhoch von voraussichtlich 29 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Ziel: Durch Interventionspolitik das wirtschaftliche Fundament retten und ein Maximum an Substanz erhalten, damit die Unternehmen nach überstandener Pandemie sofort wieder loslegen können.

Doch diese staatliche Bazooka-Strategie steht vor zwei Unbekannten. Zum einen ist vollkommen unklar, ob die Coronakrise sich nur auf drei kostspielige Monate begrenzen wird. Virologen gehen eher davon aus, dass das Virus sich in einer zweiten Welle erneut ausbreiten wird. Und zum anderen ist es wohl naiv zu glauben, dass die Wirtschaft nach der Pandemie wieder wie in den vergangenen Jahren brummen wird. Der Keim hat die Gesellschaft verunsichert: Betriebe und

Haushalte werden eher konservativer agieren, Rücklagen aufbauen, weniger konsumieren und investieren.

Der Corona-Absturz droht deshalb in eine quälend langsame Erholungsphase zu münden, die sich bis zu den kommenden Wahlen 2023 ziehen wird. Für die Dreierkoalition, die in den vergangenen Jahren aus dem Vollen schöpfen und eine lockere Gießkannenpolitik wie die einstige CSV-Regierung betreiben konnte, verändert sich dadurch der Handlungsspielraum. Sie wird sich von der Sowohl-als-auch-Politik verabschieden müssen und politische Entscheidungen treffen müssen, die schmerzen. Der Spagat zwischen ökologischen Reformen, Entlastung der Mittelschicht und Anstieg der Sozialausgaben wird kaum mehr möglich sein. Spätestens dann, wenn der Haushalt derart belastet sein wird, dass das geliebte *Tripple A* der Ratingagenturen in Gefahr gerät wie 2012 unter Staatsminister Juncker, wird sie sich auch die Gretchenfrage stellen müssen, die derzeit alle hinausschieben: Sparmaßnahmen oder Steuererhöhungen? Die geplante Steuerreform am Ende der Legislaturperiode sollte als Visitenkarte für die kommende Wahl dienen. Doch sie wird am Ende die Bürger wohl eher be- als entlasten.

blog

Catho.Lu



Fünf Jahre nach der Trennung von Staat und katholischer Kirche nimmt Kardinal Bischof Hollerich den Kampf mit der Gambia-Regierung auf: In der Abschlussmesse der Oktave, die im digitalen Stream von Gläubigen verfolgt werden konnte, sagte er am vergangenen Sonntag, dass die Glaubensgemeinschaften der Regierung „vollkommen egal“ seien. Tatsächlich sind die Bürger in der Ausübung ihrer Religionsfreiheit durch den Ausnahmezustand stark beschnitten: Messen und andere religiöse Veranstaltungen sind untersagt, eine Lockerung ist nicht in Sicht. Staatsminister Xavier Bettel (DP) will sich am heutigen Freitag mit den Glaubensgemeinschaften treffen und wird wohl dem Urteil von Staatsrat Alex Bodry (LSAP) folgen, der das Verbot mittlerweile für unverhältnismäßig hält. [ps](#)

- Personalie
- Politik
- Politik
- Soziales
- Ethik

Gilles Roth,

député du CSV, s'en est virulemment pris au président de la Chambre des députés Fernand Etgen (DP) en séance plénière ce mardi, lui reprochant de ne pas respecter l'égalité du traitement de tous les députés, Etgen favorisant les requêtes des députés de la majorité au détriment de l'opposition. Roth avait déposé le matin même, avec son collègue Laurent Mosar, une question parlementaire urgente concernant une fuite importante de documents internes de la Justice – question dont l'urgence n'a pourtant pas été reconnue par le président Etgen. « Vous êtes, affirma Roth, complètement dépassé par la situation et appliquez deux poids deux mesures », si la fuite de six mètres de dossiers pleins de documents sensibles ne constitue à ses yeux pas un sujet requérant que la ministre de la Justice Sam Tanson (Déi Gréng) prenne immédiatement position. Le *Luxemburger Wort* avait été contacté par un *whistleblower* qui disait vouloir rendre attentif au fait que les systèmes informatiques de l'État ne sont pas sûrs, en soumettant à la rédaction 13 725 fichiers provenant du greffe de la Justice de Paix de Luxembourg et datant des années 1990 à 2015. Le Parquet général confirme la fuite, mais précise qu'il s'agit de copies de fichiers qui « proviennent tous d'un même service, voire d'un même poste de travail », ce qui pourrait faire croire à un source interne. « À aucun moment, il n'y a eu intrusion sur les serveurs » précise encore le communiqué, qui annonce toutefois qu'une enquête a été diligentée. [jh](#)

Testen, testen, testen

Die Chefs des Labors Ketterthill, Stéphane Gidenne, und Bionext, Jean-Luc Dourson, haben sich bei der Gesundheitsministerin beschwert: Paulette Lenert (LSAP) hatte in einem Zeitungsinterview erklärt, bestimmte in Südkorea produzierte Coronavirus-Testkits, die in Luxemburg benutzt werden, seien von minderer Qualität. Ketterthill und Bionext benutzen diese Tests, in dem Brief weisen sie darauf hin, dass das Büro für Qualitätskontrolle des Gesundheitsministeriums sie im März für gut befand und das Laboratoire national de santé (LNS) sie für Tests in Altenheimen nutzt. Die Ministerin nannte am Mittwoch beim Pressebriefing nach dem Regierungsrat ihre Wortwahl „unglücklich“. Sie deutete aber an, die Tests aus Südkorea seien, „wenn ich richtig informiert bin“, weniger „sensitiv“ als die von der Regierung im April für das *Large-scale testing*-Projekt des Luxembourg Institute of Health (LIH) eingekauften Produkte der Escher Firma Fast Track Diagnostics (FTD).

Womöglich könnte sich das erneut als falscher Zungenschlag erweisen. Denn warum sollten Pflegeheimbewohner weniger „sensitive“ Tests erhalten? Die schwelende, auch politische Debatte um die Großtests, könnte das nicht erleichtern. Ab 4. Mai war einem *Avis officiel* der Luxemburger Regierung auf einem Internetportal der EU zu entnehmen gewesen, dass vom Hochkommissariat für nationale Sicherheit eine derart große Menge FTD-Tests eingekauft wurde, dass über zehn Millionen Covid-Analysen durchgeführt werden könnten. Am Dienstag ließ die Regierung den Eintrag ändern, so dass sich nun jene 500 000 Tests ergeben, von denen bei der Präsentation des *Large-scale testing* am 28. April die Rede war.

Ist das genug, um die ganze Bevölkerung und alle Grenzpendler durchzutesten, wie das angekündigt wurde? LIH-CEO Ulf Nehrass sagte am Montag im *RTL*-Fernsehen, die Test-Kapazität ließe sich steigern, indem man mehrere Patientenproben gemeinsam per „Pooling“ untersucht. Dass bei bis zu vier Proben die Sensitivität des Tests nicht leidet, sei überprüft worden. Dem *Land* hatten Nehrass und der Vizesprecher der Forscher-Taskforce, Paul Wilmes, vor zwei Wochen erklärt, diese Prüfung habe das LNS vorgenommen. Das wurde dem *Land* eine Woche später jedoch so nicht bestätigt: Das LNS verwies alle Fragen zum *Large-scale testing* ans Gesundheitsministerium weiter. Ministerin Lenerts Sprecherin riet dem *Land* auf die Frage, ob das LNS die Prüfung vorgenommen hat, beim LIH nachzufragen.

Analyse-Pooling scheint auf jeden Fall ein wichtiges Thema bei der Sars-CoV-2-Diagnose zu sein, denn Tests sind häufig knapp. Weil die Wissenschaftsliteratur zur Zuverlässigkeit des Poolings nicht einheitlich ist, rät zum Beispiel in Frankreich der Haut Conseil de la santé publique in einer am 10. Mai herausgegebenen Empfehlung von einem Pooling zur Covid-Diagnose generell ab. [pf](#)

Weiter im Klimaplan

Nächste Woche werden Umweltministerin Carole Dieschbourg und Energieminister Claude Turmes (beide Grüne) den endgültigen Energie- und Klimaplan vorstellen, kündigte Premier Xavier Bettel (DP) auf dem Pressebriefing nach der Regierungsratssitzung am Mittwoch an. Einer Frage, ob an der CO2-Steuer festgehalten wird, wich Bettel aus. Er erklärte aber, er finde nicht, dass wegen der Corona-Krise die öffentliche Konsultation zu dem Plan wiederholt werden müsse, und sagte, die Luxemburger Ziele für 2030 (55 Prozent weniger CO₂, 25 Prozent erneuerbare Energien am Endverbrauch und 40 bis 44 Prozent Energieeinsparung) gälten weiter. [pf](#)

Ärztegeld

Mediziner und Zahnmediziner, die sich für die Covid-Bereitschaftslinien zur Verfügung gestellt hatten, bekamen Anfang der Woche ihr Geld überwiesen, das zwei Monate lang ausstand. Die CNS informierte darüber am Sonntag und arbeitete auch am Wochenende daran, denn die Abrechnungen für die geleistete Tätigkeit gingen bei ihr am Samstag ein. Die Außenstände für die 708 Ärzte und Dentisten belaufen sich auf insgesamt 13,4 Millionen Euro. Die Abrechnungen für Krankenhausärzte in Covid-Bereitschaft und ihre Vergütung versprach die CNS Anfang der Woche zu bearbeiten. [pf](#)

La crise sociale s'annonce



Peu à peu, des chiffres cimentent la crainte que les sociologues et les ONGs articulent depuis plusieurs semaines : la crise sanitaire a comme conséquence une grave crise sociale, qui n'en est encore qu'à son tout début. Pour essayer de la contenir, le gouvernement avait ouvert dès la mi-mars un accès très large au chômage partiel et vient de décider, ce mercredi, de doubler les montants de l'allocation de vie chère. Car sur les petits salaires, ne toucher que 80 pour cent de son revenu habituel fait une grande différence dans un budget familial. Une personne seule qui avait un revenu annuel maximum de 25 744 euros aura ainsi droit à une allocation de 2 640 euros cette année ou un ménage de cinq personnes ou plus touchera jusqu'à 5 280 euros (photo : ad). En même temps, l'Adem annonce que le chômage augmente de plus 31 pour cent sur un an, atteignant un taux de 6,9 pour cent ou 20 253 personnes en avril. [jh](#)

Oma und Opa vermisst

An Covid-19 erkrankte Angehörige, die in einer Klinik oder einem Alten- und unter Berücksichtigung bestimmter sanitärer Auflagen Besuch empfangen, unter anderem müssen sie den Besuch anmelden, Gäste müssen frei sein von Covid-19-(ähnlichen) Symptomen und Schutzkleidung tragen. So eine Vorschrift vom 4. Mai, die die Direktion de la Santé nach öffentlichen Protesten um allein gestorbene Familienangehörige erlassen hatte. Bei einer weiteren, wenig einleuchtenden Regelung besserten Familienministerium und Heimträgerdachverband Copas nach: Kinder ab sechs Jahre und mit Schutzmaske, die Oma oder Opa im Heim besuchen wollen, dürfen dies ab sofort in Begleitung eines Erwachsenen tun; zuvor war ein Mindestalter von 16 bzw. 12 Jahren vorgeschrieben. In den Gärten dürfen auch Kleinkinder mit Zwei-Meter-Sicherheitsabstand. Nachzulesen sind die Regeln auf der Webseite des Familienministeriums. Kinder hatten sich mit einem Protestbrief an Familienministerin Corinne Cahen gewandt. [ik](#)

Rectificatifs

Isabelle Faber dirige la communication de Post Group depuis avril et non sa cousine Véronique (que nous avons citée par erreur dans notre dernière édition) qui elle préside la *Radio 100,7* et travaille au Cercle de coopération des ONG.

La semaine dernière en page Stil, nous avions republié par mégarde les brèves de la semaine d'avant. Nous nous en excusons auprès de nos lecteurs.

Le 24 juin viendra à échéance l'état de crise instauré le 18 mars. Le gouvernement cherche une sortie de crise qui soit largement portée

« Le plus grand support possible »



Le président de la Chambre des députés Fernand Etgen (DP) ; les membres du Bureau, de la Conférence des présidents et du gouvernement ; le Premier ministre Xavier Bettel (DP), lors de l'échange de vues sur l'approche à prendre pour la sortie de crise, ce mardi

josée hansen

Agent provocateur « Ils veulent notre soutien le plus intense, mais ils ne l'auront pas ! » Le président du CSV, Frank Engel, n'y va jamais par quatre chemins, il aime provoquer. « D'ailleurs, j'estime que c'était déjà une erreur de le leur donner la première fois. » « Ils » étant ici le gouvernement Bettel/Kersch/Bausch, qui cherche une sortie de l'état de crise, « la première fois » étant cette adoption unanime, le 21 mars, de la loi prolongant l'état de crise instauré par règlement grand-ducal le 18 mars, comme le permet l'article 32.4 de la Constitution. La majorité invoquait alors « l'union nationale » afin d'avoir le support le plus large possible à des mesures très strictes de confinement et de limitation des libertés constitutionnelles. La loi viendra à échéance le 24 juin, mais la crise sanitaire, même maîtrisée, n'est pas complètement passée. Au pire, les scientifiques prédisent une résurgence par vagues, dont une deuxième pourrait avoir lieu en automne. Face au ralentissement des nouvelles infections au Covid-19 – aux alentours d'une dizaine par jour ces dernières semaines et un taux de reproduction légèrement sous 1 –, il faut concilier mesures de déconfinement plus large (reprise de l'école fondamentale lundi 25 mai, probable réouverture de l'horeca le 1^{er} juin) et possibilité, pour le gouvernement, de confiner à nouveau d'ici l'automne si la situation sanitaire l'exige.

« Si jamais nous croyions qu'il faille confiner le pays une deuxième fois, c'est simple : nous pourrions oublier avoir jamais eu une économie dans ce pays », enrage Frank Engel. Lui pencherait plutôt pour le modèle suédois (31 000 infections, 3 800 morts seulement, malgré le fait que le gouvernement n'ait pas choisi le confinement), plaide la priorité de la survie de l'économie et le maintien des libertés personnelles sur la maîtrise de la situation sanitaire. « Oui, il y aura encore des malades en soins intensifs, mais il faudra vivre avec », affirme Engel, pour qui de futures mesures coercitives devront obligatoirement se baser sur des chiffres concrets. « Cela fait neuf semaines que nous suivons les états d'âme de Xavier Bettel, ça suffit maintenant ! » Il demande que soient fixés des paliers chiffrés qui imposent telles ou telles mesures : à quel taux de reproduction du virus dans la population, à

Le gouvernement se montre extrêmement conciliant en ce moment, voulant surtout éviter que la crise sanitaire ne se transforme en crise de la démocratie

quel degré de saturation des lits de soins intensifs un reconfinement serait-il envisagé ? « Et puis, il est hors de question d'accepter que le gouvernement règne à coups de règlements grand-ducaux ! » s'énervait encore le président du plus grand parti d'opposition. « Le législateur est pleinement fonctionnel ! »

Plus modéré, Claude Wiseler, député CSV et membre du bureau de la Chambre, ne dit pas autre chose en substance : le parlement fonctionne normalement, il faut sortir du provisoire et de l'urgence des règlements grand-ducaux, et il faut une loi qui se base sur du concret pour planifier cette sortie de crise. Le 21 mars déjà, lors du vote de l'état de crise, Wiseler avait déposé une motion (adoptée par l'assemblée plénière) qui invite le gouvernement « à informer », « à clarifier », « à cibler au mieux l'information du public », « à préparer (...) un ou plusieurs projets de loi pour prolonger, le cas échéant, des mesures spécifiques limitées dans le temps et liées à la maladie du coronavirus », et, surtout, « à préparer d'ores et déjà les mesures nécessaires pour l'après-crise ».

La démocratie fonctionne Pourtant l'*avant-projet* de loi « portant sur une série de mesures pour lutter contre le Covid-19 », que le gouvernement a présenté la semaine dernière aux députés et

aux syndicats, a provoqué l'ire de tout le monde, y compris de l'opposition parlementaire. Ce texte, qui émane du ministère de la Santé et se réfère à la loi de 1980 portant organisation de la Direction de la Santé, accordait de très larges pouvoirs à cette dernière, lui permettant de décréter des interdictions ou des limitations de déplacements, de rassemblements ou d'activités économiques, des fermetures de lieux, voire des mises en quarantaine obligatoires de personnes « infectées ou présumées infectées », et ce par règlements grand-ducaux, qui demanderaient le seul assentiment de la Conférence des présidents. Face au rejet des députés, qui se sentaient démis de leur fonction démocratique, face également aux craintes des syndicats, qui veulent être associés à la sortie de crise (voir p.7), le gouvernement se montre désormais extrêmement à l'écoute, voulant surtout éviter que la crise sanitaire ne se transforme en crise de la démocratie. Ce mardi, le Premier ministre Xavier Bettel (DP), la ministre de la Santé Paulette Lenert (LSAP) et la ministre de la Justice Sam Tanson (Déi Gréng) sont allés à la rencontre du Bureau et de la Conférence des présidents du parlement afin d'écouter leurs revendications et élaborer une alternative à ce premier texte controversé. Au final, ils ont promis de revenir la semaine prochaine avec deux projets de loi de sortie de crise, la première concernant les personnes physiques et la deuxième les activités économiques, qui, c'est essentiel pour les députés, auraient aussi une « sunset-clause », une durée de vie limitée. « Et s'il le fallait vraiment, on pourrait aussi avoir à nouveau recours au 32.4., même pour quelques jours seulement », affirme Claude Wiseler.

Si le gouvernement invoque autant cet « esprit de solidarité en temps de crise » (Xavier Bettel) et plaide « le plus grand support possible », c'est peut-être aussi parce qu'il a conscience que l'impatience augmente dans la société en général : les entreprises craignent les implications tragiques qu'aurait un confinement trop long sur leur survie, les citoyens n'en peuvent plus d'être limités dans leurs libertés individuelles, la restauration, les cultes, les syndicats voudraient revenir à une forme de normalité et la possibilité de fêter, de prier ou de manifester. Des théories du complot apparaissent au grand jour (« Ce virus est une invention de Bill Gates ! ») et le consensus que ces mesures de confinement sont certes pénibles mais nécessaires se fissure peu à peu. « La politique politicienne reprend peu à peu le dessus », concède aussi le conseiller d'État socialiste Alex Bodry. Constitutionnaliste averti, il fut l'un des premiers partisans du recours à l'état de crise il y a deux mois, et plaide maintenant pour une loi spéciale qui se limite à la seule situation actuelle du Covid-19 (et non une loi générale qui encadrerait toutes les pandémies possibles, à l'image de la loi fédérale suisse « sur la lutte contre les maladies transmissibles de l'homme » qui avait été envisagée un moment, mais pour laquelle le temps presse trop désormais) et permette de prolonger les mesures actuelles d'encadrement de la vie publique tout en respectant au maximum les libertés constitutionnelles et le fonctionnement des institutions démocratiques. D'ailleurs, insiste Bodry, le Conseil d'État est lui aussi pleinement fonctionnel et prêt à aviser le(s) projet(s) de loi de sortie de crise au plus vite, comme il continue à évacuer les nombreux autres projets de loi qui lui sont soumis, « car il nous importe d'être cohérents dans notre approche ».

Zufallsgespräch mit dem Mann in der Eisenbahn

Herr Buck simst Herrn Bettel

Romain Hilgert

Die Herren Bettel, Gramegna und Fayot hatten gewarnt: Die Corona-Seuche drohe, die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten oder seit dem Zweiten Weltkrieg oder seit der großen Depression auszulösen. Prompt kam Sehnsucht nach der einst für schlimmste Wirtschaftskrisen geschaffenen Tripartite auf. Darin schwingt Nostalgie nach Heiligabend 1977 mit, als per Gesetz das Comité de coordination tripartite geboren wurde, der Traum einer befriedeten, opferbereiten, klassenlosen Volksgemeinschaft. Davon will die Regierung aber nichts hören.

1977 hatte die wirtschaftlich und politisch dominierende Industrie des Landes überakkumuliert und war in eine tiefe Krise gestürzt. Sie beschäftigte den historisch kämpferischsten und bestorganisierten Teil der Arbeiterklasse. Die Stahlkrise drohte einen Klassenkampf – für zarte Seelen: „Sozialkonflikt“ – auszulösen, der das politische System zu erschüttern drohte. Deshalb konnte man sich auf einen Klassenkompromiss einigen, bei dem die Arbeit ohne Streiks und Betriebsbesetzungen Tausende Arbeitsplätze einsparen konnte und die Arbeiter mit staatlichen Zuschüssen von Arbeitslosigkeit und Werksschließungen verschont blieben.

Rund 30 Jahre später einigten sich Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften zum letzten Mal auf einen staatlich bezuschussten Klassenkompromiss. Das war 2006, als eine Indexmanipulation gegen das Einheitsstatut getauscht wurde, mit dem nebenbei die stets verdächtigen Arbeiter auf dem Papier abgeschafft wurden. Danach bot die Bankenkrise dem Neoliberalismus die lang erwartete Gelegenheit, auch hierzulande mit dem ganzen Sozialklimbim einschließlich der CSV aufzuräumen. (Die Stahlindustrie hatte die Arbeitslosigkeit über Leiharbeitsfirmen eingeführt und brach in Schiffingen die Standortgarantie.)

Dumm gelaufen für die Gewerkschaften. Ihnen fällt bis heute nichts Besseres ein, als nach der Tripartite zu rufen. Doch nicht nur die Regierung hält die weihewollen Dreiertreffen im Refugium Sankt-Maximin für überholt. Wenn entschieden werden soll, wer für die Rechnung der Corona-Krise aufkommen muss, wollen auch die Unternehmer keinen Klassenkompromiss. Sie würden liebend gerne die Rechnung beglichen, aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbietet es ihnen. Sozialpartnerschaft würde da zu einem unnützen Kostenfaktor. Herr Buck schickt lieber Herrn Bettel eine SMS.

Aus Eigennutz zieht auch Herr Bettel der Tripartite eine SMS vor. Er befürchtet, dass Uneinigkeit in der Tripartite den Klassenkampf in seine Regierungskoalition hineinrüge. Dann müsste er in aller Öffentlichkeit irgendeine Entscheidung treffen, obwohl ihm nichts verhasster ist. Dann würde die DP ihm wieder vorwerfen, nach der Pfeife der LSAP zu tanzen, der das alles höchst unangenehm wäre. Aus Angst, zu enden wie Frau Spautz aus Esch, müsste Herr Kersch wieder Türen knallen. Dann müssten die Grünen wieder eine Pressekonferenz gegen Atomenergie einberufen wie nach der Ratifizierung des Ceta-Vertrags. Das wäre alles viel Aufruhr für eine Koalition mit einem einzigen Mandat Mehrheit.



La ministre de la Justice Sam Tanson (Déi Gréng) et Xavier Bettel, à l'écoute du parlement

Covid und die Wissensgesellschaft

Peter Feist

Als die britische Regierung in der zweiten Märzhälfte in ihrer Coronavirus-Politik eine Kehrtwende vollzog, am 21. März alle Schulen schloss und zwei Tage später allgemeine Ausgangsbeschränkungen verhängte, war sie stark von einer wissenschaftlichen Studie beeinflusst. Geschrieben hatte sie eine Forschergruppe am Imperial College London um Neil Ferguson, einen der renommiertesten Epidemie-Modellierer der Welt. Sie kam am 16. März heraus und versuchte zu zeigen, was geschehen könnte, wenn das Vereinigte Königreich unternähme, was Premier Boris Johnson am 13. März verkündet hatte: Covid-19 so zu steuern, dass die Bevölkerung durch die Krankheit geschleust wird, um Immunität aufzubauen, ohne dass dabei das Gesundheitssystem zusammenbricht.

Machte man das, so die Studie, und führte an Maßnahmen nur ein, Covid-positiv Diagnostizierte und ihre Familien für 14 Tage in „Haushaltsquarantäne“ zu schicken sowie ein „Social distancing“ für über 70-Jährige anzuordnen, müsse man mit rund einer Viertelmillion Toten rechnen und mit einer Überforderung der britischen Intensivstationen um das Achtfache. Für die USA simulierten die Forscher das auch. Sie kamen für den Fall auf jene „one-point-one million deaths“, von denen Donald Trump wenig später sprach, als er Covid-19 eine „teuflische“ Pandemie nannte und behauptete, das habe er immer gesagt.

Die Luxemburger Regierung hatte solche Politikberatung nicht zur Hand, als sie das Großherzogtum Mitte März innerhalb weniger Tage in den *Lockdown* schickte, erst kleinere Einschränkungen erließ, am 18. März dann den Notstand ausrief und bis auf essenzielle Aktivitäten das gesellschaftliche Leben weitgehend lahmlegte, wie die meisten Regierungen in Kontinentaleuropa das taten. Damals hatte niemand Simulationen von Szenarien zur Hand; die von Ferguson war die erste ihrer Art, die sich auf andere Länder als China bezog. Zuvor war zum Beispiel an der London School of Hygiene and Tropical Medicine am Beispiel von Wuhan, wo alles begann, ausgerechnet worden, wie wirksam „Social distancing“ sein kann: Würden in Wuhan erst ab Anfang April und nur nach und nach die Berufstätigen wieder zur Arbeit gelassen, ließen sich die Infektionszah-

len in der Elf-Millionen-Stadt bis Mitte des Jahres voraussichtlich um mehr als 92 Prozent drücken.

Solche Modellierungen sind ziemlich raffiniert und leistungsfähig. Sie erlauben zu simulieren, inwieweit innerhalb einer Bevölkerung Kontakte stattfinden – oder eben nicht; dazu werden Personen mathematisch als innerhalb eines komplexen Netzwerks Agierende dargestellt. Was sich aus eingeschränkten Kontakten ergibt, wenn die Infektionslage sich so oder so verhält, das Virus diese und jene Eigenschaft hat, und wie all dies sich in Fallzahlen, Hospitalisierten, intensiv Versorgten und Todesfällen niederschlägt, wird mit Algorithmen berechnet, die Hochleistungscomputer erfordern wie den im Kellergeschoss unter der Maison du Nombre in Belval. Der spuckte aus, was die Luxemburger Regierung am Sonntag, dem 3. Mai, an modellierter Politikberatung erhielt, ehe einen Tag später das Kabinett beriet und Premier Xavier Bettel (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Spätnachmittag des 4. Mai per Livestream ankündigten, die Phase „Bleift doheim“ sei ab 11. Mai aufgehoben. Dann gelte „Phase zwei“, Geschäfte, Kosmetik- und Frisiersalons machten wieder auf, gewisse soziale Kontakte würden wieder erlaubt, Kinderbetreuungseinrichtungen öffneten am 25. Mai.

Inwiefern diese Entscheidungen sich auf die Simulationen vom Vortag gründeten, ist nicht so klar. Politisch getroffen werden müssen sie letzten Endes, dann stehen sanitäre Erwägungen neben wirtschaftlichen und sozialen. Klar ist aber, dass Luxemburg alles andere als über den Berg ist mit Covid-19. Im Sieben-Tage-Schnitt tauchen derzeit noch rund zehn neue Personen täglich als Covid-positiv in der Statistik des Gesundheitsministeriums auf, bei ziemlich gleichbleibender Zahl von Tests um die tausend. Zwischen Mitte April und Anfang Mai waren zusätzlich zu den 178 in diesem Zeitraum als infiziert Erfassten, wahrscheinlich 1 449 Personen zwischen 18 und 79 Jahren mit nur schwachen oder gar keinen Symptomen von dem Virus befallen, so die ersten Erkenntnisse der auf ein Jahr angelegten Con-Vince-Studie der Wissenschaftler-Taskforce Research Luxembourg zur „Dunkelziffer“. Gleichzeitig hatten knapp drei Prozent der 18- bis 79-Jährigen schon Bekanntschaft mit dem Virus gemacht und wie-

sen Antikörper auf. Soll alles heißen: Covid-19 steht in Luxemburg noch am Anfang und das Coronavirus sehr vielen dafür Empfänglichen gegenüber. Lockert man Beschränkungen, muss man davon ausgehen, dass die Infektionen wieder zunehmen. Die Luxemburger Modellierer von der Wissenschaftler-Taskforce zeigten vor zwei Wochen auf einer Pressekonferenz, dass im März der Covid-19-Ausbruch hierzulande so massiv war, dass er mit einer Übertragungszahl von bis zu 4,2 (ein Infizierter steckt mehr als vier Nichtinfizierte an) stärker war als der in Wuhan. Dazu konnten die Wissenschaftler erstmals Luxemburger Daten nutzen, und sie erklärten, „mit dem Lockdown haben wir gerade noch die Kurve gekriegt“.

Wenn die Frage nun die ist, wie es weitergehen soll, könnte man annehmen, dass die Diskussion um eine Exit-Strategie auf einem Niveau geführt werden kann, wie es noch nie da war: mit hier gewonnenen Daten, mit auf in Belval stationierten Rechnern ermittelten Szenarien und mit einer Wissenschaftler-Expertise in der Hinterhand, die groß ist: Schließlich ist die Biomedizin eine nationale Forschungspriorität und Luxemburg soll ein „Health hub“ werden, wie im Koalitionsvertrag 2018 von DP, LSAP und Grünen steht; was immer damit genau gemeint ist.

Doch so einfach ist das nicht mit der Diskussion. Sie findet vermutlich innerhalb der Regierung statt, vielleicht auch zwischen Regierung und Wissenschaftlern. Weniger aber zwischen Regierung und Parlament und noch weniger in der Öffentlichkeit. Was Luxemburg zum Beispiel von Großbritannien unterscheidet, als die Modellierer-Gruppe vom Imperial College London Szenarien ausrechnete, die später auch die Politik beeinflussen sollten: Nicht nur diese Simulationen wurden öffentlich gemacht, sondern auch die Annahmen hinter ihnen. Simulationen brauchen immer Annahmen. Über die lässt sich auch streiten. Die Gruppe um Neil Ferguson nahm zum Beispiel an, dass von den behördlich in die Quarantäne geschickten Haushalten (ein Covid-infizierter Mensch und seine Angehörigen) nur jede zweite Person das tatsächlich befolgen würde. Das war eine kühne Annahme, die natürlich auch politische Implikationen haben würde und Auswirkungen auf die anderen Szenarien, die die Londoner Gruppe simulierte: Was wäre, wenn man, statt die Bevölkerung durch die Epidemie zu schleusen, Einschränkungen erließe? Dann müssten sie, so die Modellierung, entweder monatelang in Kraft bleiben – bis zu fünf Monate nach dem Modell mit seinen Annahmen – oder nach dem Ein-Aus-Prinzip bald verhängt, bald gelockert werden. Vielleicht zwei Jahre lang, bis ein Corona-Impfstoff da ist.

Das war Mitte März. In Luxemburg dagegen sind mehr als zwei Monate später nur ausgewählte Simulationsergebnisse der Wissenschaftler-Taskforce publik; was ihnen alles zugrunde liegt, nicht. Hierzulande entstehen Covid-Szenarien im Auftrag der Regierung. Was davon an die Öffentlichkeit darf, entscheidet sie. Die heimische Wissenschaft mit ihrer Taskforce Research Luxembourg ist eine Krisen-Taskforce wie andere Taskforces auch. Ihre Öffentlichkeitsarbeit ist zentralisiert, nicht jeder Wissenschaftler kann einfach so mit der Presse sprechen. Das diene, erfahren Journalisten, dem Ziel, der Presse „die besten Informationen“ zu liefern. Was nur eine Umschreibung dafür ist, dass verhindert werden soll, dass ein Wissenschaftler einem anderen öffentlich widerspricht. Die nicht nur von *Lockdown*-Müden geäußerte Annahme, die Politik werde von Virologen und Epidemiologen dominiert, stimmt nicht nur generell so nicht, weil für politische Entscheidungen Experten-Input nun mal wichtig ist, wenn ein unbekanntes Virus pandemisch umgeht. Sie stimmt speziell in Luxemburg nicht, weil hier gilt, dass Wissenschaft und Forschung nützlich zu sein haben. In normalen Zeiten ist damit unter anderem gemeint, nützlich für wirtschaftliche Diversifizierung und Innovation. So wie im März 2019 die Fedil schrieb, es sei nötig, „de clarifier les principes et limites de la liberté de

Covid-Szenarien entstehen im Auftrag der Regierung. Sie entscheidet, was davon öffentlich werden darf. Wissenschaftler dürfen nicht einfach so mit der Presse sprechen

la recherche publique au Luxembourg“. Dagegen wird während der Pandemie der Nutzen am Beitrag zum *Exit* aus dem *Lockdown* gemessen.

Weil Wissenschaft und Forschung in Luxemburg noch jung sind, kommt es dabei zu seltsamen Situationen. Die Regierung auf der einen Seite, die letztendlich entscheiden muss, zumal, wenn sie im Notstand Sondervollmachten hat, erhofft sich von ihrer Wissenschafts-Taskforce eindeutige Handlungsanleitungen. Aber nicht nur sind Simulationen von Epidemie-Szenarien nicht eindeutig. Wissenschaft ist das generell nicht, sondern immer in Entwicklung, so dass die Regierung mit Unwägbarkeiten umgehen muss. Das zeigt sich jetzt, beim *Déconfinement*, viel mehr als zu Beginn des Ausbruchs: Damals musste gehandelt werden und das geschah auch. „Pilota-ge à vue“ nannte die Gesundheitsministerin das treffend: Die Regierung traf Entscheidungen mit der Option, später nachjustieren zu können. Den *Lockdown* zu verlassen, ohne sanitär zu viel zu riskieren, ist dagegen viel schwerer, als Einschränkungen zu verhängen.

Auf der anderen Seite denken Forschungseinrichtungen sich Projekte aus, die beim *Déconfinement* helfen sollen. Dazu stehen Mittel bereit. Aber ausgerechnet um das ambitionierteste Vorhaben, die Massentests, die das Luxembourg Institute of Health entworfen hat, stellen sich Fragen nach dem Nutzen. „So stelle ich mir Forschung vor!“, hatte der zuständige Minister Claude Meisch



Die Gesundheitsministerin am Dienstag unterwegs zum Parlament

(DP) am 28. April proklamiert. Nächsten Dienstag soll er sich auf Antrag der CSV im parlamentarischen Forschungsausschuss erklären.

Eigentlich könnte die Pandemie ein Lehrstück für das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft und für den Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen liefern. Das würde aber voraussetzen, eine Diskussion über Unsicherheiten zu führen. Vermeiden lässt die sich eigentlich schwer: Ein Covid- beziehungsweise Pandemie-Gesetz muss das Parlament passieren. Die Diskussion darüber wird zwangsläufig öffentlich. Aber ebenfalls öffentlich sollte über kluge und pragmatische Regelungen diskutiert werden, die davon ausgehen, dass Sars-CoV-2 auch nächstes Jahr noch umgehen wird, aber so viel Normalität wie möglich erlauben. Alles gesetzlich zu regeln, geht nicht. Für diese Diskussion müsste die Wissenschaft bereitstehen. Die Öffentlichkeit könnte sich dann ein objektives Bild von ihr machen, statt eines Tages vielleicht auch hierzulande Experten abzulehnen.

In Richtung von so viel Transparenz und Aufklärtheit geht die Entwicklung im Moment freilich nicht: Die Taskforce Research Luxembourg hat es noch nicht vermocht, eine Webseite zu erstellen, die Covid-Informationen für die Öffentlichkeit in sinnvoll aufbereiteter Form anbietet. Interessierte finden am meisten unter *science.lu* des Forschungsfonds, doch dort stehen alle möglichen Wissenschafts-Infos. Das Gesundheitsamt wiederum, die zuständige Behörde, lässt zwar immer mehr Zahlen zur Epidemie ins Internet stellen, interpretiert sie aber nicht öffentlich, sondern überlässt das Premier und Gesundheitsministerin. Diese erklärte gestern, Luxemburg habe es „in der Hand“, das Virus „bei uns auszuhungern“, was für das so offene Großherzogtum eine erstaunliche Behauptung ist. Die Taskforce interpretiert die Zahlen ab und an, aber eigentlich wäre das eine Behördenaufgabe. Gleichzeitig können die Wissenschaftler nicht ohne Weiteres der Regierung widersprechen, denn wer dann sagt, es könnte so, aber auch so kommen, nützt nicht. Die Regierung schließlich hat Angst, etwas falsch zu machen. All das sollte in der „Wissensgesellschaft“ natürlich nicht so sein, aber dieser Begriff war immer vor allem einer für Fensterreden.



Wie lange noch maskiert? Das Virus könnte auch 2021 noch umgehen

In Luxemburg soll Wissenschaft nützen. Das zeigt sich auch in der Corona-Krise

Die Gewerkschaften wollen eine nationale Tripartite. Die Arbeitgeber wollen eine Tripartite *light*. Und die Regierung spielt auf Zeit

Bei Kaffee und Kuchen

Pol Schock

Einheitsgewerkschaft Vergangene Woche hat es den Gewerkschaften gereicht. Sie hatten sich in den ersten Corona-Wochen brav zurückgehalten, die bittere Pille der 60-Stunden-Woche im Ausnahmezustand geschluckt und auch sonst keine Kritik an der Regierungspolitik geäußert – jedenfalls nicht öffentlich. Aber sie merkten, dass es dafür kein Dankeschön geben würde. Und Staatsminister Xavier Bettel (DP) sie nicht einfach wieder zu Tisch bitten würde. Vielmehr sahen die Gewerkschaften, dass die Dreierkoalition die Welt nach Corona mit Expertengruppen und sogenannten *Task Forces* plante, in denen sie keine Rolle spielten. Sie sahen sich im Abseits.

Also warfen die drei größten Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP ihre gegenseitigen Resentiments über Bord und organisierten sich. In einem Schreiben mit dem anklagenden Ton „Was nun, Herr Staatsminister?“ hoben die Arbeitnehmerorganisationen Ansprüche auf Mitbestimmung, forderten die Einberufung einer nationalen Tripartite und erinnerten die DP-LSAP-Grüne-Koalition an die Kultur des Luxemburger Sozialdialogs. Das zeigte Wirkung: Nur zwei Tage nach ihrem muskulösen Auftreten gab es eine Einladung der Regierung nach Senningen – zwar noch nicht für eine Tripartite, aber immerhin für Zweiergespräche.

Mythos Dreierrunde Die nationale Tripartite hat sich als Kriseninstrument tief in die politische Kultur des Landes eingepägt. Wenn es ernst wurde, zogen sich die Mächtigen des Landes seit Dezember 1977 in das Hôtel Saint-Maximin zurück, um

Die Gewerkschaften drohen notfalls mit dem Äußersten und wollen die Einberufung einer Tripartite durch den Druck der Straße erzwingen

die Dinge unter sich zu regeln. Dutzende Männer drängten sich Schulter an Schulter an einen langen Tisch. In der Mitte saß der Staatsminister mit seiner Regierung. Ihm gegenüber Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitgeberbosse. Und an den Rändern die jeweiligen Lakaien. Sie rauchten, tranken Kaffee und schwitzten. Was in diesem Raum geschah und gesagt wurde, blieb in diesem Raum. Aber am Ende trat der Staatsminister vor die Presse und verkündete, man habe nach zähem Ringen und Verhandeln sich im Konsens einigen können.

Doch den einstigen Raum im Hôtel Saint-Maximin gibt es nicht mehr. Und seit dem letzten Scheitern der großen Tripartite im Jahre 2011 gilt dieses Modell für viele als passé, selbst wenn das Gesetz dazu noch in Kraft ist. Arbeitgeberverbände, die schon bei der ersten Tripartite-Runde unter DP-Staatsmi-



Premierminister Xavier Bettel (DP)

nister Gaston Thorn skeptisch gegenüber den direkten Verhandlungsgesprächen mit Gewerkschaften und Regierung waren, haben diese Vorbehalte nie abgelegt. Im vergangenen Jahr sorgte UEL-Präsident Nicolas Buck für viel Aufregung, als er gegen das Tripartite-System wettete und eine neue Methode forderte: Er will die Macht der Dreiergremien stützen und aus ihnen beratende Gremien machen, in denen nur geredet, aber nicht verhandelt wird. Mit anderen Worten: zahnlose Tiger.

Buck rückt auch in der aktuellen Krise nicht von dieser Auffassung ab. „Es gibt dieses melancholische Verlangen, die sogenannten *forces vives* der Nation müssten uns nun alle retten“, sagt Buck im Gespräch mit dem *Land*. Das sei jedoch ein Trugbild, eine paternalistische Politikvorstellung, die nicht dem Jahr 2020 entspreche. Die klassische Tripartite habe für ihn als Entscheidungsgremium ausgedient. Buck erhielt für seinen aggressiven Angriff auf die Kultur des Luxemburger Sozialmodells im vergangenen Jahr viel Kritik. Aber die Arbeitgeberverbände stehen insgeheim hinter ihm.

Trilog statt Tripartite Luc Frieden ist ebenfalls kein Fan einer nationalen Tripartite. Der Präsident der Handelskammer war als CSV-Finanzminister an mehreren Dreierverhandlungen beteiligt, hat jedoch keine guten Erinnerungen an die letzten Runden im Saint-Maximin. Sein restriktiver Haushaltsplan wurde 2011 zerrissen, die Gespräche scheiterten. „Ich habe sowohl erfolgreiche als auch nicht-erfolgreiche Tripartiten mitgemacht“, sagt Frieden. „Aber ich war eigentlich immer der Überzeugungs, dass politische Entscheidungen vom Parlament oder der Regierung getroffen werden müssen und nicht am Tripartite-Verhandlungstisch.“ Es ist eine Kritik, die der Staatsrat bereits im Dezember 1977 äußerte: Die Körperschaft hielt den Tripartite-Ausschuss für verfassungsrechtlich bedenklich.

Für Frieden scheitert das Modell der Dreierverhandlungen heute an der „Mediatisierung der Gespräche“: Jede Seite gehe mit Maximalforderungen in die Verhandlungen, die kurz vor Beginn der Presse mitgeteilt werden. In einem viel zu engen Raum mit überhitzten Gemütern sei vor diesem Hintergrund keine Kompromissfindung mehr möglich, ohne dass jemand das Gesicht verliere. Das klingt, als müssten die Verhandlungen zwangsweise an ihrer Form scheitern. Allerdings funktionieren viele demokratische Entscheidungsprozesse exakt nach diesem Modell des institutionalisierten Streits: Koalitionsverhandlungen nach Wahlen oder auch Sitzungen des Ministerrats der Europäischen Union laufen in ähnlicher Form ab.

Das Patronat hat jedoch in der Vergangenheit keinen Hehl daraus gemacht, dass es sich eigentlich als Verlierer nach den Gesprächen fühlte. Index, Mindestloohnerhöhung und sonstige soziale Errungen-

schaften sind oftmals das Ergebnis langer Verhandlungsrunden der Tripartite gewesen. Das war für die Arbeitgeberseite ärgerlich, garantierte aber den sozialen Frieden und zementierte den Ruf der Luxemburger Konsensdemokratie ohne ausgeprägte Protestkultur. Auch Frieden sagt, dass er den Sozialdialog nicht abschaffen will: „Politische Stabilität ist auch in unserem Interesse.“ Aber er will ähnlich wie Buck eine Tripartite *light*. Keine langen Diskussionen, in denen es um Verteilungsfragen wie etwa das Kindergeld geht. Sondern eine Plattform, bei der große Themen „im Trilog“ debattiert werden. Etwa über Digitalisierung oder Globalisierung. Brainstormen, ohne Entscheidungen zu treffen. Kurz: ein Gespräch bei Kaffee und Kuchen.

Warten auf Bettel Gerade das hat Staatsminister Bettel in der Vergangenheit stets ausgeschlossen. Bereits 2015 sagte er in einem Interview mit dem *Luxemburger Wort*, dass der Sinn der Tripartite nicht sei, „bei Kaffee und Kuchen zusammenzusitzen“, sondern „Beschlüsse zu fassen“. Vergangene Woche wiederholte er diesen Satz in Senningen. Doch dem Wunsch der Gewerkschaften, den Arbeitsminister Dan Kersch (LSAP) bereits im März in Aussicht stellte, kam Bettel nicht entgegen. Er spielte auf Zeit, erklärte den Gewerkschaften lapidar, dass die genauen Zahlen für die Einberufung einer nationalen Tripartite noch nicht vorliegen würden – er zunächst noch Absprache mit der Europäischen Kommission in Brüssel nehmen müsste. „Ich glaube, die Regierung will eine Tripartite vermeiden“, sagte OGBL-Präsidentin Nora Back zu Beginn der Woche dem *Land*. Auch LCGB-Präsident Dury zeigt sich über die Zurückhaltung der Regierung enttäuscht.

Für beide Gewerkschaftsbosse geht es jedoch darum, nicht ausgespielt zu werden. Eine handlungsfähige Tripartite hat für beide absolute Priorität. Nur so könne das Interesse der Beschäftigten vertreten werden, nur so verhindere man, dass die Dreierkoalition zur Defizitbekämpfung nicht wie 2014 auf die Idee kommt, einen Austeritätskurs zu fahren, bei dem die Kosten der Krisenmaßnahmen vergemeinschaftet und auf die Arbeitnehmer abgedrückt werden. Deshalb drohen sie notfalls mit dem Äußersten, um die Einberufung einer Tripartite durch den Druck der Straße zu erzwingen. Xavier Bettel hat zwar augenscheinlich keine Lust, sich mit den Gewerkschaften und Lobbyorganisationen herumzuplagen, aber er hat sicher auch kein Interesse an einer öffentlichen Konfrontation in Krisenzeiten. Dass Bettel als Staatsminister nicht über die Eigenschaften verfüge, um eine Tripartite zu leiten, verneinen übrigens sowohl Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter. „Jeder Staatsminister kann eine Tripartite leiten“, so Frieden. Immerhin gab es vom Premierminister ein neues Datum: Am 10. Juni sollen sich die Gewerkschaften erneut mit der Regierung treffen. Ob für Tripartite- oder Bipartite-Gespräche, wird sich zeigen.

Gemeinsam stark!



We fly for your life

Deutschland

Der Antrag



Bernd Höcke zählt, wie Andreas Kalbitz, zum rechtsextremen Flügel der AfD

Martin Theobald, Berlin

Thematisch hat die Alternative für Deutschland (AfD) dieser Tage nicht viel zu bieten. Somit gibt es keine Medienpräsenz, was jedoch wichtig für die Partei ist, um in Krisenzeiten überhaupt wahrgenommen zu werden. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hat die AfD schlichtweg verschlafen. Wie eine Komparsin, die den Trends hinterherläuft, versucht sie nun die sogenannten „Hygiene-Spaziergänge“ zu unterwandern und damit den Gegnern der Corona-Maßnahmen wie auch Verschwörungstheoretikern und Kapitalismuskritikern ein politisches Sammelbecken zu bieten. Doch auch dies mag nicht so recht gelingen, da die inhaltliche Gemengelage der „Corona-Zweifler“ selbst für die AfD zu groß ist. So trifft es sich gut, wenn man wenigstens mit innerparteilichen Zerwürfnissen Sendezeit bekommt.

Am vergangenen Freitag hat der Bundesvorstand der Partei den Brandenburger Landes- und Fraktionschef Andreas Kalbitz aus der Partei geworfen. Grund für den Rauswurf war die Mitgliedschaft von Kalbitz sowohl in der rechtsextremistischen Vereinigung „Heimatreue Deutsche

Jugend“ (HDJ) als auch in der Partei „Die Republikaner“. Diese stehen auf einer Unvereinbarkeitsliste der Partei. Wer in einer dort aufgeführten Organisation Mitglied war, darf nicht in die AfD aufgenommen werden. Um den Rauswurf des Brandenburgers zu rechtfertigen, verweist AfD-Chef Jörg Meuthen auf einen Bericht des Bundesverfassungsschutz. Der hatte in einem Gutachten vom März erklärt, Kalbitz habe nicht nur – wie bereits bekannt – HDJ-Lager besucht, sondern stehe auch auf einer Mitgliederliste.

Die Sache hat nur einen Haken: Der Aufnahmeantrag von Andreas Kalbitz in die AfD lässt sich nicht finden. Ohne diesen lässt sich nicht überprüfen, welche Mitgliedschaften Kalbitz bei seinem Parteieintritt angegeben hat – und welche nicht. Damit entwickelt sich nun ein Ränkespiel um den Brandenburger Landespolitiker, das für die Partei zu einer Zerreißprobe werden kann. So hat Meuthen angegeben, der Bundesvorstand habe seine Entscheidung für den Rauswurf aufgrund der Aktenlage gefällt. Es sei eine rechtliche Diskussion geführt worden über die Frage, „ob die Mitgliedschaft nichtig gestellt werden muss, weil bei der Parteiaufnahme wichtige Tatsachen verheimlicht wurden“, so der Parteichef gegenüber *Radio Berlin Brandenburg*. Die Berliner Zeitung *Der Tagesspiegel* hat recherchiert, dass es gar keinen von Kalbitz auf Papier ausgefüllten Antrag gibt. Vielmehr soll er im März 2013, wenige Wochen nach Gründung der AfD, seine Mitgliedschaft online beantragt haben.

Auch diese Daten sind verschollen. So schickt Meuthen zwei Zeugen ins Feld, um fehlende Unterlagen zu kaschieren. Beide sollen bekunden – wenn nötig an Eides statt –, dass sie den Aufnahmeantrag von Kalbitz gesehen und was sie darin gelesen haben. Eine eidesstattliche Erklärung ist justiziabel, eine falsche Erklärung eine Straftat.

Zumindest bei einem Zeugen gibt es Zweifel, ob er damals bereits in Brandenburg war und den Antrag überhaupt gesehen haben kann. Zudem soll es damals keine Aufnahmegespräche mitsamt Protokoll gegeben haben. Darüber hinaus argumentiert Kalbitz, dass es die Unvereinbarkeitsliste der Partei bei seinem Eintritt noch gar nicht gab.

Die Ereignisse rufen den Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke auf den Plan, der umgehend den offenen Machtkampf mit Meuthen provozierte: Wer sich in einem parteiinternen Konflikt auf Argumente von „Parteigegnern“ berufe, der begehe „Verrat an der Partei“. Höcke zielt darauf ab, dass die Mitgliederliste der HDJ dem Bundesverfassungsschutz vorliege, der seinerseits die AfD ob deren Rechtsextremismus beobachtet. Meuthens Konter auf Höcke kam per *Deutsche Presseagentur*: „Ein Landesvorsitzender, der erst vor wenigen Wochen wörtlich ankündigte, ihm missliebige Mitglieder aus der Partei „ausschwitzen“ zu wollen und der freiheitlich-marktwirtschaftlich und bürgerlich-konservativ gesonnene Mitglieder wiederholt den Wechsel zu anderen Parteien anrät, sollte vielleicht sein eigenes Verhalten hinterfragen, als der Mehrheit des Bundesvorstands „Verrat an der Partei“ und Spaltung vorzuwerfen, wenn sie einen satzungsgemäßen Beschluss fassen, eine Parteimitgliedschaft wegen des Verschweigens einer Vollmitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation zu annullieren.“

Was wiederum Höcke nicht unbeantwortet ließ: Meuthen und Parteivize Beatrix von Storch „wollen eine andere Partei“. Und: „Die Spaltung und Zerstörung unserer Partei werde ich nicht zulassen.“ Wer die AfD zur Mehrheitsbeschafferin für die CDU machen wolle, habe „nicht begriffen, was die Alternative zu den etablierten Parteien bedeute. Deutschland brauche keine zweite Werte-Union, das Land brauche eine geschlossene AfD.“

Die AfD steht, mal wieder, am Scheideweg: Soll sie sich offen rechtsextrem positionieren oder sich bürgerlicher geben?

Vollumfängliche Unterstützung bekommen Kalbitz und Höcke von den Landesverbänden aus Thüringen, Sachsen und eben Brandenburg. In diesen drei Bundesländern erzielte die AfD bei den letzten Landtagswahlen bundesweit ihre besten Ergebnisse mit einem Stimmenanteil von deutlich mehr als zwanzig Prozent – in Brandenburg mit Kalbitz waren es 23,5 Prozent, was die AfD zur zweitstärksten Partei nach der SPD machte. Die Fraktion der AfD im Potsdamer Landtag änderte flugs ihre Geschäftsordnung, so dass der ehemalige Fraktionsvorsitzende weiterhin Mitglied bleiben kann.

So wie es auch in anderen Parteien Flügelkämpfe gibt, steht die AfD nun (erneut) am Scheideweg. Jörg Meuthen will der Partei unbedingt ein bürgerliches Profil geben, um sie auch in den westlichen Bundesländern stärker zu verankern. Doch Meuthen unterschätzt die Graswurzel-Ebene der Partei, die ihr die Macht und damit auch Gelder sichert, und die Dominanz des rechtsextremistischen Flügels in der Partei. An der Verbürgerlichung der AfD sind bereits Meuthens, Vorgänger Bernd Lucke und Frauke Petry, gescheitert.

Israel

Neue Regierung steht. Wie lange?

Judith Poppe, Tel Aviv

Selbst Israels Nachrichtensprecher hatten bis zur letzten Minute noch Zweifel, doch nun ist es amtlich: Israel hat eine neue Regierung. Am vergangenen Sonntag hat Benjamin Netanjahu (Likud) dem Parlament in Jerusalem seine neue Regierung vorgestellt: eine Einheitsregierung mit seinem vormaligen Rivalen Benny Gantz (Blau-Weiß). Mit in der neuen Koalition sitzen zwei religiöse Parteien sowie die Arbeiterpartei Awoda. Damit konnte eine vierte Parlamentswahl in nur eineinhalb Jahren abgewendet werden. Die Einheitsregierung dürfte allerdings wenig Einigkeit bringen, denn Netanjahu und Gantz hegen nach wie vor großes Misstrauen gegeneinander. So haben sie sich in ihrer Koalitionsvereinbarung auf zwei Regierungen in einer geeinigt, in der sie jeweils Quasi-Souveränität über ihren eigenen Block haben. Die Knesset dürfte selten so zerstritten gewesen sein wie derzeit.

Aus der Opposition unterbrachen Rufe wie „Korruption und Bestechung“ Netanjahus Rede, der am kommenden Sonntag wegen Korruptionsvorwürfen erstmals vor Gericht erscheinen muss. Auch Gantz musste warten, bis wütende Zwischenrufe von früheren Bündnispartnern verstummten. Zwei Abgeordnete flogen aus dem Plenarsaal. Netanjahu hatte bis zuletzt Streit um Ministerposten schlichten müssen, weshalb die Zeremonie nur Stunden vor dem anvisierten Termin auf Sonntag verschoben worden war. Gantz, der Verteidigungsminister wird und Netanjahu in 18 Monaten als Ministerpräsident ablösen soll, erfuhr von der Verschiebung nur aus den Medien.

Das neue Kabinett ist das größte und teuerste in der Geschichte Israels. Das „Ministerium zur Stärkung von Communities“ etwa wurde neu geschaffen und wird von Orly Levi-Abekasis übernommen. Sie war nach der Wahl im März aus dem Mitte-links-Wahlbündnis ausgeschieden und in Netanjahus Block gewechselt. Ebenfalls neu geschaffen wurde das „Ministerium für Siedlungsangelegenheiten“. Damit dürfte Netanjahu die Wählerklientel der nationalreligiösen Partei Jamina besänftigen, deren Abgeordnete sich wegen Netanjahus Personalentscheidungen wutentbrannt für die Opposition entschieden.

Die Likud-Politikerin Miri Regev wird Verkehrsministerin. Sie hatte als bisherige Kulturministerin für Protest aus der Kulturszene gesorgt, unter anderem mit einem Gesetz, das staatliche Fördergelder von der Loyalität zum Staat abhängig machen sollte. Gideon Sa'ar, der in parteiinternen Likud-Vorwahlen im Dezember Netanjahu herausgefordert hatte, erhielt kein Amt. Außenminister wird Gabi Ashkenazi von Blau-Weiß, sein Parteikollege Avi Nissenkorn Justizminister. Damit liegt die Zukunft des Obersten Gerichts in seinen Händen, was eine Rolle spielen kann bei Netanjahus Prozess. Doch der hat vorgesorgt. Der vormalige Justizminister, Netanjahus Parteifreund Amir Ohana, der das Justizsystem wiederholt attackierte, wird Minister für Öffentliche Sicherheit und beaufsichtigt damit auch die Strafverfolgung.

Die neue israelische Regierung wird Schwierigkeiten haben, eine stabile Zusammenarbeit herzustellen. Es ist davon auszugehen, dass sie sich nur unwesentlich von der bisherigen Politik unterscheiden wird. Doch wissen kann man dies nicht. Denn die Regierungvereinbarung besteht hauptsächlich aus technischen Klauseln, mit denen sich die beiden

Außenminister Jean Asselborn verglich das Vorhaben Netanjahus, jüdische Siedlungen im Westjordanland zu annektieren, mit der Krim-Annexion durch Russland 2014

Regierungspartner gegeneinander absichern. Nur einen inhaltlichen Punkt findet man in der 36-seitigen Vereinbarung: Netanjahu darf ab dem 1. Juli der Knesset die Annexion der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und des Jordantals vorschlagen.

Die EU sucht derweil vergeblich nach einer einheitlichen Antwort auf die Pläne. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) zeigte sich am vergangenen Freitag in Bezug auf mögliche Wirtschaftsanktionen zurückhaltender als sein luxemburgischer Amtskollege Jean Asselborn, der das Vorhaben mit der Krim-Annexion durch Russland 2014 verglich.



males weitgehend frei berichtenden türkischen Medien systematisch unter Druck zu setzen. Nicht mit gestrichelten Einschränkungen, sondern durch schlaues Infiltrieren. Der erfahrene und kritische Journalist Aydin Ergin beschreibt dieses Vorgehen im Blog international.de-link.de so: „Ein Finanzpool, der aus höchstens fünf oder sechs großen Bauunternehmern besteht, die den Lowrentsektor bei staatlichen Ausschreibungen erhalten, hat Zeitungen und Fernsehkanäle aufgekauft und deren Führungsgesänge mit Leuten besetzt, die Erdogans Empfindungen und Anweisungen befolgen.“

ernsten Angriffs des autoritären Regimes auf kritische Medien häufen sich bereits im Vorfeld. Denn seitdem die größten und bekanntesten Medien von Erdogans Helfern übernommen sind, sind es vor allem die kleinen Medien im Internet, die dem Regime ein Dorn im Auge sind.

Mit einer Abordnung vom 1. August 2019 versuchte der türkische Hohe Rat für Rundfunk und Fernsehen (RTÜK) zur Zeit, das Internet unter seine Kontrolle zu bringen. Laut ihr müssen ab jetzt Sender und Livestream-Kanäle, die in der Türkei aktiv sind, bei der RTÜK registriert werden. Der Vertreter von Erdogans Partei im RTÜK, Nuralihs Öztürk, beantragte gegenüber der BBC, zwar, dass Sender, die auf YouTube oder Persicope einige Stunden senden, von der neuen Regelung nicht betroffen seien. Doch der Text der Abordnung ist demgegenüber unmissverständlich, dass nicht nur die vom Regime verhassten kritischen Medien in der Türkei wie MedyaScope oder F24 bald zum Schweigen gebracht werden könnten, sondern auch internationale Sender. Vor allem wird bereits spekuliert, wie die Kontrolleure von RTÜK mit dem neuen, gemeinsamen YouTube-Kanal der Sender Deutsche

nen lässt, wobei die Räte gegeneinander Mediensensitivität

In diesem „Analysis“ wird nicht erstattung der türkischen und Sendungen der britischen schen DW, der US-amerikanischen französischen France 24, die n und des chinesischen CCTV Tagesschau The Independent das Privileg einer dieser Jour Medien wird analysiert. Sie i ihrer Facebook- oder Twitter-“ Seite bekräftigt, die ihre wissenschaftlichen Ergebnisse

Die genannten Medienanstalten der dort beschäftigten für zum Beispiel in den sozialen N Terrorangriffen auf die Dik verurteilt nach ihre Trauer S Schaulagerung: „Ein beider ar Medienanstalten, die von vielfältigen und unabhängigen betrieben, befinden sich außer Türkei-Gegensatz.“

Sie „empfehle“ den Internethäusern dreist, sie sollen ihre aberprüfen, die Arbeit der Räteredieren, die antischen Diktaturkeit mehr Beachtung schen einseitige Berichterstattung nur

Dabei Meist zu betiteln, da Regime noch nicht sein genannt und Palen gegen die Medien n dass es in naher Zukunft wed hielten, nach für die noch a ten auch nur einen Schimmer Normalisierung gibt.

Votre publicité ici

Contactez Zoubida Belgacem qui est en charge de la régie publicitaire au sein du Lëtzeburger Land.

+352 48 57 57 32
zbelgacem@land.lu

5

ticker

Gabegie de l’espace

Luxgovsat a réalisé onze millions d’euros de pertes en 2019 selon ses comptes déposés au registre de commerce la semaine passée. Il s’agissait du premier exercice plein pour la *joint venture* entre l’État et l’opérateur SES pour exploiter des communications hautement sécurisées par satellite. L’unique satellite, principalement destiné à l’usage militaire, a été mis en orbite le 31 janvier 2018. C’est d’ailleurs, sur son site internet, la dernière date marquante de l’histoire de l’entreprise née des vœux d’Etienne Schneider, alors ministre (LSAP) de l’Économie et de la Défense. Le déficit du projet « win, win, win » de l’ancien ministre socialiste (obligation de dépenses militaires selon les critères de l’Otan, débouché pour l’industrie spatiale et rendements pour l’État) se creuse. Les pertes reportées s’élèvent à 18 millions d’euros. Normal qu’une entreprise peine durant les premières années, mais ici le chiffre d’affaires du projet (soutenu par les deux actionnaires à hauteur de cinquante millions d’euros individuellement, et par un duo de banques capitalisées par l’État pour 125 millions d’euros) recule de vingt pour cent. Le chiffre d’affaires net d’événements comptables (indemnités de retard sur la livraison du satellite) stagne lui à 18 millions d’euros, ce qui laisse comprendre que le gouvernement était toujours le seul client de Luxgovsat au 31 décembre dernier. La société a employé seize personnes en 2019 (2,4 millions d’euros en salaires, soit 150 000 euros en moyenne). À noter que LuxGovSat, qui a une durée de vie d’une quinzaine d’années, est (pour l’instant) un meilleur investissement pour SES que pour l’État puisque la coentreprise dépense huit millions d’euros annuellement auprès de sa maison mère de Betzdorf en capacités satellitaires (trois millions d’euros), en services (trois millions) et en loyer (136 000 euros). 78 000 euros servent à rétribuer les administrateurs (dont quatre représentants du gouvernement). Contactée pour mesurer son degré de satisfaction quant aux résultats réalisés en 2019, la direction n’a pas répondu à nos sollicitations. [pso](#)

Etienne chez les Soviëts

Transfuge du gouvernement depuis le mois de février, Etienne Schneider

(LSAP), 49 ans, rejoindra en juin le conseil d’administration du conglomérat russe Sistema, a fait savoir la firme principalement détenue par le consul honoraire du Luxembourg en Russie, Vladimir Evtushenkov. L’entreprise née en 1993 dans les télécoms et le pétrole, puis étendue aux services bancaires, avec entre autres le rachat progressif d’East West United Bank (établissement basé à Luxembourg), s’attache les services de l’ancien ministre socialiste luxembourgeois à la place d’un autre ancien ministre socialiste luxembourgeois, Jeannot Krecké, qui y siégeait depuis la fin de son mandat en 2012. Les Russes apprécient visiblement la présence d’hommes politiques locaux dans leurs instances de décision, comme en témoigne la fidélité de Michel Wolter (CSV) au board de GPB (pour Gazprombank) Asset Management entre 2008 (en remplacement d’Henri Grethen, DP) et 2017. Contactée, la banque East West United, qui a fêté ses 45 ans l’an passé (photo : Ewub), indique que Jeannot Krecké reste président de l’établissement. Un petit nouveau fait lui son apparition au conseil d’administration de Sistema. Il s’agit d’Anatoly Chubais, un autre ami du Luxembourg puisqu’il dirige le géant Rusnano, groupe d’investissement détenant Ocsial, protagoniste des nanotechnologies qui investit sans compter dans ce secteur au Grand-Duché depuis quelques années, notamment à Differdange. [pso](#)



Monnaie hélicoptère pour le commerce en ville

La bourgmestre de Luxembourg-ville Lydie Polfer (DP) s’énervé franchement lundi après-midi en plein conseil communal après les reproches formulés par le conseiller communal vert François Benoy selon lesquels la situation s’aggrave pour les commerçants, principalement l’horeca, dans la capitale et que la Ville tarde à réagir. « Datt ass respectlos vis-à-vis vu

villen », s’emporte l’édile le regard noir, pointant de l’index ganté en blanc l’écu écolo, du coup, un peu penaud. L’opposition (Déi Lenk, Déi Gréng et LSAP) et la coalition au pouvoir dans la capitale (DP-CSV) ont l’une et l’autre déposé le 20 avril dernier des motions pour demander des aides supplémentaires pour les commerces, hôtels et restaurants en ville de Luxembourg suite à la crise du Covid-19. Depuis, le conseil communal n’a pas officiellement statué sur ces aides, pas même la commission du développement urbain et économique, alors que l’administration est assise sur un véritable magot d’un milliard d’euros. Serge Wilmes (premier échevin CSV), plus flegmatique que Lydie Polfer, explique que rendez-vous a été pris avec le ministre en charge Lex Delles (DP). Le 28 avril, le chef des Classes moyennes a assuré que les éventuelles aides pourraient le cas échéant être distribués dans les limites des aides « de minimis » (200 000 euros sur trois ans selon la loi du 20 décembre 2019), qu’elles ne contreviendraient a priori pas aux règles de la concurrence, mais qu’il fallait s’en assurer auprès de la ministre de l’Intérieur Taina Bofferdin (LSAP). Un courrier a donc été envoyé en ce sens le 4 mai. La réponse de la ministre devait être apportée ce mercredi par voie de circulaire. La Commission doit s’entendre ce vendredi sur la fusion des motions et le conseil communal débattre de la motion unifiée lundi prochain.

Ces aides ne seraient pas forcément remboursables, assure Serge Wilmes au *Land* ce mercredi. Il s’agirait donc d’argent directement donné aux commerces les plus en souffrance. Mais le collège échevinal travaille également sur des bons d’achat que la Commune se procurerait auprès des commerçants pour les distribuer aux consommateurs, telle de la monnaie hélicoptère (selon la description de Milton Friedmann) qui tomberait du ciel, afin de soutenir la demande et l’offre. « On doit discuter des modalités », complète Serge Wilmes, qui ne sait pas encore si ces bons seront distribués par voie de loterie ou autrement. L’échevin précise en outre que le magot d’un milliard évoqué par le trésorier de la Ville Laurent Mosar (CSV) est déjà bien entamé avec par exemple un nouveau centre de recyclage à 140 millions

d’euros ou une station d’épuration flamboyante neuve à Beggen pour 200 millions, mais que la Ville se devait d’intervenir face aux difficultés des commerçants. Elles s’accumulent ces derniers mois, entre la construction du tramway et le covid-19. [pso](#)

Avrox ou intox ?



Avrox. C’est un nom parmi d’autres collé sur la boîte aux lettres d’une demeure cossue coincée dans une impasse bucolique de Beggen qui mène aux vergers partagés (photo : pso). Cette société luxembourgeoise fait beaucoup parler d’elle dans les médias belges. Elle est mandatée par le ministère de la Défense (au niveau fédéral) pour fournir quinze millions de masques en tissu dans le cadre de la lutte contre la pandémie de Covid-19 et des mesures de déconfinement. Coût du marché : 45 millions d’euros. Dans un article titré « L’improbable trio en charge de livrer quinze millions de masques à l’État belge », le quotidien *Le Soir* décrit les trois associés de la société boîte aux lettres en question. L’un est un héritier jordanien millionnaire, les deux autres des entrepreneurs anonymes à l’instar des gérants et bénéficiaires des autres sociétés (Amarilis, Clean Concept ou encore Kypu investments) logées chez la fiduciaire Comptassist dans cette petite artère aux confins septentrionaux de la capitale. Dans *Le Soir*, le ministre Philippe Goffin concède qu’« il n’y a pas eu de scanning des actionnaires de la société » car « ce n’est pas prévu dans les règles des marchés publics. » Ces procédures, poursuit-il, impliquent « qu’une série de documents soit fournie pour attester du sérieux de la société. Et Avrox a fourni toutes les pièces exigées : attestations sociales, fiscales, conformité de l’objet social ». Contacté, le parquet ne signale aucun problème et aucune enquête diligentée contre Avrox. Les ministres de la Défense ou de l’Économie du Luxembourg n’ont

c’est le nombre de procédures d’infraction envoyées par la Commission au Luxembourg en fin de semaine passée. Trois concernent la place financière. Dans une *letter of formal notice*, l’exécutif européen demande au Grand-Duché et au Portugal de revoir leur législation transposant la directive sur la lutte contre l’évasion fiscale (plus connue sous son sigle Atad). Bruxelles estime que les législateurs portugais et luxembourgeois aliènent le régime d’exception de la règle de limitation des intérêts (*interest limitation rule*) qui vise à juguler le recours à de la dette intragroupe pour déduire des charges fiscales. « Les dispositions législatives nationales en la matière vont au-delà des exemptions permises et fournissent une déductibilité illimitée des intérêts à l’impôt sur les sociétés, ce incluant des entités de titrisation, qui ne sont pas éligibles en tant qu’entreprise financière dans Atad ». La Commission donne quatre mois aux deux pays pour corriger le tir. C’est le délai formel pour ce type de procédure assimilable à une mise en demeure, avertissement sans frais s’il est suivi d’une réponse effective. Il en va de même pour la requête faite à neuf pays dont le Luxembourg de transposer pleinement la cinquième directive antiblanchiment (AML). Le délai est échu depuis le 10 janvier. Enfin, la Commission européenne demande au Luxembourg, et seulement au Luxembourg, de revoir ses « règles discriminatoires » à l’égard des entreprises de titrisation. « The Commission decided to send a letter of formal notice to Luxembourg for taxing more heavily securitization enterprises with taxable operations in Luxembourg whose statutory seat is in another EU or EEA Member State », lit-on dans la communication du 14 mai. Le régime accordé à ces véhicules de dette est tout simplement contraire au traité. Contacté, le ministère des Finances fait valoir que « 98 pour cent » de la directive AML ont été transposés. Reste la disposition sur le registre des bénéficiaires des trusts dont le projet de loi est à la Chambre. Concernant la remarque sur les véhicules de titrisation, le ministère de la rue de la Congrégation relève qu’il s’agit là d’une question « technique » que ses services vont étudier. Il relève en outre que ces cinq dernières années, le Luxembourg a pleinement participé à la lutte contre la fraude et l’évasion fiscales et que tous ses engagements ont été reconnus par le Global Forum en la matière. [pso](#)

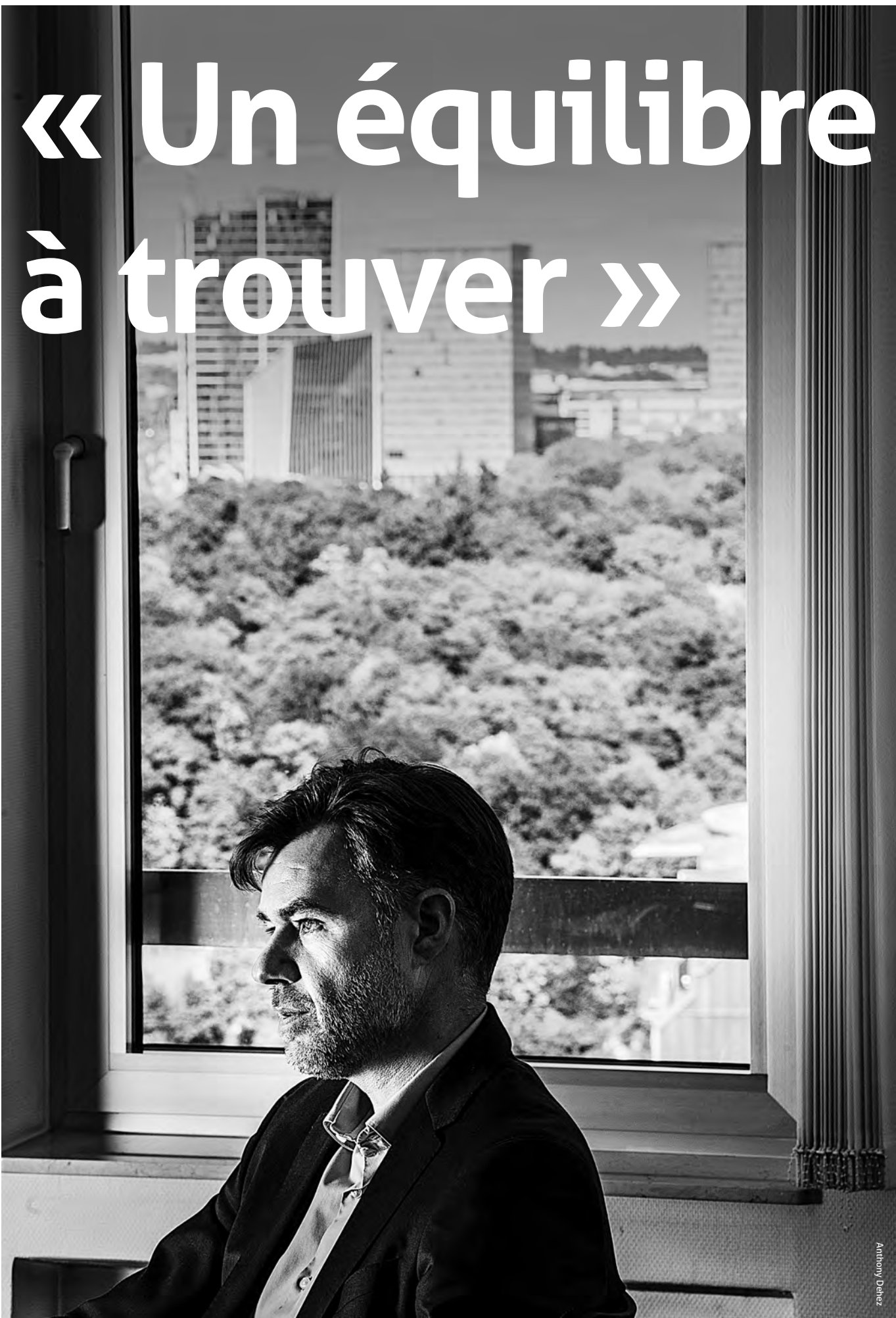
Gabegie de l’espace II

La radio socioculturelle *100,7* s’est emparée cette semaine de la polémique liée à l’investissement dans l’espace en publiant notamment lundi les meilleurs extraits du rapport préparé par PwC pour le ministre de la Défense François Bausch (Déi Gréng) au sujet du projet de satellite d’observation, Luxeosys, initié « à la hâte » par son prédécesseur Etienne Schneider (LSAP) en fin de première législature et qu’il a découvert à son arrivée. « Le projet fait du sens, mais il faut y apporter toute la transparence possible », martèle le ministre vert auprès du *Land*, mais aussi dans d’autres médias, pour désamorcer toute éventuelle accusation à son endroit. Il a en effet déposé le 27 mars un projet de loi qui double le financement nécessaire pour déployer le satellite luxembourgeois destiné à l’observation de la Terre porté par Etienne Schneider. Il avait été estimé au centime près dans un premier temps à 168 242 829,92 euros HTVA (sur quatorze années) alors que, paradoxalement, l’auditeur PwC signale aujourd’hui l’empressement d’un montage de dossier sur quelques mois pour un vote en catastrophe (mais aucunement contesté par les députés) lors de la dernière session parlementaire le 13 juillet. Dans son allocution à la Chambre pour le vote du projet de loi, Etienne Schneider avait commencé par insister sur le « devoir » du Luxembourg d’augmenter ses financements militaires pour revenir « dans les clous » vis-à-vis de l’Otan (le budget de la Défense doit tendre vers deux pour cent du PIB et devrait s’élever localement à 0,6 pour cent en 2020). « Ce gouvernement n’ira pas plus loin. Il appartiendra au prochain gouvernement de décider s’il veut faire un pas de plus », avait-il alors lancé, de manière involontairement prémonitoire. La fiche financière du projet de loi du ministre socialiste n’avait pas été publiée (elle ne l’est toujours pas) au motif que les négociations contractuelles étaient en cours lors du processus législatif. Dans son

avis, le Conseil d’État avait simplement demandé au sujet du montant que les tranches de mille soient séparées par un espace insécable pour écrire « 170 000 000 euros ». Contacté, Etienne Schneider réfute avoir fait voter quoi que ce soit à la hâte et reporte la faute sur une partie de ses équipes à la Défense. « Selon les informations de mes collaborateurs, le projet était complet. On m’avait fait croire que tout était clair et prévu. C’est seulement en automne qu’il s’est avéré que certaines choses ne pouvaient pas être réalisées telles que prévues », explique-t-il au *Land*.

En effet, le gouvernement estime aujourd’hui que ce satellite à disposition du gouvernement et de l’Otan pour photographier endéans quelques heures avec une haute résolution la partie souhaitée de la surface terrestre est pertinent, notamment eu égard aux engagements vis-à-vis de l’alliance militaire transatlantique et à la spécialisation de l’armée luxembourgeoise. Les coûts dérapent néanmoins et le contrat avec le manufacturier OHB-I (filiale italienne du groupe européen OHB, actionnaire de Luxspace à Betzdorf) a été signé par Etienne Schneider. La quasi-intégralité de la somme débloquée dans un premier temps a été « brûlée » pour le développement du satellite, explique une source au ministère de la Défense. L’État doit apporter 180 millions d’euros supplémentaires... et le projet doit être mis en œuvre différemment. C’est ce que précise PwC dans le rapport présenté la semaine passée par le ministre à la Chambre en Commission du Budget. Plus question d’installer les antennes de réception des images à Diekirch. Le terrain serait trop enclavé et les compétences pas réunies pour l’exploitation des données. Le site belge de Redu est envisagé. La société Hitec, cliente de OHB-I, qui avait soufflé l’idée du projet à l’oreille du ministre de l’Économie et de la Défense devait développer les installations au sol. La société dirigée par Yves Elsen, aussi président du conseil de gouvernance de l’Université du Luxembourg, se retrouvait-elle mise hors-jeu ? Le ministre François Bausch indique qu’une procédure d’adjudication sera organisée pour l’exploitation au sol. « Le seul engagement aujourd’hui, c’est OHB-I », poursuit-il. Contacté, Yves Elsen n’a pas répondu à nos sollicitations. [pso](#)

« Un équilibre à trouver »



Au douzième étage du ministère de l'Économie, Franz Fayot bénéficie d'une vision et d'une emprise sur une pluralité de domaines dont la préservation des intérêts bousculent parfois ses convictions

Interview : Pierre Sorlut

Mardi, le ministre de l'Économie Fayot (LSAP) reçoit le *Land* dans la salle de réunion très *eighties*, au douzième étage du ministère boulevard Royal, où trônent quelques cadeaux reçus lors de visites officielles, des vestiges des diversifications opérées ces dernières décennies : une maquette de tanker liée au pavillon maritime ou un satellite miniature en hommage à la lubie spatiale de l'ancien locataire... C'est en tout cas ce qu'il reste. « Etienne a tout embarqué », sourit l'un de ses anciens collaborateurs quelques secondes avant l'arrivée dans la pièce du ministre Fayot, au sortir d'une visioconférence avec la fraction LSAP pour expliquer les mesures annoncées mercredi et détaillées ce vendredi.

Land : Monsieur Fayot, voilà cent jours que vous dirigez le ministère de l'Économie. Comment jugez-vous votre entrée en jeu dans le gouvernement ?

Franz Fayot : J'ai eu à peu près trente jours de normalité. 70 de folie. C'est une époque extraordinaire conjuguée à la nouveauté de la fonction dans laquelle je me suis investi pleinement. Nous vivons une crise économique absolument disruptive, qui remet en question nos modes de vie. C'est une période très laborieuse à laquelle je me consacre avec beaucoup de détermination.

Ne peut-on pas parler d'un retard à l'allumage au ministère de l'Économie et, dans l'ensemble, du gouvernement vis-à-vis de la gravité de la crise ? On pense notamment à votre déplacement début mars

en Italie avec le ministre des Finances alors que le pays se confinait.

Je ne crois pas qu'on ait accusé un retard à l'allumage. Au premier conseil des ministres européens auquel j'ai assisté fin février, il y avait un point Covid-19 à l'ordre du jour. Ce n'était pas le sujet dominant. L'Italie était le seul pays vraiment touché en Europe. Cela ne laissait pas encore présager que ça allait s'étendre et se diffuser à cette vitesse. Quand ça s'est produit, à partir de la première semaine de mars, le gouvernement s'est mobilisé très rapidement.

Vous étiez en autoquarantaine à ce moment précis. Cela n'a-t-il pas compliqué votre prise de fonction ?

Je me suis mis en quarantaine après avoir participé à une réunion où siégeait l'une des premières personnes infectées par le virus à Luxembourg. C'était la phase où on ne devait rester plus que cinq jours en isolement. J'ai tout fait en télétravail. J'ai assisté au conseil de gouvernement depuis mon *home office*. J'étais en contact constant avec mes équipes. Je pense que cela n'a pas gêné mon travail. Pour revenir à la question du retard d'allumage. Justement, après la déclaration d'état de crise, le 18 mars, nous avons pris l'initiative au ministère d'entamer les travaux sur le premier *package* de stabilisation. C'est venu d'ici. Évidemment en collaboration avec le ministère des Finances et le ministère des Classes moyennes, mais cet élan collaboratif a trouvé son origine au

ministère de l'Économie. On a très vite ficelé un paquet de mesures qui a été annoncé le 25 mars.

On entend que Lex Delles (DP) et vous-même avez bataillé auprès de Pierre Gramegna (DP) pour obtenir davantage de moyens pour les aides et que le ministre des Finances rechignait à dépenser plus et que, du coup, le résultat serait inférieur à vos attentes.

Je ne connais pas cette rumeur et je dois dire qu'elle n'est pas fondée. La première chose qu'on a faite c'est d'ouvrir assez grand le chômage partiel. On a stabilisé la situation. On a réussi à sauvegarder les emplois, à donner aux entreprises les moyens de mettre de manière très large leur salariés en chômage partiel. Cette mesure coûte énormément d'argent. Nous en sommes à 650 millions d'euros à peu près.

Le prix de deux satellites donc...

Si on veut le calculer comme ça, oui on peut le dire (il sourit, ndlr). Le ministère des Finances a compris que ce n'était pas le moment de faire des économies, mais d'ouvrir assez grand les vannes pour sauvegarder l'emploi. C'est l'instrument de prédilection pour le Luxembourg, inventé pendant la crise sidérurgique des années 1970. Il n'a jamais connu une utilisation aussi large et il est accompagné en parallèle d'une panoplie d'avances. Donc non, il n'y a pas eu de volonté d'austérité.

On entend quand même, vous ne l'ignorez pas, un certain mécontentement, émanant des PME et des

indépendants. S'il est vrai que ces agents dépendent d'abord du ministère des Classes moyennes... que leur dites-vous ?

Les Classes moyennes sont une direction du ministère de l'Économie. Lex Delles est en charge de toutes ces entreprises, qui sont les plus vulnérables, comme l'horesca, qui vont reprendre le travail en dernier lieu. Mais il est vrai que c'est une question pour l'économie en général. Je leur dis donc que je les comprends. Je comprends leur stress. Je comprends leur souffrance. Je circule dans la ville. Je connais des restaurateurs, des gens qui ont des bars, dans mon quartier, en ville, mais aussi ailleurs. Je sais que c'est une période terrifiante. Je comprends aussi l'impatience de beaucoup de ces entrepreneurs. Néanmoins je pense qu'il faut dire qu'on a un paquet de mesures qui est complet. Qui comprend quelque chose pour tous, entre les avances remboursables, les étalements de paiements d'impôts ou cotisations, et les aides directes. Les mesures ont été adaptées pour répondre à ces appels à l'aide. Et elles continuent de l'être.

Sur les réseaux sociaux, vous affichez vos visites dans les entreprises. Est-ce pour montrer que vous êtes à leur contact ? On se rappelle du nouvel an de la Fedil en janvier et des craintes que le nouveau ministre de l'Économie soit moins entrepreneur que son prédécesseur Etienne Schneider, acclamé ce soir-là.

Oui, il y a de ça. Puis beaucoup plus simplement, le fait d'aller sur le terrain, de prendre connaissance des problèmes actuels liés au Covid-19. Puis aussi d'apprendre à connaître les entrepreneurs, les chefs d'entreprises... voir aussi les conditions de travail, les soucis des salariés sur place. D'avoir un *feeling* et un sentiment pour ce public. Ce n'est pas un coup de *PR* (*public relations*, ndlr). En ces temps de crise, on fait d'une part la gestion des mesures au ministère, de l'autre, il est très important d'aller sur le terrain, de juger des difficultés et d'évaluer le fonctionnement des mesures. Si elles sont utilisées ou si au contraire on doit les améliorer. Je fais ces visites deux trois fois par semaine selon les possibilités. J'utilise ce temps pour me familiariser avec le tissu économique luxembourgeois.

Vous parliez d'un plan de relance de l'économie. À quoi pensez-vous ? Faut-il le lier à l'annonce d'un plan de relance européen par l'Allemagne et la France ou est-ce à envisager au niveau national ?

Les deux. La dimension européenne est primordiale. Il faut apporter une réponse européenne à une crise mondiale, avec un plan d'investissement extrêmement ambitieux. Dans ce contexte, je salue l'initiative franco-allemande. L'Allemagne a fait un long chemin pour arriver à accepter une dette commune de cinq cent milliards. Je pense que l'Europe a une chance unique, comme le font les économies d'après-guerre, d'investir dans une transition durable. Au niveau national, nous avons le plan en matière d'énergie et de climat. Nous dessinons d'autres perspectives avec un soutien à l'investissement pour une production industrielle avec des énergies renouvelables, le recours au digital à tous les niveaux, etc.

On entend régulièrement que votre image d'intello bobo colle mal avec le « socialisme de conviction » auquel vous vouez appartenance. N'avez-vous pas l'occasion, avec la refonte de l'accord de coalition envisagée, de revenir davantage vers vos idéaux ?

Je pense que quand on fait de la politique, peut-être surtout au Luxembourg, quand on accepte une responsabilité gouvernementale, on sait qu'on opère dans un certain cadre, en l'espèce l'accord gouvernemental, auquel j'ai contribué dans des groupes de travail quand ça a été négocié (en 2018, ndlr). Est-ce qu'il couvre une à une ses propres convictions politiques, ses convictions de socialiste ? Sans doute pas, mais il faut faire la part des choses. Ce n'est pas toujours très sexy à dire, mais au-delà de la théorie pure, l'action politique permet d'améliorer la vie des gens.

Il vaut mieux faire partie de l'équipe...

Oui, mais pas faire partie de l'équipe pour faire partie de l'équipe. On peut accomplir des choses en tant que ministre socialiste qui améliorent la vie des gens qui travaillent, qui vont dans le sens d'une économie plus équilibrée, c'est un équilibre qu'il faut trouver.

Et l'accord de coalition sera revu ou pas ?

L'accord de coalition sera probablement revu. Pas sur l'ensemble, mais sur un certain nombre de choses. Il faut constater, et c'est un constat tout bête, que la

« Il est clair que certaines niches fiscales vont devoir disparaître. Je pense notamment aux FIS en matière immobilière, aux *warrants* et aux choses de ce genre qu'on ne peut plus se permettre »

marge de manœuvre budgétaire ne sera plus la même qu'avant la crise.

Oui, mais l'ambition sera peut-être aussi plus grande ?

L'ambition sera grande de gérer au mieux cette crise sur les prochaines années... pour sortir de la crise sanitaire, mais aussi pour limiter la casse, voire parvenir à une relance économique assez rapidement. Faire en sorte que les gens gardent leur travail ou retrouvent du travail.

Mais pour y parvenir, y aura-t-il la patte Franz Fayot ? On pense notamment aux mesures fiscales que vous préconisiez avant d'entrer au gouvernement... impôt sur la fortune, impôt sur l'héritage... la réouverture ces dossiers est-elle envisagée à l'aune de la réforme fiscale programmée cette année ?

Elle ne l'était pas lors des dernières discussions précédant la crise Covid-19. Et je dois vous dire très franchement que ça m'étonnerait qu'elles s'y retrouvent. La constellation politique ne permet pas qu'on puisse l'envisager. Ceci dit, il faut voir qu'un peu partout les budgets se trouveront resserrés. Il va falloir rembourser une dette, financer les investissements des États...

L'impôt n'est pas qu'une posture idéologique, c'est aussi une manière de gagner de l'argent...

Ce n'est certainement pas qu'une posture idéologique, mais il faut discuter de tout cela au sein de la coalition, voir ce qui est faisable et réaliste.

Y-a-t-il des lignes rouges que vous ne voulez pas franchir ou des objectifs à atteindre ?

Je ne vois pas vraiment de ligne rouge. Ce qu'il faudra à tout prix éviter c'est l'austérité et de trop s'empresse à rembourser cette nouvelle dette. Ce ne serait pas bon pour la relance du pays. Puis il faudra mener une discussion sur la manière de rembourser cette dette. Ce qui serait très difficilement acceptable pour nous et mon parti, c'est qu'on augmente l'imposition sur le facteur travail et qu'on relève l'impôt au niveau des salaires de la classe moyenne et plus bas.

Et une augmentation de la TVA ?

Je crois qu'il faut avoir une discussion ouverte sur ces choses. On a augmenté la TVA pour financer le paquet d'avenir. La TVA est toujours un impôt injuste, surtout si on l'augmente de manière indifférenciée. Il n'a jusqu'alors pas été question de jouer avec le taux de TVA. Il faut tout mettre sur la table et voir ce qu'il est possible de faire. Il est clair que certaines niches fiscales vont devoir disparaître. Je pense notamment aux FIS (fonds d'investissement spécialisés, ndlr) en matière immobilière, aux *warrants* (plans dits de *stock-options* pour détaxer les très gros salaires, ndlr) et aux choses de ce genre qu'on ne peut plus se permettre.

Etienne Schneider s'installe au board d'Arcelor-Mittal. Il fait aussi son entrée chez les Russes de Sistema, dont le patron est consul honoraire du Luxembourg en Russie. Continuerez-vous à chérir les relations avec la Russie comme l'ont fait vos prédécesseurs ou allez-vous adopter une vigilance un peu plus stricte ?

Je prends acte de la décision de Sistema et d'Etienne Schneider. Je ne vais pas la commenter. C'est son choix de carrière. Sachez néanmoins qu'on a une vigilance accrue déjà maintenant par rapport à certains investisseurs et entrepreneurs qui viennent de l'Est.

Embarqué dans la « folie » Covid-19 depuis son arrivée ou presque au ministère de l'Économie, Franz Fayot « comprend » les entreprises et dit avoir été « complet » dans les aides

Im Schatten von Corona bereitet die EU die Freigabe der Genom-Editierung vor

Gentechnik 2.0 ohne Kontrolle?

Martin Ebner

Never let a good crisis go to waste... Wenn die Öffentlichkeit beschäftigt ist, lassen sich profitabel, aber unpopuläre Vorhaben verwirklichen. Und was könnte unbeliebter sein als Gentechnik? Ob sie ohne Staatsgelder profitabel ist, weiß man nicht so genau; allein gegen Monsanto laufen fast 50 000 Klagen. Auf jeden Fall trifft es sich gut, dass in Europa gerade jetzt die Weichen für das künftige Gentechnik-Recht gestellt werden: Demonstranten haben überwiegend Ausgangssperre.

Schon seit Jahren versprechen Gentech-Lobbyisten bessere Ernten und großartige Gewinne. Pflanzen, die Hitze, Trockenheit, Klimawandel widerstehen. Weniger Pestizide, weniger Dünger- und Wasserverbrauch. Preiswerte, aber gesunde Nutztiere. Auch die Bekämpfung des Hungers in Afrika sei ihnen ein ganz arges Anliegen. Außerdem seien neue Verfahren wie CRISPR/Cas, TALEN oder Zinkfinger-Nukleasen, die unter dem Begriff „Genom-Editierung“ zusammengefasst werden, viel besser als klassische Gentechnik: zielgerichtet, präzise, sicher – und von natürlichen Mutationen oder konventioneller Züchtung nicht zu unterscheiden.

Trotz aller PR bleibt die Ablehnung der Gentechnik in Europa erstaunlich stabil. Nicht nur in Österreich, wo der Handel „Gentechnikfreie Wochen“ feiert, erreichen Gegner 70 Prozent und mehr. Immer mehr Länder führen Label für Produkte „ohne Gentechnik“ ein, zuletzt Polen. Bei Umfragen sagt die Mehrheit: Ja zu Gentech-Medikamenten aus dem Labor – Nein zu Gentechnik in Landwirtschaft und freier Wildbahn. Das ist auch ungefähr die Rechtslage.

Am 25. Juli 2018 entschied der Europäische Gerichtshof zur allgemeinen Überraschung, dass neue Gentechnik wie alte behandelt werden soll: Durch Genom-Editierung erzeugte Organismen sollen dem Gentechnikrecht unterliegen, also den etablierten EU-Regeln für Zulassung, Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Haftung. De facto ist das ein Verbot: Als „gentechnisch verändert“ gekennzeichnete Lebensmittel sind praktisch unverkäuflich. Öffentliche Standortregister ermöglichen es Gegnern, Versuch und Anbau im Freiland zu zerstören.

Firmen, die bereits die Zulassung von GE-Pflanzen beantragt hatten, wurden von dem EuGH-Urteil kalt erwischt. Die EU-Kommission war konsterniert. Der EU-Rat, also die Regierungen der EU-Staaten, beauftragte die Kommission, bis April 2021 eine „Untersuchung“ zum „Status neuartiger genomischer Verfahren im Rahmen des Unionsrechts“ vorzulegen und Änderungen vorzuschlagen. Luxemburg, Polen, Ungarn und drei weitere Länder betonten dabei, dass der Schutz von Gesundheit und Umwelt „besondere Vorsicht“ erfordere. Dagegen verlangten die Niederlande und Spanien, bei der Überprüfung von Gentechnik nicht nur das Vorsorgeprinzip, sondern auch „Verhältnismäßigkeit“ zu beachten.

Ist dieser Vorstoß ein erster Schritt zur Aufweichung des EU-Gentechnikrechts? Dafür trommeln vor al-

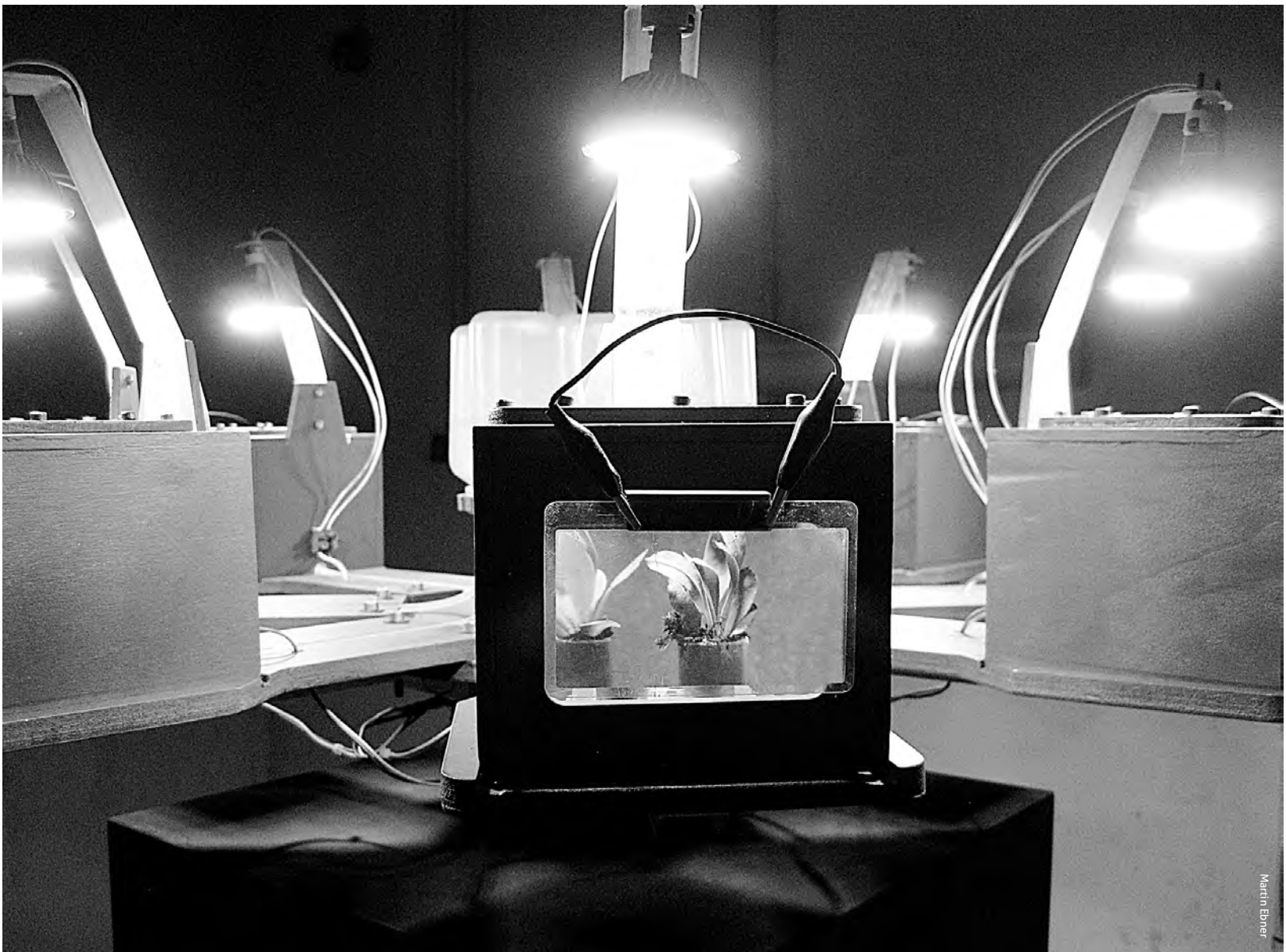
Wenn jeder Biohacker oder Bauer seine eigenen Gewächse basteln dürfte, wäre das kaum im Sinn der Industrie. Der Profit hängt weitgehend von der Regulierung ab

lem die vier Agrarchemie- und Saatgut-Konzerne Dow-Dupont/Corteva, Bayer/Monsanto, Syngenta und BASF, aber auch Wissenschaftler, die oft gemeinsam mit Gentech-Firmen Patente verwerten wollen.

Die Herausforderung für Lobbyisten: Genom-Editierung nicht als Gentechnik einstufen oder gleich alle Regeln für Eingriffe ins Erbgut lockern – gleichzeitig aber die Patentierbarkeit für Gentech-Organismen erhalten. Neue Verfahren wie CRISPR/Cas sind im Prinzip viel billiger und zugänglicher als ältere Techniken. Wenn jeder Biohacker oder Bauer seine eigenen Gewächse basteln dürfte, wäre das kaum im Sinn der Industrie. Der Profit hängt weitgehend von der Regulierung ab.

Bereits im vergangenen Sommer veröffentlichte das belgische Lifesciences-Institut VIB ein „Open Statement for the use of genome editing for sustainable agriculture and food production in the EU“. Bisher haben 191 Professoren und Institutsleiter aus 25 Ländern unterschrieben, davon 41 aus Deutschland, aus Frankreich fünf, aus Luxemburg kein einziger. Darin heißt es, Genom-Editierung sei „entscheidend für Wohlstand und Lebensmittelsicherheit“. Das EuGH-Urteil sei „schlicht zu kompliziert und zu teuer, um befolgt zu werden“, es reflektiere „nicht mehr korrekt den Stand der Wissenschaft“. Strenge Auflagen für Gentechnik seien ein „unvernünftiges regulatorisches Hindernis“.

Bei einer Journalisten-Konferenz, unter anderem von Bayer und BASF gesponsert, präsentierten Ende 2019 die größten deutschen Wissenschaftsorganisa-



Mit Gentechnik und synthetischer Biologie beschäftigen sich zunehmend auch Künstler. Etwa die Künstlergruppe Quimera Rosa, deren Installation *Trans*Plant* bei der Ars Electronica 2019 in Linz zu sehen war, ...

tionen gemeinsame Forderungen: Organismen, in die „keine artfremde genetische Information eingefügt ist“ (*aka* Genom-Editierung) sollten wie Mutagenese vom Gentechnikrecht ausgenommen werden. Wie in den USA sollten auch in Europa die meisten Gentech-Pflanzen unreguliert angebaut und ohne Kennzeichnung vermarktet werden dürfen. Längerfristig brauche es einen „völlig neuen Rechtsrahmen“, der sich nicht mehr auf die Technik, sondern auf die Produkte beziehen soll. Der heutige Ansatz sei „wissenschaftlich nicht begründbar“.

Gentech-Gegner retournieren den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit. Sie lassen ebenfalls Professoren aufmarschieren und fordern eine strengere Regulierung. Im Januar wurde die Studie „Risk Assessment of Genetically Engineered Organisms in the EU and Switzerland“ vorgestellt: Finanziert von der Schweizer Mercator-Stiftung und koordiniert vom Münchner Testbiotech-Institut, hatte ein Dutzend Wissenschaftler das EU-Zulassungsverfahren unter die Lupe genommen. Ihnen zufolge werden Gentech-Importe mangelhaft kontrolliert, auf der Basis von Herstellerangaben, ähnlich wie Autoabgase: „Die in Feldversuchen getesteten GV-Pflanzen entsprechen nicht denjenigen, die tatsächlich importiert werden.“

Für unschöne Details interessiert sich die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen eher nicht. Ihre aktuellen Projekte sind ein „Green Deal“ und eine neue Landwirtschaftsstrategie. Eine Präsentation, die im November geleakt wurde, erwähnte ausdrücklich „neue genomische Techniken“. Nachrichtenagenturen meldeten bereits, neue Gentechnik solle „die Nahrungsmittelproduktion an den Klimawandel anpassen“. Die deutsche Agrarministerin Julia Klöckner sekundierte, es brauche eine „differenziertere“ Zulassung und „mehr Offenheit und Fortschritte in der Pflanzenzucht“. Die EU-Kommission aber geht nun vorsichtiger vor: Die veröffentlichte Version des „Green Deal“ vermeidet Reizwörter wie Gentechnik. Vorerst ist auch keine Rede mehr davon, das im EU-Recht verankerte Vorsorgeprinzip zu ersetzen durch ein „Innovationsprinzip“, das sich Lobbyisten der Chemieindustrie ausgedacht haben.

Die EU-Kommission, die jetzt das Gentechnikrecht „untersucht“, veranstaltete am 10. Februar eine erste Anhörung, um das Studiendesign zu besprechen. Das Resultat einer Konsultation hängt durchaus vom Fragebogen ab. Laut Corporate Europe Observatory waren unter den 94 geladenen Verbänden

nur elf Umwelt- und Verbraucherorganisationen – aber gleich mehrfach Vertreter der Gentech-Konzerne. Lediglich drei Verbände sprachen für die Bio-Landwirtschaft, die von einer Verwässerung des „Ohne Gentechnik“-Labels massiv getroffen würde. Eine „derart voreingenommene Konstellation“ lasse befürchten, dass die Studie „zu einem vorher festgelegten Ergebnis führt“, mault die Aktivistin Nina Holland.

Sechs Biotech-Studenten der Universität Wageningen geht das alles zu langsam. Unter dem Slogan „Grow Scientific Progress“ haben sie für die Freigabe

der Genom-Editierung eine europaweite Bürgerinitiative zur „Aktualisierung“ des EU-Rechts gestartet. Bis zum 25. Juli 2020 müssten sie eine Million Unterschriften sammeln. Bisher haben sie rund 8 000, davon in Luxemburg, wo 4 500 Unterschriften nötig wären, immerhin sechs. Auf konventionellen demokratischen Wegen hat Gentechnik offensichtlich keine Chance. Das macht aber wohl nichts. Im Ausnahmezustand entscheiden innovative Experten.

Nachrichten aus der Welt der Gentechnik:
– Pro: www.transgen.de
– Contra: www.keine-gentechnik.de

„Frankenstein-Food“ vs. „innovative Präzisionszüchtung“

So umstritten wie Eingriffe in das Erbgut sind auch das „Wording“ und das „Framing“ dazu. Gegner sprechen von „Manipulationsmethoden“, betonen „Gefahren für Umwelt und Verbraucherschutz“, warnen vor „Patentkartellen“ und „Machtkonzentration“. Befürworter vermeiden das Wort „Gentechnik“. Lieber sprechen sie von „innovativer biobasierter Forschung“. Leidlich neutral sind diese Begriffe:

Klassische Gentechnik ist bislang das wichtigste Gentech-Verfahren: Einzelne artfremde Gene werden einem Empfängerorganismus injiziert und an zufälliger Stelle im Genom eingebaut. Diese „Transgenese“ wird vom EU-Recht seit 2001 reguliert. Derzeit wird in der EU nur eine gentechnisch veränderte Pflanze angebaut: MON810, ein insektengiftiger Mais von Bayer/Monsanto in Spanien. Luxemburg macht, wie die meisten EU-Staaten, von einer Opt-Out-Möglichkeit Gebrauch und verbietet den kommerziellen Anbau. Für den Import in die EU sind dagegen bereits rund 80 gentechnisch veränderte Pflanzen zugelassen. Besonders aus Amerika werden große Mengen Gentech-Soja und Gentech-Mais eingeführt, vor allem als Futtermittel.

Bei der **Mutagenese** werden Organismen radioaktiv bestrahlt oder mit Chemikalien behandelt, was ungerichtete, zufällige Mutationen auslöst. Unerwünschte Mutanten werden weggeworfen, interessante Eigenschaften in vorhandene Sorten eingekreuzt. Bis 2017 sind schätzungsweise über 3 200 Mutagenese-Pflanzensorten auf den Markt gekommen. Der EuGH hat sie im Juli 2018 als „gentechnisch veränderte Organismen“ eingestuft, aber von den Vorschriften des Gentechnik-Rechts ausgenommen: keine Kontrolle, keine Kennzeichnung.

Genome Editing ist ein Sammelbegriff für rund 20 neue molekularbiologische Verfahren, die zellinterne Reparaturmechanismen ausnutzen, um Erbgut gezielter und präziser als bisher zu verändern. Mit „Gen-Scheren“, etwa dem seit 2012 patentierten CRISPR/Cas-Verfahren, lassen sich einzelne Gene oder ganze Gen-Sequenzen austauschen oder ausschalten. GE-Soja und GE-Lachse werden bereits vermarktet, sind in der EU allerdings nicht zugelassen. Besonders umstritten sind *Gene Drive*-Techniken: Mutationen werden nicht nur an die Hälfte der Nachkommen vererbt, sondern an alle – gezielte Evolution im Zeitraffer. Damit könnten ganze Spezies verändert oder ausgerottet werden.

In der Praxis werden alte und neue Gentechnik-Verfahren vermischt. Das Münchner Institut für unabhängige Folgeabschätzung in der Biotechnologie führt zu EU-Zulassungen eine Datenbank: www.testbiotech.org.



... oder Patricia Piccinini mit ihrer Skulptur *The Listener* (2012), 2013 auf der Ars Electronica zu sehen

Zu Gast

Wie ein Dieb in der Nacht

André Bauler

Die Corona-Krise hat uns alle überrascht, ähnlich wie ein Dieb in der Nacht.

Hypothesen und Vorhersagen, die noch vor einigen Monaten Wirtschaftswachstum und gefüllte Kassen für 2020 vorhersagten, sehen heute infolge des unerlässlichen Lockdowns düster aus.

Laut Stateg ist für das Jahr 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Höhe von sechs Prozent zu rechnen, ein historischer Einbruch, der auch bei einem prognostizierten Wachstum von sieben Prozent für 2021 nicht spurlos an uns vorbeigehen wird.

Die konstruktive Haushaltspolitik der letzten Jahre kommt unter diesen Bedingungen von ihrem geplanten Kurs ab. Die zukunftsorientierte Politik der letzten Jahre konnte die Staatsverschuldung von 24 Prozent (BIP) in 2013 auf rund 20 Prozent im Jahre 2019 senken. Genau diese konsequenten Anstrengungen verschaffen uns heute einen gewissen Handlungsspielraum. Der vorläufige Stabilisierungspakt in Höhe von fast elf Milliarden und die rückläufigen Einnahmen werden die Verschuldung bis 2021 auf 29,6 Prozent des BIP ansteigen lassen, sodass der vorgesehene Überschuss von 800 Millionen Euro von einem Defizit von 4,9 Milliarden Euro in 2020 abgelöst wird.

André Bauler ist Abgeordneter der Demokratischen Partei

Die Regierung hat in ihrem Krisenmanagement zu den richtigen Mitteln gegriffen. Sie hat im Eilverfahren unterschiedliche Maßnahmen entschieden, um den Betrieben zu helfen und die Kaufkraft der Bürger zum großen Teil zu erhalten. Als die Tragweite des wirtschaftlichen Einschnittes nach und nach ersichtlich wurde, entschied man auch nachzubessern, insbesondere bezüglich der Hilfen für Selbstständige. Trotz der gravierenden Konsequenzen dieser Krise für den öffentlichen Haushalt steht die Regierung weiterhin zur Höhe ihrer beachtlichen Investitionspläne. Steuererhöhungen wären Gift in der aktuellen Situation. Sie würden den wirtschaftlichen Wiederaufschwung abwürgen.

In Zukunft heißt es, die öffentlichen Investitionen genau unter die Lupe zu nehmen und die jeweiligen Prioritäten zu analysieren. Es muss besonders auf die Digitalisierung – Stichwort Telearbeit, dort wo sinnvoll und erfordert – sowie auf Investitionen im Bereich der Nachhaltigkeit und der Gesundheitstechnologien gesetzt werden. Wir können zufrieden sein, dass unser Finanzplatz, der rund 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes darstellt und massiv auf die Telearbeit in dieser brutalen Krise zurückgreifen konnte, dazu beigetragen hat, den ersten Schock der Rezession einigermaßen abzufedern. Die Banken sind übrigens auch ein wesentlicher Partner, wenn es um die Stützung und die Neubelebung unserer Wirtschaft geht.

Zudem lehrt uns die Krise jetzt schon einiges.

Unsere kleine Volkswirtschaft ist im Falle eines heftigen, externen Schocks sehr verletzlich. Aus diesem Grund müssen wir in strategischen Bereichen unserer einheimischen und europäischen Wirtschaft umdenken. Die Produktion lebenswichtiger Erzeugnisse kann und darf nicht völlig ausgelagert werden. Wir müssen in der Tat wieder für mehr wirtschaftliche Substanz auf dem europäischen Kontinent sorgen. Das schafft Arbeitsplätze und stärkt die Kaufkraft der Menschen.

Ja, die Krise soll uns zu einem Umdenken führen. Denn wir müssen nachhaltiger denken und handeln. Nur so können wir eine Renaissance unserer Gesellschaft und Wirtschaft einläuten, um vieles zum Besseren zu wenden und den Blick wieder auf das Wesentliche und Dauerhafte zu richten.

D'Oktavbild vum Dag

E Bild vum Leo Lommel,
Eng Kierch, déi huet den Tommel.
Eng Mask, dernieft e Kräiz,
Kee Matleed allersäits.

De Bëschof huet vill Zäit,
E mécht dat wat him läit.
E sëtzt vru sengem Dësch,
Da rífft en an de Bësch:

Här Premier, späert nees op,
Eis Kierch steet op der Kopp!
Dir hutt eist neit Konzept
Net wierklech gutt bekäppt.

E klot an huet es sat;
Et ass eng Jeremiad.
Dem Land ass dat egal,
An och dem Mann mam Schal.

Jacques Drescher

Die kleine Zeitzeugin

Ich liebe den Menschenkrach!

Michèle Thoma

Ich weiß, es war gerade so schön totenstill. Oder eher lebendig still, wie wir andächtig befanden. Was sich da alles rührte in unserer unmittelbaren Umgebung, und uns so sehr berührte. Bescheidenes Gewächs, das uns aus Ritzen und Fugen zunichte auf unseren bescheidenen Wegen, alle möglichen vielbeinigen Freund_innen, wir wussten nicht mal, dass wir sie hatten. Plötzlich, in der Stunde der Not, waren sie da. Stelldichein mit Silberfischlein, mitternächtliche Klo-Rendezvous, es trieb einer die Tränen in die Augen, Hallo Mitgeschöpf! Ja sniff, ihr teilt diesen Planeten mit uns!

Darüber schrieben und dachten und redeten wir jede Menge, wie schön es doch war, dass nichts war, jedenfalls nichts los, und wie wir jetzt losließen. Die Leitartiklerinnen leitar tikelten darüber und die Philosophen philosophierten und den Therapeut_innen fiel Tröstliches ein. Tut uns doch ganz gut mal.

Wobei ich manchmal etwas verunsichert war. Zum Beispiel bezüglich der plötzlich ausgebrochenen Euphorie in der Tier- und Pflanzenwelt. Freiheitstänze zelebrierende Delfine gab es bei mir leider nicht im Angebot. Aber Wochen lang wandelte ich unter Wipfeln, in denen es an lauen blauen Frühlingsabenden verdächtig still war. Sind unsere gefiederten Freundinnen jetzt ernsthaft ausgestorben? Oder sind sie von Depression befallen, wie alles unter diesem Himmel ohne Chemtrails, in diesen abgasfreien Straßen, in denen Untote herum tappen? Depressiv aus Empathie, aus Solidarität mit uns in schwarzen Wohnlöchern Verschollenen? Oder ist das nur die allerallerlächerlichste anthropozentristische Vorstellung?

Das mit der neuen Lebensqualität zog sich jedenfalls in die Länge. So neu war sie jetzt nicht mehr, die Jungen erinnerten sich daran, jung zu sein, die Alten auch, und die Familien waren es müde, dass Frau und Herr Lehrer_in sie jeden Tag via Bildschirm in ihren Stuben

Wie ist es schön, eine Idiotin zu sein auf dem Planet der Idiot_innen. Mach weiter Krach, mach weiter Gestank. Wie schön es hier ist

heimbesuchten. Die Einsamen wollten wieder ihre Dosis Liebe, altmodische analoge, mit Nähe, Gerüchen, und wenn es nur die Nähe der Serviererin im Einkaufszentrum war, die eine Kaffeetasse vor ihnen absetzte. Manche langweilten sich sogar schon bei der Viren-Eurovision. Immer häufiger überfielen sie unkontrollierbare Gelüste. Ach, sich Pommes Frites einverleiben in einer dampfenden Bude voll malmender Menschenmäuler, bitte viel Mayonnaise! Ach, einfach nur irgendwo herumhängen und Unzusammenhängendes von sich geben, welch ein Traum!

Und dann geschah es. Eines schönen Morgens, es war wieder so schön und so ruhig, so schön ruhig, brach plötzlich der Krieg aus. Auch das noch, ich stürze auf den Balkon. Und ... Seufz, mir wird so wohl zumute, so menschlich, so wehe. Ein Kriegsgerät bewegt sich auf und ab, darin sitzt ein Mensch, er köpft Blumen und verstümmelt das Gras. Was Menschen halt so tun. Er macht das sehr zielgerichtet und unsichtig, er macht Kurven und fährt Streife, alles hat seine Richtigkeit.

Er hat den Bann gebrochen. Ich muss ihm jubeln, ihm Daumen schicken, ihm danken. Dass er ein Mensch ist, dass er Menschensachen macht. Ich muss ihn willkommen heißen, er macht uns wieder zu Menschen, nicht zu Fantomen oder Gurus. Ich muss ihn unter Menschen willkommen heißen, auf diesem Planeten voller Plastik, voller Müll, voller sterblicher Schönheit, auf diesem Planeten der Idiot_innen.

Wie ist es schön, eine Idiotin zu sein auf dem Planet der Idiot_innen, man fühlt sich so zuhause. Bitte mach weiter! Mach weiter Krach, dass uns die Ohren abfallen und die letzten Vogelmohikaner_innen aus den Nestern fallen, mach weiter Gestank und fahr auf und ab wie ein besessener Dreijähriger. Mir ist so wohl zumute, so wohlig, du erweckst die in ihren Wohnungen Eingesargten, sie recken sich und setzen einen Fuß hinaus.

Wie schön es hier ist! Die Auferstandenen holen tief Luft, sie ist mit Auspuffgasen vitalisiert, so lange hat man nur Naturparfümerie gerochen. Endlich Mensch!

Ich muss runter, ihn umarmen. Aber das geht ja nicht, wegen der Schritte. Immer nur Schritt für Schritt.

Macht nichts, wir sind auf einem guten Weg.

Es ist noch viel schöner als mit dem Silberfisch.

Chroniques de l'urgence

Budget carbone, ultime outil de survie

Jean Lasar

Le Conseil d'experts pour les questions environnementales (Sachverständigenrat für Umweltfragen, SRU) a publié la semaine dernière à Berlin un rapport qui, pour la première fois, chiffre explicitement le budget carbone qui reste à l'Allemagne si elle entend atteindre les objectifs auxquels elle s'est engagée au titre de l'Accord de Paris. Les défenseurs du climat ne s'y sont pas trompés et l'ont félicité de mettre ainsi les pieds dans le plat.

À l'échelle des nations, l'unité de mesure pour les émissions de dioxyde de carbone d'origine humaine est la gigatonne (milliard de tonnes). Pour se donner deux chances sur trois de rester sous les 1,75 degrés Celsius de réchauffement, il reste à l'humanité un budget carbone de l'ordre de 800 gigatonnes à compter de 2018. Proportionnellement à sa population (un critère qui ignore ses émissions historiques et son empreinte élevée par tête), l'Allemagne dispose d'un budget carbone de 6,7 gigatonnes, ont calculé les experts du SRU. Si l'objectif est de rester sous les 1,5 degrés, avec une chance sur deux d'y parvenir, le budget tombe à 4,2 gigatonnes à partir de 2020.

Par rapport aux objectifs de neutralité carbone à l'horizon 2050 que se donnent la plupart des pays qui prétendent jouer le jeu, dont l'Allemagne, un budget carbone a l'avantage de rendre plus difficiles les manœuvres de dilution et de procrastination. Sur ce point, le rapport du SRU enfonce le clou : c'est à l'horizon 2038 que l'Allemagne doit parvenir au plus tard à la neutralité carbone, pas en 2050.

Bien que la loi fédérale de protection du climat ait introduit des budgets d'émissions de gaz à effet de serre pour la plupart des secteurs économiques, ceux-ci ne reposent pas sur des considérations scientifiques, argumentent les experts. C'est pourquoi ils recommandent à l'exécutif d'« énoncer un budget carbone allemand compatible avec l'Accord de Paris sur le climat » afin de pouvoir « formuler des objectifs adéquats ».

Ce rapport voit le jour alors que l'action climatique du gouvernement d'Angela Merkel est loin du compte et que l'écart entre efforts requis et engagements risque de se creuser encore plus

au nom de la lutte contre la récession. Au quotidien *taz* qui l'interrogeait sur ce rapport, un porte-parole du ministère de l'Environnement a répondu doctement : « Mathématiquement, l'approche est convaincante. Mais la politique, ce n'est pas que des mathématiques ».

Voire. Avant même la crise sanitaire, la « Kohlekommission » avait adopté 2038, un objectif ridiculement éloigné, pour la fermeture des centrales à charbon allemandes. Ces jours-ci, face à la menace de contraction économique, les ministres de la « GroKo » tergiversent et temporisent, donnant droit pratiquement sans coup férir aux exigences à haute intensité carbone des vaches sacrées de l'économie allemande, constructeurs automobiles en tête. Ils feraient mieux de se plonger dans le rapport de leur « Umweltrat ».

C'est à l'horizon 2038 que l'Allemagne doit parvenir au plus tard à la neutralité carbone, pas en 2050



Le professeur d’archéologie chrétienne Jean-Pierre Kirsch, les réseaux clérico-conservateurs et l’université de Fribourg (I)

Un prélat académique

Claude Wey

Le discours fribourgeois de Nicolas Margue

Lorsqu’aux lendemains de la Seconde Guerre mondiale, le rectorat de l’université helvétique de Fribourg décide d’organiser une séance commémorative en l’honneur du prélat et professeur luxembourgeois Jean-Pierre Kirsch (1861-1941), il ne manque pas d’inviter l’un des membres du gouvernement du Grand-Duché, à savoir Nicolas Margue (1888-1976).

Durant la manifestation académique, qui a eu lieu le 8 mars 1948, le ministre de l’Éducation nationale prononce un discours dans lequel il étale amplement les mérites tant personnels que scientifiques de son feu compatriote (Margue cit. dans Molitor 1956 : 106-109) : « Issu du Grand-Duché, Mgr Kirsch a conservé toute sa vie durant non seulement le souvenir de son pays et le contact avec l’élite de ses habitants, mais encore les qualités du Luxembourgeois travailleur, tenace, honnête, sincèrement ouvert à la vérité scientifique, recherchée objectivement sur les bases des vérités éternelles de la foi. »

À ces propos, qui reflètent à plusieurs égards ses convictions idéologiques, le fervent catholique et pilier du parti CSV ajoute quelques réflexions sur la carrière proprement académique de Kirsch : « C’est parmi vous ici, à la haute école fribourgeoise, qu’il a passé la plus grande partie de sa vie de travail et de production scientifique [...]. Mgr Kirsch a rencontré l’approbation du monde savant et celle du monde ecclésiastique ; appelé à Rome par le Très Saint Père, il a trouvé le couronnement de sa carrière à la tête de l’Institut archéologique du Vatican, faisant honneur tant à son pays d’origine qu’à l’université de son choix. »

Mais Margue retient également le rôle déterminant de Kirsch dans le recrutement d’étudiants luxembourgeois : « Pour ce qui est du passé, qu’il me suffise de relever qu’entre tant d’autres, ce sont trois membres du Gouvernement actuel, qui ont fait à Fribourg une partie au moins de leurs études supérieures, Monsieur Joseph Bech, Ministre d’État et Ministre des Affaires Étrangères, membre du gouvernement luxembourgeois presque sans interruption depuis 1921, Monsieur Pierre Dupong, Ministre des Finances depuis 1926, Premier Ministre depuis 1937, et enfin celui qui parle devant vous. Vous pouvez constater avec une fierté justifiée, Messieurs, que votre enseignement exerce ainsi une influence importante dans la direction des affaires, ne fût-ce que d’un petit pays. »

Cette constellation d’« anciens Fribourgeois » parmi l’équipe gouvernementale luxembourgeoise n’est pas le fruit du hasard. Comme Margue, les Bech et Dupong comptent parmi les ténors du milieu clérico-conservateur, d’abord au sein du Parti de la droite durant l’entre-deux-guerres, puis, à partir de 1944/1945, dans le parti CSV. S’ils partagent au-delà de leurs engagements politiques et idéologiques une certaine empathie pour leur ancienne « alma mater » en terre helvétique, c’est surtout pour des raisons culturelles et spirituelles. Comme l’expose d’ailleurs Margue dans son discours : « Ce que nous plaisions à trouver de commun entre Fribourg et Luxembourg, ce ne sont pas seulement certaines particularités topographiques qui font que nos deux cités se ressemblent, ce sont surtout des similitudes de pensée et de volonté, d’esprit et de cœur. »

À ces considérations quelque peu vagues et générales, Margue s’empresse d’exposer les véritables atouts tant idéologiques que programmatiques de l’université de Fribourg : « Elle tient avant tout à affirmer son caractère international, à réaliser en son sein non seulement l’universitas scientiarum, mais aussi l’universitas nationum, Nous reconnaissons avec vous quelle ne peut trouver un meilleur fondement, une base plus sûre à cet internationalisme, à cet universalisme, que la doctrine et la foi de l’Église catholique, laquelle n’entrave nullement la libre recherche scientifique, bien au contraire, elle la protège et la guide et la préserve d’erreurs fatales. »

En tenant compte de toutes ces considérations avancées par l’un des ténors de la droite catholique, l’on mesure à sa juste valeur la formule énoncée devant

le public fribourgeois : « Sans vouloir l’annexer, nous considérons un peu comme nôtre votre université ». Cet éloge de Nicolas Margue nous incite à proposer une étude sur les milieux clérico-conservateurs luxembourgeois et l’université de Fribourg (que le *Land* publie en trois parties les prochaines semaines). Une thématique d’histoire socio-intellectuelle qui s’explique pour beaucoup par les activités et les engagements de Jean-Pierre Kirsch.

Luxembourg - Rome (1861-1890)

« Geboren im Jahre 1861 den 3. November als ältester Sohn von Andreas Kirsch und Catherina geb. Didier in Dippach, Grossherzogtum Luxemburg, erhielt ich in der hl. Taufe die Namen Johannes Petrus. » C’est dans ces termes que Jean-Pierre Kirsch débute le curriculum vitae qu’il soumet en mars 1890 aux autorités politiques et académiques de l’« État de Fribourg » afin de postuler pour la chaire d’archéologie chrétienne (Archives de l’État de Fribourg – AEF, Dossier Mgr. Kirsch Jean-Pierre).

Né dans une famille de cultivateurs aisés, Jean-Pierre – que ses parents préférèrent appeler « Jempi » – est l’aîné d’une fratrie de six enfants dont quatre garçons et deux filles. Deux frères, Jean-Baptiste, dit « Batti » (1865-19??), et Nicolas (1866-1936) connaîtront des trajectoires biographiques bien particulières, hors normes. Nicolas entreprendra des études d’ingénieur à l’université catholique de Louvain avant d’épouser Olga Puricelli (1857-1935), riche héritière de la « Rheinböllerhütte » dans le Hunsrück. Il dirigera la forge-usine des Puricelli jusqu’à son décès en 1936. Avec le couple Kirsch-Puricelli – nous y reviendrons au cours de notre étude –, Jean-Pierre cultive tout au long de sa vie un contact étroit. Par contre, avec son frère Jean-Baptiste, dit « Batti », les liens s’estomperont après le départ de celui-ci pour l’Amérique du Sud.

C’est à la fin des années 1880 que « Batti » décide de s’engager dans une entreprise migratoire d’allure collective ayant pour but d’installer une communauté de colons luxembourgeois en pleine pampa argentine, plus précisément à San Antonio de Iraola sur les terres des Ayerza, une riche famille patricienne de Buenos Aires. « Batti » y participe en tant que « mayordomo », c’est-à-dire intendant. Au bout de trois ans, l’entreprise colonisatrice de San Antonio de Iraola se solde par un flagrant échec, et la famille Kirsch perdra le contact avec Batti au point d’ignorer tout de son sort.

Ce drame familial est d’ailleurs accompagné par des tensions interfamiliales entre les Kirsch et les Didier, car le recrutement de « Batti » n’a pu se faire qu’à travers le double rôle d’informateur et d’intermédiaire assuré par Jean-Pierre Didier (1837-1896), visiteur et supérieur de la congrégation des rédemptoristes en Argentine. Or, Jean-Pierre Didier n’est autre que l’oncle maternel de « Batti », c’est-à-dire le frère cadet



Jean-Pierre Kirsch, *Die Frauen des kirchlichen Altertums*. Page de titre



La maison natale de Jean-Pierre Kirsch à Dippach

Les trois ténors du CSV, Margue, Bech et Dupong, ont été marqués par leurs études à l’université de Fribourg

Après avoir reçu l’ordination sacerdotale fin août 1884, le jeune abbé, contrairement à ses confrères de la promotion, ne sera affecté que quelques semaines à une paroisse du diocèse, pour se voir sitôt conseillé, sinon prié, de poursuivre ses études supérieures à Rome : « Der hochw[ürdig]ste H. Bischof der Diöcese, Msgr. Koppes, wünschte, dass ich meine Studien in Rom fortsetze, und besonders das Gebiet der Kirchengeschichte und Archäologie bearbeite. Er hatte mich deshalb bei Msgr de Waal, Rector des Collegiums von Campo santo, als Kaplan angemeldet, und so reiste ich nach Bewilligung der Aufnahme in das Collegium, Ende November October 1884 nach Rom. »

Durant les six années qui suivent, Kirsch fera partie du collège de prêtres du « Campo Santo Teutonico ». Fréquentant en outre les écoles et instituts pontificaux, comme la « Scuola vaticana di paleografia diplomatica e archivistica » dirigée par le paléographe et historien Isidoro Carini (1843-1895) ou le « Collegio Apollinare », Kirsch aura la chance d’être formé par des professeurs de renom.

Citons à titre d’exemple le cardinal Joseph Hergenröther (1824-1890), historien de l’Église et préfet des archives secrètes du Vatican ; mentionnons le dominicain et historien de l’Église Friedrich Heinrich Suso Denifle (1844-1905) et l’abbé Louis Marie Olivier Duchesne (1843-1922), historien de l’Antiquité chrétienne et futur directeur de l’École française de Rome. À ces savants, il faut ajouter le nom de Franz Xaver Kraus (1840-1901), historien de l’Église et archéologue originaire de Trèves.

Au-delà de ce groupe d’intellectuels et de savants, le jeune archéologue et historien luxembourgeois a pu bénéficier d’un encadrement assuré par deux mentors : d’un côté, le prélat Anton de Waal (1837-1917), recteur du Campo Santo Teutonico, historien de l’Église et archéologue ; de l’autre côté, Giovanni Battista de Rossi (1822-1894). Épigraphiste et fondateur de l’archéologie chrétienne, ce dernier a participé à la réalisation du *Corpus Inscriptionum Latinarum*, avec Theodor Mommsen (1817-1903), le plus influent historien de l’Antiquité romaine du XIX^e siècle.

À ces deux savants brillants et influents, le jeune Kirsch doit beaucoup. Sans eux, la carrière internationale de l’historien de l’Église et archéologue luxembourgeois n’aurait pu se faire ni si tôt ni si rapidement. Déjà à l’âge de 28 ans, Kirsch se voit attribuer un poste de directeur. Ainsi écrit-il dans son CV : « Im Herbst 1889 wurde nun das Historische Institut der Görres-Gesellschaft definitiv in Rom errichtet, und mir die Leitung der Arbeiten in Rom übertragen. » À souligner que ledit institut est logé dans les lieux du collège des prêtres du Campo Santo Teutonico, dont le recteur n’est autre que le mentor de Kirsch, Anton de Waal.

On pouvait dès lors s’attendre à une belle « carrière romaine » de la part de Kirsch. Or, sa trajectoire bifurquera à peine deux années plus tard vers la Suisse, plus précisément vers Fribourg. Nommé en 1890 professeur d’archéologie chrétienne et de patrologie à la toute nouvelle université locale, le docteur en théologie Kirsch passera désormais la très grande partie de sa vie académique dans l’Uechtland fribourgeois. Un état de fait qui, du moins dans ses origines, doit beaucoup au soutien autant discret qu’efficace de Giovanni Battista de Rossi.

En tenant compte de toutes ces considérations avancées par l’un des ténors de la droite catholique, l’on mesure à sa juste valeur la formule énoncée devant

le public fribourgeois : « Sans vouloir l’annexer, nous considérons un peu comme nôtre votre université ». Cet éloge de Nicolas Margue nous incite à proposer une étude sur les milieux clérico-conservateurs luxembourgeois et l’université de Fribourg (que le *Land* publie en trois parties les prochaines semaines). Une thématique d’histoire socio-intellectuelle qui s’explique pour beaucoup par les activités et les engagements de Jean-Pierre Kirsch.

Né dans une famille de cultivateurs aisés, Jean-Pierre – que ses parents préférèrent appeler « Jempi » – est l’aîné d’une fratrie de six enfants dont quatre garçons et deux filles. Deux frères, Jean-Baptiste, dit « Batti » (1865-19??), et Nicolas (1866-1936) connaîtront des trajectoires biographiques bien particulières, hors normes. Nicolas entreprendra des études d’ingénieur à l’université catholique de Louvain avant d’épouser Olga Puricelli (1857-1935), riche héritière de la « Rheinböllerhütte » dans le Hunsrück. Il dirigera la forge-usine des Puricelli jusqu’à son décès en 1936. Avec le couple Kirsch-Puricelli – nous y reviendrons au cours de notre étude –, Jean-Pierre cultive tout au long de sa vie un contact étroit. Par contre, avec son frère Jean-Baptiste, dit « Batti », les liens s’estomperont après le départ de celui-ci pour l’Amérique du Sud.

C’est à la fin des années 1880 que « Batti » décide de s’engager dans une entreprise migratoire d’allure collective ayant pour but d’installer une communauté de colons luxembourgeois en pleine pampa argentine, plus précisément à San Antonio de Iraola sur les terres des Ayerza, une riche famille patricienne de Buenos Aires. « Batti » y participe en tant que « mayordomo », c’est-à-dire intendant. Au bout de trois ans, l’entreprise colonisatrice de San Antonio de Iraola se solde par un flagrant échec, et la famille Kirsch perdra le contact avec Batti au point d’ignorer tout de son sort.

Ce drame familial est d’ailleurs accompagné par des tensions interfamiliales entre les Kirsch et les Didier, car le recrutement de « Batti » n’a pu se faire qu’à travers le double rôle d’informateur et d’intermédiaire assuré par Jean-Pierre Didier (1837-1896), visiteur et supérieur de la congrégation des rédemptoristes en Argentine. Or, Jean-Pierre Didier n’est autre que l’oncle maternel de « Batti », c’est-à-dire le frère cadet

Fribourg (1890-1926/1932)

Archéologue de renom international, intellectuel respecté par le monde académique, tous milieux idéologiques confondus, Giovanni Battista de Rossi n’hésite pas à intercéder auprès de Caspar Decurtins (1855-1916), personnalité politique marquante du monde catholique helvétique et artisan de la création de la toute récente université fribourgeoise. Ainsi pouvons-nous lire dans sa lettre en date du 20 janvier 1890 qu’il adresse dans un français hésitant à « Monsieur le Docteur Descourtins, Membre du Grand Conseil de Suisse » [sic] et chargé du recrutement des professeurs :

« Depuis plusieurs années j’ai suivi attentivement les travaux, les progrès, l’activité studieuse du jeune savant dans le champ scientifique, dont il s’est appelé à devenir [sic] professeur et maître. » Puis d’ajouter : « Il est très richement doué des dons naturels et des connaissances acquises par l’étude qui font les professeurs excellents. Sa culture est très large ; Son expérience des monuments et Sa familiarité avec la bibliographie spéciale archéologique ne laissent rien à désirer ; Sa capacité d’exprimer les idées et de communiquer les fruits des recherches et des

(Suite en page 14)

(Suite de la page 13)

découvertes est en proportion de Sa parole, claire, chaude, sympathique. »

Qui plus est, le célèbre archéologue s'engage à épauler son poulain dans sa nouvelle tâche académique : « De mon côté, je ne manquerai de prêter l'appui et le concours, dont je suis capable, à Mr. Kirsch pour l'aider à accomplir dignement la haute charge, dont il va être honoré ! » (AEF. Dossier Mgr. Kirsch Jean-Pierre) Nous ne savons pas si ce geste, que l'on pourrait d'ailleurs interpréter comme l'offre implicite d'un scientifique de très haute volée pour soutenir indirectement cette *alma mater* en devenir, a finalement pesé sur la nomination définitive de Kirsch. Quoi qu'il en soit, l'abbé et savant ultramontain d'origine luxembourgeoise Jean-Pierre Kirsch épousera la cause de l'unique université catholique en terre helvétique pour y exercer sa fonction professorale entre 1890 et 1932, c'est-à-dire durant quatre décennies.

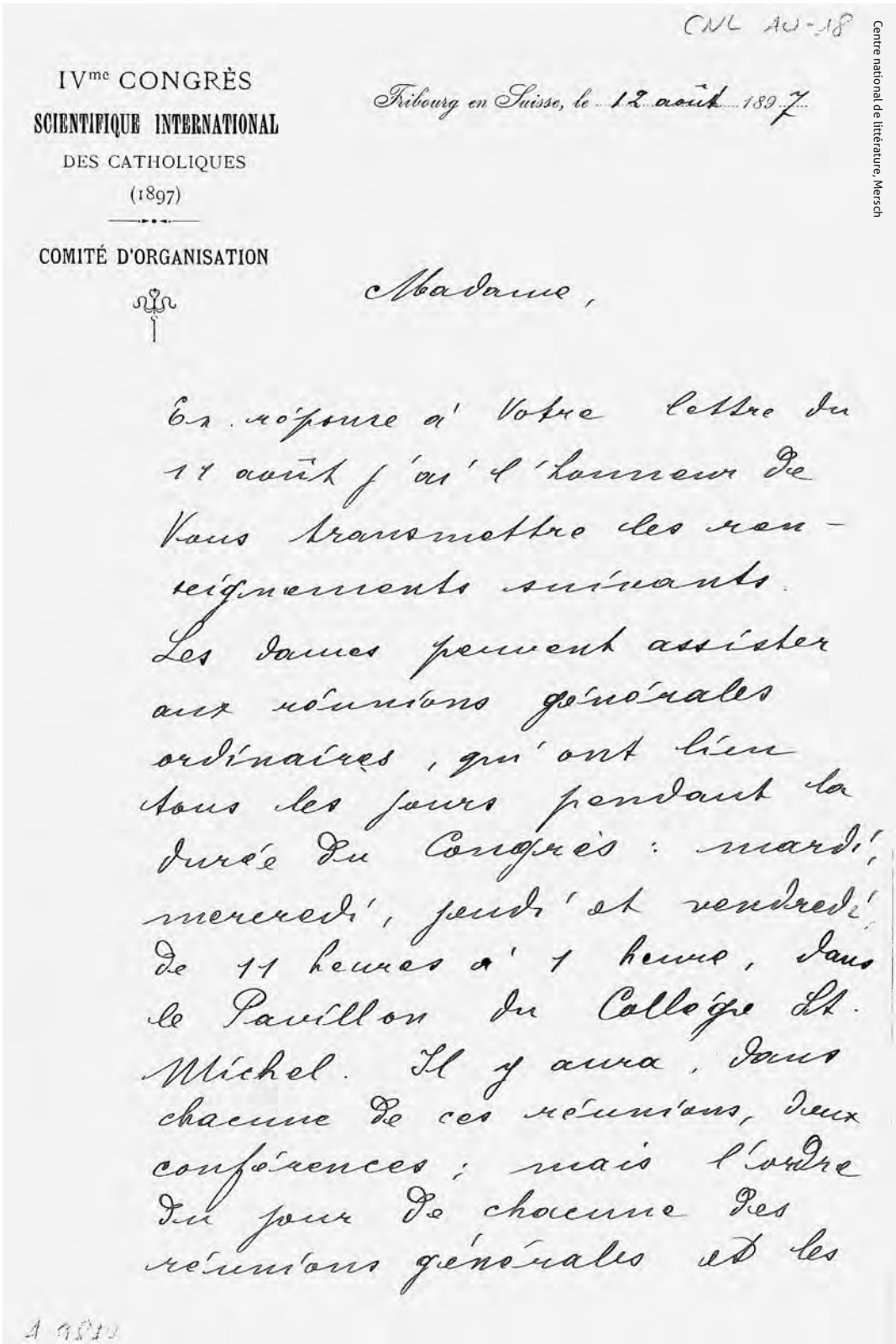
Au cours des 86 semestres passés au sein d'une université de province, Kirsch assure non seulement les tâches d'enseignement et de recherche inhérentes à sa fonction professorale, mais il sera également sollicité à occuper les postes de doyen (1897-1898 ; 1908-1909), de recteur (1898-1899) et de vice-recteur (1899-1900). Ces charges successives semblent conférer à Kirsch un certain degré d'influence au sein de l'institution universitaire, comme en témoigne la nomination d'un Luxembourgeois au poste de chancelier, en l'occurrence l'abbé Nicolas Weyrich d'Iltzig (1871-1936). Une procédure qui, selon l'affirmation de l'historien et biographe luxembourgeois Édouard Molitor (1912-1999), a pu aboutir « nicht ohne Mit-hilfe von Mgr Kirsch » (Molitor 1956 : 98-99).

Connu pour sa « sorridente bonté » – qualité qui lui fut attribuée par le cardinal Eugenio Pacelli (1876-1958) –, Kirsch est certainement guidé par des sentiments d'empathie envers son compatriote et confrère Nicolas Weyrich. Toutefois, au-delà de ses sentiments altruistes, il ne néglige point ses propres intérêts. Pour preuve, citons la lettre qu'il adresse le 24 mars 1900 à « Monsieur le Directeur ». Un titre bien général, il est vrai, mais nous supposons qu'il s'agit de Georges Python (1856-1927), le directeur de l'Instruction publique :

« Vous vouliez proposer Mr. l'abbé Weyrich comme chancelier de l'Université au haut Conseil d'État. Dans le cas qu'il a été nommé, permettez-moi de Vous soumettre la considération suivante : Mr. Weyrich restera Regens du Canisianum ; il y aura le logement et la pension libres. Je crois donc qu'un traitement de 2000 frs. lui suffira certainement pour tout le temps qu'il aura la direction du Canisianum. Si je suis bien renseigné, M. l'abbé Morel avait un traitement supérieur ; j'ose donc, dans ce cas, vous proposer de vouloir bien employer le plus du traitement de celui-ci au-delà de 2000 frs. pour installer le nouveau Séminaire d'archéologie chrétienne, quand le local sera prêt ; il faudra des tablettes pour les livres, des armoires vitrées pour les collections, des tables et des chaises. On pourrait peu à peu faire cette installation avec l'argent qui resterait » (AEF. Dossier Mgr. Kirsch Jean-Pierre).

C'est à la même époque que Kirsch a pu acquérir, à la grande satisfaction de *l'alma mater friburgensis* et pour le grand bénéfice de son séminaire, la très grande partie de la bibliothèque ayant appartenu à son maître, l'archéologue Giovanni Battista de Rossi. Une bibliothèque reprise après le décès du savant italien par l'« Antiquariat Joseph Baer », comme nous pouvons le lire dans le quotidien *Luxemburger Wort* dans son édition du 17 mars 1900 : « Der bekannte Antiquar Baer in Frankfurt a[m] M[ain] brachte dieselbe in seinen Besitz. Von ihm wurden die Werke christlich-archäologischen Inhaltes im Werte von 7317,70 Mk. für das christlich-archäologische Seminar der Universität Freiburg i[n] d[er] Schw[eiz] angekauft. Diese Erwerbung verdankt die Universität der Munificenz von Herrn und Frau Dr. N. Kirsch-Puricelli auf Rhein-

Derrière son caractère chaleureux plein de bonhomie, « Papa Kirsch » dissimule un état d'esprit enclin à l'ambition. Autant qu'il se plût à Fribourg, Jean-Pierre Kirsch ne s'est jamais contenté d'un rôle académique propre à un professeur de province



Première page manuscrite d'une lettre que Jean-Pierre Kirsch a adressée en 1897 à une dame demandant des informations sur le IV^e congrès scientifique international des catholiques (CNL-AU 18)

böller-Hütte (preuß. Rheinprovinz) » (*Luxemburger Wort*, 17.03.1900 : 3).

Acquisition remarquable qui doit beaucoup à Kirsch, certes, mais qui n'aurait pas pu aboutir si facilement sans le soutien financier de Nicolas et Olga Kirsch-Puricelli, qui ne sont autres que son frère et sa belle-sœur. À travers ces exemples, l'on peut observer l'engagement efficace du professeur luxembourgeois pour ses champs d'enseignement et de recherche que sont l'archéologie chrétienne, l'histoire de l'Église et la patrologie.

Comme en font preuve d'autre part les historiens et archéologues de renom sortis de ses séminaires. Des anciens élèves qu'il avait su jadis attirer et convaincre « weniger durch außerordentliche Tiefe, Ursprünglichkeit und Lebendigkeit seines Vortrages [...], als durch die gediegene Sachlichkeit des Gebotenen, durch die maßvolle Beschränkung des Stoffes, durch die Klarheit der Darstellung [...] » (Perler 1941 : 2). Tel est du moins le jugement d'Othmar Perler (1900-1994), l'un de ses anciens poulains, qui a repris en 1932 la chaire d'archéologie chrétienne et de patrologie détenue jusque-là par son maître luxembourgeois.

Parmi les élèves de Kirsch, nous trouvons également Marius Besson (1876-1945), qui après avoir obtenu son doctorat en archéologie chrétienne en 1905, devient professeur extraordinaire d'histoire générale du Moyen Âge à l'université de Fribourg (1908-1920), avant d'être consacré évêque de Lausanne, Genève et Fribourg. Fait également partie de la garde rapprochée des étudiants de Kirsch, l'historien de l'Église luxembourgeois Joseph Lortz (1887-1975), qui mènera toute sa carrière – sur laquelle nous reviendrons dans notre deuxième partie – au sein d'universités allemandes. Décidément, le bilan fribourgeois du professeur d'archéologie chrétienne et de patrologie peut être considéré comme une réussite professionnelle, du moins selon l'avis de ses biographes bien intentionnés comme le Suisse Perler ou le Luxembourgeois Molitor.

Cette appréciation bienveillante véhiculée par des confrères ecclésiastiques aurait certainement plu au « Papa Kirsch », comme le nommaient affectueusement ses étudiants. Toutefois, derrière son caractère chaleureux plein de bonhomie, Kirsch dissimule un état d'esprit enclin à l'ambition. Car autant qu'il se plût à Fribourg, Kirsch ne s'est jamais contenté d'un rôle académique propre à un professeur de province.

Déjà en 1903, il postule pour la chaire d'archéologie chrétienne à l'université de Freiburg im Breisgau, avant de poser deux fois de suite, en 1910 et en

1913, sa candidature pour un poste de professorat à l'université de Breslau. Chaque fois, Kirsch se voit recalé, une déconvenue qu'il avait déjà dû encaisser vers le milieu des années 1890 quand il avait songé à reprendre la direction de l'institut historique de la « Görres-Gesellschaft » au Campo Santo Teutonico.

Pourtant, Kirsch n'est pas du genre à abandonner facilement ses aspirations professionnelles. Bien qu'il aborde ce volet de la trajectoire professionnelle de Kirsch, Édouard Molitor se limite à l'esquisser d'une manière singulièrement imprécise : « Die Diözese war verwaist, der Thron ins Wanken geraten. Ihn selbst umfing Schicksalswind in diesen zukunfts schweren Monaten. Niemals, seit seines Aufenthaltes in der Fremde, war er der Heimat näher gewesen. Wird die Professur in Freiburg ihrem Ende entgegengehen? Wird eine neue höhere Aufgabe in der Heimat seine Kraft in Anspruch nehmen? Diese Fragen stürmten immer wieder auf ihn ein. Schließlich traten Mächte und Hindernisse in den Weg » (Molitor 1956 : 53).

Interprétons cet élan rédactionnel en recourant à un langage plus précis : suite au décès de l'évêque de Luxembourg, Jean-Joseph Koppes (1843-1918) tout juste après la Grande Guerre, la nomination d'un nouvel évêque s'avèrera compliquée. Crises sociales, politiques, institutionnelles, constitutionnelles et monarchiques ébranlent la société luxembourgeoise. De surcroît, la France et la Belgique en tant que vainqueurs de la Grande Guerre, n'hésitent pas à remettre en cause l'indépendance luxembourgeoise.

De même qu'elles s'opposent à la consécration d'un ecclésiastique prétendument germanophile. Ainsi, l'historien de l'Église Heribert Raab (1923-1990) affirme que le gouvernement français « mit dem Argument der Deutschfreundlichkeit [...] eine Erhebung Kirschs auf den Luxemburger Bischofsstuhl nach dem Ersten Weltkrieg verhinderte » (Raab dans Ruffieux I 1991 : 283). En mars 1920, Pierre Nommesch (1864-1935) est finalement ordonné évêque du diocèse de Luxembourg. À un moment où Jean-Pierre Kirsch vient de fêter son 59^e anniversaire, un âge où d'aucuns commencent à préparer leur retraite professionnelle. Tel ne sera point le cas pour le prélat luxembourgeois, malgré le fait qu'« an Kirsch vorbei waren Bischofsamt » et qui plus est « Kardinalat kurz aufgeblitzt » (Conzemi 1992 : 396).

Rome (1926/1932-1941)

Durant toute sa vie fribourgeoise, Kirsch continuera à cultiver ses liens avec les instituts pon-



« Der junge Universitätsprofessor Dr. J.P. Kirsch » (à gauche) et « Mgr J.P. Kirsch in späteren Jahren ». Photos publiées par Édouard Molitor dans son étude biographique intitulée *Monseigneur J.P. Kirsch*



La tombe de Kirsch au Campo Santo Teutonico à proximité de la basilique Saint-Pierre du Vatican

tificaux romains. Ainsi prévoit-il chaque année un séjour d'études de quelques semaines à Rome, passage duquel il profite pour rencontrer des confrères compatriotes, entre autres le théologien-philosophe Joseph Gredt (1863-1940). À partir de 1926, il partage son activité académique entre l'université de Fribourg et l'Institut pontifical d'archéologie chrétienne qui vient d'être créé en décembre 1925 à Rome. Kirsch en met au courant Georges Python, directeur de l'Instruction publique du canton de Fribourg, dans sa lettre en date du 28 mai 1926 :

« Sous la date du 19 avril 1926, le Saint Père Pie XI a nommé par l'intermédiaire de Son Éminence le Cardinal Secrétaire d'État les quatre premiers professeurs et le secrétaire. Parmi les professeurs chargés de l'enseignement régulier à l'Institut figure également le sousigné, appelé à donner l'enseignement de l'archéologie chrétienne générale, de l'histoire des Catacombes romaines et de l'architecture religieuse chrétienne de l'Antiquité. Il a été chargé en même temps par Sa Sainteté de la Direction de l'Institut pour trois ans » (AEF. Dossier Mgr. Kirsch Jean-Pierre).

Le nouvel institut doit beaucoup à l'engagement du prélat savant luxembourgeois pour avoir été déjà largement impliqué dans les phases d'élaboration et de réalisation du projet pontifical. Dessein largement soutenu par le pape Pie XI qui tenait en estime le professeur luxembourgeois depuis leurs premières rencontres à la « Veneranda Biblioteca Ambrosiana » durant les années 1880, puis en 1897 lors du « IV^e Congrès scientifique international des catholiques » à Fribourg, c'est-à-dire en un temps où le jeune théologien et érudit Ambrogio Damiano Achille Ratti (1857-1939) ne pouvait guère s'imaginer accéder un jour au trône papal.

Fort de l'appui pontifical, le recteur de l'institut d'archéologie peut également compter au cours des années 1930 sur la collaboration du cardinal secrétaire d'État du Saint-Siège Eugenio Pacelli, qui exercera à partir de 1932 la charge de grand chancelier de l'institut, avant d'être élu pontife sous le nom de Pie XII en mars 1939. Huit mois plus tard, son serviteur Jean-Pierre Kirsch fête ses 78 ans. Le nazisme allemand et le fascisme italien viennent de faire basculer le monde dans un conflit planétaire.

Contrairement au chef de l'Église catholique, Jean-Pierre Kirsch ne verra pas l'issue de la guerre la plus meurtrière de l'histoire de l'humanité, de même qu'il ne connaîtra point les « silences de Pie XII » au sujet du génocide des Juifs, puisqu'il meurt le 4 février 1941 à Rome. Son dernier lieu

de repos sera le Campo Santo Teutonico, cimetière proche du collège des prêtres, où 57 années auparavant avait débuté sa carrière d'historien, d'archéologue et d'auteur.

Depuis son premier séjour romain, durant les années 1880, jusqu'aux années 1930, Kirsch signe de nombreuses études sous forme d'articles, comptes rendus et recensions, parus entre autres dans la *Römische Quartalschrift* et la *Rivista di archeologia cristiana*. En outre, il s'est fait un nom dans le milieu des historiens de l'Église comme fondateur ou bien comme coéditeur de revues, mais également comme directeur de collection. À partir de 1900 il coédite avec l'historien de l'Église Albert Ehrhardt (1862-1940) les *Forschungen zur christlichen Literatur- und Dogmengeschichte* avant de fonder en 1907 la série éditoriale *Studi di antichità cristiana*. C'est également en 1907 qu'il crée, avec ses collègues fribourgeois Albert Büchi (1864-1930) et Heinrich Reinhardt (1855-1906), la *Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte*.

Selon Othmar Perler, Kirsch doit surtout sa renommée scientifique « durch die wiederholte Ausgabe des Handbuchs der [allgemeinen] Kirchengeschichte von Joseph Kardinal Hergenröther ». Et d'ajouter : « Die besten Arbeiten sind ohne Zweifel die beiden Werke *Die römischen Titelnkirchen im Altertum* (Paderborn 1918), *Der stadtrömische christliche Festkalender im Altertum* (Münster 1924). » Même s'il relève en outre les publications *Stationskirchen des Missale Romanum* (Freiburg i. Br. 1926) et *Le catacombe romane* (Roma 1933), Othmar Perler oublie pourtant de mentionner *Die Frauen des kirchlichen Altertums* (Paderborn 1912).

Malgré le respect profond qu'il voue à son maître, le poulain de Kirsch se réserve néanmoins le droit de rester critique envers sa production scientifique : « Sie ging als Ganzes genommen mehr in die Breite als in die Tiefe. Sie forderte meist mehr organisatorisches Können als wissenschaftliches Forschen » (Perler 1941 : 1-3). Au-delà de ses qualités et faiblesses scientifiques, Kirsch fait preuve durant toute sa vie académique d'une compétence sociale indispensable au succès professionnel de tout homme ambitieux. Le prélat académique Kirsch est autant un homme de conviction qu'un homme d'influence et créateur de réseaux.

Suite de la thématique à découvrir dans le *Land* de la semaine prochaine avec : « Le professeur et ses disciples compatriotes ». L'inventaire détaillé des références bibliographiques et documentaires pourra être consulté sur www.land.lu à partir du 1^{er} août 2020.



En temps normal, on y était accueilli avec un sourire et, les jours de vernissage, même avec une coupe de crémant. Aujourd’hui, l’accueil à la Rotonde 1 est assuré par un agent de sécurité privé et plusieurs soldats en uniforme, qui y attendent les travailleurs frontaliers venant retirer leur cinquante masques de protection avec le bon qu’ils ont reçu de la part du gouvernement. Après la Rockhal transformée en hôpital militaire, voilà la deuxième infrastructure culturelle réquisitionnée pour aider dans la lutte contre le Covid-19. Autour, tout le site de Bonnevoie est étrangement calme, comme plongé dans un sommeil profond. Les chaises, le bar extérieur, tout semble pourtant prêt à accueillir à nouveau des spectateurs et des fêtards. L’équipe des Rotondes attend fébrilement le go ! pour pouvoir lancer son festival *Congés annulés*, traditionnel point fort de la culture estivale en août. Les grands rassemblements sont interdits jusqu’à fin juillet. jh

Luxemburgensia



Die Ästhetik der Ordnung

Die Schriftstellerin, Servais-Preisträgerin und *Land*-Feuilletonistin Elise Schmit (Foto: sb) veröffentlicht ihre *Rede zur Literatur*. Es handelt sich um den vierten Band der Reihe, die vom Centre national de littérature publiziert wird. Und wer erwartet, die Schriftstellerin würde lange sinnieren über die hohe Kunst des Schreibens und eventuell preisgeben, was sie antreibt, wird enttäuscht. „Ich schreibe, weil ich schreibe“, so ihr tautologischer Ansatz. Der Leser taucht vielmehr ein in die Arbeitswelt einer streng-disziplinierten Schriftstellerin, für die Schreiben ein „Handwerk“ ist, das nach klaren Mustern und Strukturen funktioniert. Sie hat eine Schwäche für Listen; ordnet damit Gedanken, Geschichten und mögliche Figuren. „Im Text gibt es keinen Zufall“, so die Überzeugungstätlerin, die stets planvoll zu Werke geht. Ein angenehmer ehrlicher Einblick in das Schaffen einer stillischen Schriftstellerin und ein erfrischender Kontrapunkt zum kreativen Muse-Ge-habe mancher Autoren. (Elise Schmit, *Schreiben als machen*, und wie. Rede zur Literatur Nr. 4. CNL 2020, 52 Seiten, 5 Euro) ps

Arts plastiques

Fragilités

Initialement, le vernissage de la grande rétrospective que la Villa Vauban accorde à l’artiste luxembourgeois Charles Kohl (1929-2016) devait s’ouvrir fin mars, mais le confinement en a décidé autrement. Finalement, la Ville de Luxembourg organise aujourd’hui, vendredi 22 mai, un vernissage virtuel de *Charles Kohl – Dessins et sculptures*, et l’exposition sera ouverte au public jusqu’au 17 janvier 2021. Un catalogue exhaustif prend la forme d’un hommage à un artiste très discret de son vivant. jh

Nourricières

En proposant une exposition monographique à Summer Wheat (*1977), la galerie Zidoun-Bossuyt au Grund continue son exploration de la jeune scène artistique new-yorkaise. Pour son *show* intitulé *Shallow water*, Wheat se consacre à la place de la femme, que ce soit au foyer ou en société, et à sa relation à l’eau. Pour ses grands formats hauts en couleurs, l’artiste qui travaille à Brooklyn a développé une technique originale : elle applique la couleur acrylique sur l’arrière d’un filet en aluminium, faisant sortir comme des pixels sur le côté face ; de loin, on dirait des tapisseries (jusqu’au 18 juillet ; zidoun-bossuyt.com). jh

Musiques



Toxic masculinity

Schwere Gitarren, mächtige Riffs und krachender Sound: Only 2 Sticks (Foto: Band) kündigen mit dem neuen Song *3Body Problem* ihr neues Album an, das im September veröffentlicht wird. Die Richtung der einstigen Garage-Band, die mittlerweile auch progressive Töne à la Amplifier oder Oceansize anschlägt, stimmt, wenn auch Zeitgeistapologeten dem maskulinen Klang wohl eher wenig abgewinnen können. Da hilft auch nicht die Performance von Maëlle Gengler im Videoclip. ps

Sanfter Stups

Der erfolgreiche Elektropionier in Luxemburg Sun Glitters (aka Victor Ferreira) veröffentlicht sein neues Album *Soft Touch*. Ferreira hat sich wieder stärker am Sound seines geschätzten und vielgelobten Debütwerks *Everything Could Be Fine* orientiert. Im Gespräch mit dem *Land* kündigt er jedoch an, nach diesem Album wohl etwas kürzer zu treten. Schade! (sunglitters.com) ps

Musiques

Wohllklang

Die isländisch-luxemburgische Sängerin Thorunn Egilsdóttir hat vor Jahren einen eindrucksvollen Image-wandel vollzogen: Die einstige RTL-Moderatorin mit Hang für seichten Pop begab sich in die Welt des Indie. Mit ihrem musikalischen Partner Mike Koster hat sie das ambitionierte Elektropop-Projekt mit When Airy Met Fairy (Foto: Band) gestartet, das bisher zu überzeugen wusste. Thorunn emanzipierte sich vom Radiostar hin zu einer vielseitigeren Künstlerin, ohne gleich den Anspruch zu erheben, die nächste Björk zu sein. Auch das neue Album *Esprit de corps* (das vergangene Woche erschien und auf allen Streaming-Plattformen zu hören ist) schließt sich der Qualität des Vorgängeralbums *Glow* an: sauber arrangierte Popmusik mit gut Melodien. ps



Politique



Mini-Marshall culturel

Parmi les mesures du plan de relance économique adopté ce mercredi 20 mai au conseil de gouvernement, cinq millions d’euros seront réservés à des aides exceptionnelles pour le secteur de la culture, confirme la ministre écolo Sam Tanson vis-à-vis du *Land*. Ce budget est subdivisé en trois paquets : 1,5 million d’euros vont aux structures et associations conventionnées et sont destinés à contrebalancer leurs manques-à-gagner dus à la crise. Selon un relevé du ministère, elles auraient perdu entre quinze et trente pour cent de leurs revenus (notamment de billetterie) par le *lockdown*. L’aide publique est destinée à éponger cette perte, à stabiliser les structures et donc à éviter que les budgets destinés à la création baissent – et, par ricochet, que les artistes soient pénalisés (photo : sb). Une deuxième tranche de 1,5 million d’euros va dans le soutien direct aux projets et aux artistes, par exemple par un doublement des budgets d’acquisition d’œuvres d’art ou des aides pour les artistes en résidence. Et la dernière tranche de deux millions d’euros est réservée aux investissements directs dans les sites touristiques ou archéologiques et aux musées régionaux – et aidera donc aussi indirectement l’économie, notamment le secteur de l’artisanat. jh

Politique

Fass ohne Boden

Christian Mosar hat das Team von Esch 2022 verlassen. Zu den Gründen wollten sich weder Esch 2022 noch Mosar äußern – allerdings ist bekannt, dass es seit Monaten Spannungen zwischen dem *directeur artistique* und Leiterin Nancy Braun gab. Mosar teilt auf Nachfrage mit, dass sich neue berufliche Möglichkeiten für ihn ergeben haben. Damit hat das Projekt der Kulturhauptstadt erneut an künstlerischer Kompetenz verloren und macht erneut durch Negativschlagzeilen auf sich aufmerksam. Ein Trauerspiel mit Potenzial für eine unterhaltende Komödie, sofern man ausblendet, dass es um 60 Millionen Euro und um reale Existenzen im Kulturbereich geht. ps

Papa, tu dors?

était le titre d’une des six pièces de théâtre de Jay Schiltz. Le journaliste politique passionné qu’il fut des décennies durant, d’abord chez RTL *Radio* puis *Télé Lëtzebuerg*, et de 2002 à 2013 en tant que rédacteur en chef de la radio publique *100,7*, fut un virulent critique de gauche des années Juncker dans son cabaret politique, anti-clérical revendiqué et humaniste affiché. Ancien du festival de Steinfort, il écrivait du théâtre depuis les années 1990, puis de plus en plus de cabaret, seul ou avec Rol Gelhausen pour le Cabarenert, avant de présenter lui-même ses *Beiérdéckels-gespräicher* en solo. Partenaire dans la vie de Francine Closener (LSAP), il abandonna le commentaire politique avec l’ascension au gouvernement de cette dernière, en tant que secrétaire d’État à l’Économie, en 2013. Jay Schiltz est mort d’un cancer mardi, à l’âge de 62 ans. jh

Tzeedee

Parenthèse enchantée

Kévin Krocze

Ananda Grows, c'est le nom du nouveau projet musical de Nick Sauber. Le compositeur, producteur et multi-instrumentaliste a dévoilé il y a quelques semaines son premier album *In Hülle und Fülle*, qu'on pourrait traduire par « en quantité ». Et de fait, tant les visuels développés autour du projet que les sonorités concoctées sont riches, de sens notamment. La *cover*, peinture à l'huile signée Yliana Paolini Hinna, représente une imposante femme nue. Elle est assise au bord d'une rivière et donne le sein à un nourrisson. Les protagonistes sont entourés par des flamands roses, des canards et un lapin. Des pétales de fleurs virevoltent dans l'air. L'illustration tape dans l'œil. Idem pour le double clip de *Greetings from inner space* et *Play & explore* illustré par Stefania Buzatu. Un zoom infini qui fait défiler des collages digitaux mélangeant créatures mythologiques, animaux sauvages, civilisations et technologie. Des siècles d'imagerie résumés en cinq minutes. Paru sur De Läbbel, l'album fait huit titres, pour une demi-heure de musique.

L'introduction *Greetings from inner space* annonce la couleur. Le projet sera expérimental, fourni. On entend d'abord le va-et-vient de la mer sur un rivage. Quelques notes au piano couplées à de légers tapotements. On pense à Grandbrothers et aux musiques lancinantes des derniers films de David Fincher, signées Atticus Ross et Trent Reznor. Une basse et des percussions viennent couper net nos reflexes de comparaison. La musique sera originale. Une guitare électrique et des sons lointains de cloche entrent dans la danse. Sensuit *Play & explore* aux sonorités radicalement différentes. Des sifflements d'oiseau sont étouffés par un bégaiement de bruitages et autres effets électroniques. Un saxophone jazzy à souhait évolue dans cette parenthèse. Le troisième morceau *Inner peace* porte bien son nom. Le leitmotiv est entêtant. Une voix timide fait son apparition, pour un effet *trip hop downtempo* plutôt réussi. Les sons de flûtes, éphémères au possible, apaisent.

Arrive *The third ear* qui vient apporter une dimension résolument jazz à l'opus. Il y'a un début, une fin, quelques accords de référence, et le reste est une affaire de spontanéité. Paul Andrew et Jakob Jung aux saxophones, viennent prêter main forte au compositeur.

Nick Sauber maîtrise ses machines. Il en ressort une musique intelligente, pour son nouveau projet Ananda Grows

Les musiciens improvisent et s'amuse, et ça s'entend. Tant dans la démarche que dans les sonorités, on pense forcément à certains titres de *Black focus* (2016), album décisif du duo Yussef Kamaal, comprendre Kamaal Williams et Yussef Dayes. Cette patine résolument londonienne réapparaîtra par certaines touches tout au long de l'album. Les effets et multiples éléments numériques greffés de-ci de-là ont le mérite de la cohérence. *Global headache*, le morceau suivant, a un petit côté Tubular Bells remixé à l'excès. Nick Sauber maîtrise ses machines. Il en ressort une musique intelligente, car si certains ont le sens de la formule, d'autres comme lui, on un réel talent pour développer des motifs et des mélanges entêtants.

My way, seule véritable chanson du disque est un duo avec Nicool, camarade de son label mais surtout rappeuse autochtone à surveiller de près. « I do in my way, no matter what they say », martèle à raison celui qu'on appelle désormais Ananda Grows. *The eternal now*, septième titre solaire et septième parenthèse enchantée précède la conclusion *Geist Formt Materie*. Une voix grave raisonne, elle évoque un monde utopiste, sans violence et égalitaire. On prend des gros sabots pour le message, mais des gants d'orfèvre pour la musique. Paul Andrew en envoi. Et on pense à cette dame confortablement installée sur son bord de rivière et on se dit que cette illustration sied finalement plutôt bien au projet. *In Hülle und Fülle* est un album-concept à écouter d'une traite. Car si aucun morceau ne se démarque



Nick Sauber aka Ananda Grows

particulièrement ou n'a le potentiel pour devenir un hit radio, excepté *My way* à la rigueur, le tout est indubitablement réussi et devrait faire date.

L'album, qui a eu droit à sa *Crazy Quarantine Session*, est disponible sur les principales plateformes de *streaming* et en intégralité sur *YouTube*.

Politique culturelle

« Andrà tutto bene »

josée hansen

Les affichettes sont apparues peu à peu dans les fenêtres des appartements et maisons des quartiers populaires surtout, au début du confinement, fin mars : « Andrà tutto bene » en italien ou « Vamos ficar bem » en portugais pour « tout ira bien » inscrit au-dessus ou sous un arc-en-ciel. Encouragés par leurs enseignants ou parents, les enfants voulaient ainsi donner un message d'espoir dans une ville vide, alors qu'ailleurs, des ménages mettaient des affichettes de remerciements aux facteurs ou aux ouvriers du service d'hygiène. Avec le déconfinement avançant, ces décorations improvisées vont peu à peu disparaître de l'espace urbain. C'est pourquoi des musées et autres institutions culturelles ou scientifiques s'attellent dès maintenant à en garder une trace.

« Help us build a collection of homemade signs and rainbow drawings created during lockdown », demande le vénérable Victoria & Albert Museum de Londres, qui a lancé non seulement un appel à contribution au grand public, mais accompagne aussi sa collecte d'un blog présentant les objets modestes ou insignifiants qui marquent la vie quotidienne des gens durant la pandémie du Covid-19 : la boîte en carton dans laquelle arrivent les choses achetées sur internet, la poignée de porte que les gens craignent de toucher par peur que le virus ne s'y niche, le gant en nitrile jetable qui traîne dans la rue ou le pain au levain que tout le monde s'est

Plusieurs institutions culturelles et scientifiques font appel au public afin de garder des traces de la pandémie du Covid-19

soudain mis à cuire lui-même (« Instagram has become the Sourdough Olympics », se moqua Oliver Wainwright dans le *Guardian* du 4 mai).

« Nous nous sommes assez vite demandés comment nous pourrions réagir à cet événement exceptionnel », explique Stefan Krebs, chercheur en histoire et chef du département « public history & outreach » au Luxembourg Centre for contemporary and digital history (C2DH) de l'Université du Luxembourg. Or, peu avant, un nouveau membre avait rejoint le centre : Sean Takats vient du Roy Rosenzweig Centre for History and New Media de Fairfax, Virginia (USA), qui s'est notamment fait un nom en collectionnant une somme impressionnante de 150 000 entrées numériques en rapport avec les attentats du 11 septembre : courriels, messages, sons ou images.

« Nous avons donc son expertise et celle de notre département 'digital history' et avons pu lancer assez vite notre portail dédié », raconte Krebs. Le 10 avril, le portail *Covidmemory.lu* est allé en-ligne, fut testé durant les jours fériés de Pâques pour ensuite être annoncé via communiqué de presse et réseaux sociaux. Sur la page web, un masque de saisie très facile à manier permet de rentrer textes, photos ou vidéos et de les assigner à une date et un endroit. Trois questions sont posées à l'internaute : « What happened ? », « What did it look or sound like ? » et « When and where did it happen ? »

Une carte géolocalise les contributions, qui sont en même temps classées par date. Ce sont majoritairement des souvenirs banals, des photos qu'on a vues par centaine sur les réseaux sociaux. D'abord des rayons vides de produits de première nécessité dans les supermarchés, puis des gens qui cousent ou impriment des masques de protection, font du bénévolat dans un centre de soins avancés, profitent d'un beau coucher de soleil, observent la nature printanière ou la ville vide... Quelque 170 contributions ont ainsi été soumises en un peu plus d'un mois. « Il s'agit surtout d'éviter que ces choses qui marquent cette époque ne disparaissent dans le 'nirvana digital' », observe Stefan Krebs. À côté de cette plateforme de collecte, le C2DH a une « approche multi-perspectives » pour archiver cet événement historique du Covid-19 : Frédéric

Clavert collectionne les posts sur les réseaux sociaux, comme Twitter, Facebook ou Instagram, et le projet *#Yeswecare* de Benoît Majerus consiste en une multitude d'interviews avec des soignants à plusieurs moments de la crise sanitaire. Jusqu'ici, il a réalisé 114 entretiens avec 17 personnes pour quarante heures d'enregistrements.

« Nous nous attendions peut-être à une plus grande résonance », concède, pour sa part, Gilles Genot, conservateur au Lëtzebuerg City Museum, en charge de l'appel public du musée d'histoire de la ville de Luxembourg pour des objets en rapport avec le Covid-19 dans la capitale. Le musée s'était, lui, inspiré de l'exemple du Wien Museum, qui a lancé un projet de collecte d'objets du quotidien en rapport avec le virus dès le 25 mars et a reçu 1 800 soumissions jusqu'à début mai. Pour d'autres appels publics du genre, Gille Genot cite par exemple l'exposition sur les années cinquante à Luxembourg, le musée avait reçu des centaines d'objets en quelques semaines, alors qu'ici, le public semble plus réservé. Le musée lui offre la possibilité de soumettre des propositions par un masque de saisie en-ligne, mais demande à ce que les photos d'objets proposés soient accompagnées d'un petit texte explicatif qui contextualise leur valeur personnelle. « C'est vrai, dit Genot, que c'est encore très actuel et très abstrait. » Les premières contributions furent des masques buccaux cousus

main, des jouets en forme de virus, des caddies ou des pancartes apposées sur les poubelles ou les boîtes-aux-lettres. « Je suppose que les gens réagiront autrement avec le recul », espère le conservateur, qui imagine que le fonds ainsi collecté pourra être inclus dans une exposition à imaginer sur les épidémies dans la ville – la peste, le choléra, la grippe espagnole et le coronavirus –, « mais un musée d'histoire doit toujours prendre un peu de distance par rapport au sujet, nous n'allons pas tomber dans de l'actionnisme aveugle ».

Avant une exploitation quelconque, l'essentiel est maintenant, pour toutes les institutions impliquées, de garder autant de traces que possible de la pandémie et du vécu de la population en cet étrange printemps 2020 dans leurs archives : la Bibliothèque nationale a elle aussi lancé une archive numérique dédiée et demande le soutien des internautes, qui sont invités à transmettre des liens vers des initiatives de solidarité ou des plateformes en-ligne en rapport avec le Covid-19 afin que leur « robot de moissonage Heretix » puisse les intégrer dans sa récolte automatique de données. Le Centre national de l'audiovisuel à Dudelange quant à lui a lancé une commande photographique appelée *Chroniques d'une pandémie* à six photographes (Patrick Galbats, Romain Girtgen, Véronique Kolber, Andrés Lejona, Carole Melchior et Marc Schroeder) afin de documenter la vie quotidienne des gens dans les villes et régions et la Photothèque de la Ville de Luxembourg cherche elle aussi des photos sur le sujet. « S'il y a maintenant une certaine concurrence de tous ces collectionneurs, auxquels s'ajoutent aussi les médias, documentant la situation au jour le jour, il serait tout à fait envisageable de mettre en commun ces collections », affirme Stefan Krebs. Les ressources sont multiples, les uns ont des textes, les autres des objets, des images, des sons ou des contenus numériques. Certains contenus sont *grassroots*, dus à la seule spontanéité des utilisateurs des réseaux sociaux, alors que pour d'autres, des chercheurs sont intervenus de manière plus directe, dirigeant une interview ou une soumission de pièces par des questionnements plus concrets. Aux historiens de demain et d'après-demain d'exploiter ces ressources en construction aujourd'hui.

Références : Victoria and Albert Museum, blog *Pandemic Objects* : vam.ac.uk/blog/pandemic-objects ; le site du C2DH dédié au virus : covidmemory.lu ; le sous-site dédié du Lëtzebuerg City Museum : citymuseum.lu/news/collectionner-a-lepoque-du-coronavirus ; le projet Corona du Wien Museum : wienmuseum.at/de/corona-sammlungsprojekt ; le webarchive de la BNL : bnl.public.lu/fr/actualites/communiqués/2020/mars2020/webarchive_opruff.html.



Le masque buccal en tissu comme signe de distinction sociale : ceux-ci sont de Anne-Marie Herckes, de Laurie Lamborelle et privé respectivement (de gauche à droite)

Art contemporain

S. au pays des mirages

Lucien Kayser

La première idée avait été de faire S. s’implanter au pays des merveilles. Toutefois, l’emprunt s’avérait un peu gros, et S. ne tient guère du caractère naturel, ou dirait-on même naïf, du personnage de Carroll. Elle aurait plutôt l’espèglerie de son homonyme ségurienne, facétieuse, malicieuse. Et puis il a suffi de monter au premier étage du Casino-Forum d’art contemporain pour que son pays d’un coup devienne le lieu, ou mieux la scène, d’autre chose, S. et les mirages. Non pas que les objets, appelez-les sculptures, assemblages, comme vous voudrez, n’y soient pas bien réels. Mais l’art, de façon générale, est fait aussi d’illusion, il s’y passe des phénomènes, dans le regard et dans l’esprit du visiteur, pareils un peu à ce que peut vivre le marcheur qui dans telles circonstances pense voir, croit voir des objets à des endroits où ils ne sont pas.

Dans l’exposition de Sophie Jung, les objets y sont donc bel et bien, et le phénomène consiste souvent dans leur dédoublement même. Le sol des salles, en effet, est recouvert en grande partie d’un film réfléchissant, non seulement les objets se reflètent, on a l’original et son image, mais en plus les deux se retrouvent des fois comme encadrés par les spots lumineux reproduits de même par terre. Et le visiteur de marcher à son tour dans pareille réalité irréalisée, un théâtre imaginaire, pourquoi pas, dont les objets seraient les acteurs, ou du moins les agents d’incitation et d’invention.

Il faut le répéter, les objets dont Sophie Jung se sert, d’où elle part pour ses mises en espace, en scène, sont bien concrets. Ils sont tangibles, palpables, et ils révéleraient, au toucher encore plus qu’à la simple vue, la vie antérieure qui a été la leur. Car ils ont servi, ont l’air même un peu vieillis, usés souvent. Mis de côté, mais c’était comme pour mieux resservir. Telles ces chaises de tout genre, ces matelas, ces couches, où sont venus s’étaler des vêtements, formes humaines vidées, aplaties. D’autres vêtements pendent du plafond, ils s’y sont envolés, on n’en finirait pas d’énumérer des situations propres à amorcer ou épaissir un conte.

À partir de ses propres lubies ou paramètres, au visiteur de se frayer un chemin dans le capharnaüm de Sophie Jung

Et Sophie Jung dans son capharnaüm tout ordonné, comme on le fait justement d’acteurs ou de danseurs répartis dans l’espace, ne cesse pas de nous surprendre, jouant avec bonheur, voire jubilation des oppositions, des contrastes les plus vifs. Des pointes de danse classique sont comme embrochées au haut d’un grillage, il fait clôture, bien sûr, mais les chaussons ne sont pas vides, des boules, des seins en ressortent, alors que par-dessus, collé au mur, c’est l’envol suggéré, impossible d’un oiseau. Pas besoin de décrire ici d’autres images pour évoquer ce que pareilles associations doivent au surréalisme.

Les contrastes, ils sont de la sorte dans tant des assemblages, une trentaine, ils marquent le dialogue qui peut s’établir entre eux. Voici un petit scooter en bois et peint en blanc, à côté ou presque, un manteau foncé se dresse tel une tente, c’est Beuys qui nous revient en mémoire, mais le coyote n’y est pas, ni le bâton de gar-



Pas besoin de décrire ici d’autres images pour évoquer ce que pareilles associations doivent au surréalisme

dien, il sort du haut du vêtement une branche de palmier. Alors que non loin de là, dans un coin, à ce qui rappelle un tronc ou un branchage d’arbre, se trouve accroché un visage d’enfant, à la Grimm a-t-on envie de supputer. Ainsi nature et culture se rejoignent, et au visiteur de poursuivre son parcours, avec ses propres remémorations et associations.

Cela dit, et il a déjà été signalé la richesse, la pléthore d’objets, et dans la foulée la multitude d’amorces de saynètes, il appartient aussi au visiteur d’y introduire et établir son propre ordre. À partir de ses propres lubies ou paramètres. Il s’attachera à la symphonie ou au tintamarre des couleurs, aux matériaux, à la façon dont les objets ont conquis et occupent un emplacement, s’étendant ou se répandant par terre, se lovant, se levant et se dressant telles des colonnes antiques où une nouvelle érotisation entre en jeu. Et le regard n’arrêtera pas de fouiller les assemblages, leur taille, leurs



Pas besoin de décrire ici d’autres images pour évoquer ce que pareilles associations doivent au surréalisme

proportions ne variant pas moins que le reste, cela va du quasi-monumental au bibelot.

Dans ces temps compliqués, il avait fallu attendre longtemps pour retourner voir *Sincerity condition*, l’exposition de Sophie Jung. Rien n’étant fixé, figé, elle porte un deuxième titre : *They might stay the night*. Il peut rappeler à l’un ou l’autre le désir de Breton de se faire enfermer le temps d’une nuit dans les salles du musée Gustave-Moreau pour en scruter les idoles à la lumière d’une torche. Au Casino, n’attendons pas la nuit, fermons un instant les yeux, et quand nous les rouvrons, il est de fortes chances que le théâtre imaginaire de Sophie Jung prenne vie, que les objets se mettent à bouger. Et définitivement, alors, le visiteur comme S. ensemble se retrouveront au pays des merveilles.

L’exposition *The might stay the night* de Sophie Jung, curatée par Stibé Schroeder, a été prolongé jusqu’au 25 octobre au Casino Luxembourg – Forum d’art contemporain ; casino-luxembourg.lu.

Histoire

Testez

Marianne Brausch

Au début du lockdown, l’historienne Marie-Paule Jungblut a eu l’idée de mettre en ligne, à destination du grand public, sur un réseau social populaire, une série de quizz à choix multiples sur l’histoire de la ville de Luxembourg. Jungblut, est collaboratrice scientifique à l’Institut d’Histoire de l’Université du Luxembourg, où elle est responsable du projet *Edutainment*. C’est donc d’abord pour ses étudiants, dans le cadre d’un cours intitulé *Representing the City of Luxembourg*, anglophilie de l’Uni.lu oblige, qu’elle donne avec Michel Pauly, qu’elle a développé des questionnaires à choix multiples.

À l’origine ces quizz pédagogiques sont destinés aux étudiants, un bon moyen certes de réviser, mais surtout d’apprendre comment élaborer un enseignement à destination de la génération Y, celle qui est née avec les *smartphones*. Et, il n’est pas pensable de devenir curateur d’expositions sans apprendre comment divulguer un savoir savant avec les outils technologiques modernes et de manière ludique à une époque où de plus en plus de musées mettent à disposition du public des bornes interactives et des tablettes pour les visites guidées.

Avec des quizz savants et ludiques sur l’histoire de Luxembourg, Marie-Paule Jungblut nous renvoie sur les bancs de l’école. Avec bonheur

C’est donc avec la même idée, à destination directe du grand public, dans un groupe d’échanges de souvenirs sur la capitale sur Facebook, que Marie-Paule-Jungblut a choisi de mettre en ligne ses quizz à questions multiples. En guise de passe-temps pendant le confinement, l’idée était maline, d’abord pour elle-même et ensuite en guise de partage. Car au fur et à mesure de la publication électronique – autrefois, on aurait dit « par le bouche-à-oreille » – ces questionnaires sur la capitale ont été de plus en plus divulgués. Car, comme Marie-Paule Jungblut connaît son électronique sur le bout des doigts, des modes d’échanges divers sont aussi indiqués à la fin des quizz...

L’historienne a trouvé son public. Des *aficionados*, qui attendent la mise en ligne des nouvelles questions, le dimanche. Ainsi du dernier épisode en date, culte marial au mois de mai oblige. Il porte donc sur la *Schlusspression* et a été précédé au début de l’Octave, par un questionnaire sur les processions en général à Luxembourg.

Marie-Paule Jungblut, qui a curaté un grand nombre d’expositions au Lëtzbuerger City Museum, a assurément un cerveau en forme de bibliothèque sur la connaissance de Luxembourg, ce qui la rend capable d’élaborer des propositions de réponses qui paraissent toutes plausibles. Mais sur trois, évidemment, une seule est juste. Si vous réalisez un score de huit bonnes réponses sur dix, vous êtes, l’historienne le dit, un bon connaisseur de l’histoire de la ville.

Mais peu importe, l’idée est d’apprendre en s’amusant, si on veut tout savoir sur la fondation de la ville, ses murs d’enceinte et ses portes, l’Église Saint-Michel, « Ënnert de Steiler » (si, si il y avait un pilori à Luxembourg !), ou que le « Schéieschlach » était en quelque sorte l’ancêtre des bassins de rétention...

On avance ainsi dans le temps, des prisons au Grund, à la vie dans l’espace public à la fin du XIX^e siècle, en passant par les bombardements de la Première Guerre mondiale jusqu’à l’époque contemporaine et les lieux dédiés à l’arrivée d’une nouvelle population de migrants ou la couleur rouge comme *d’Roud Breck*.

Les quizz sont en ligne sur edutainment.uni.lu, onglet *Test your History Knowledge* ; en trois langues, allemand, anglais français.

Littérature

Avant et après l’exil

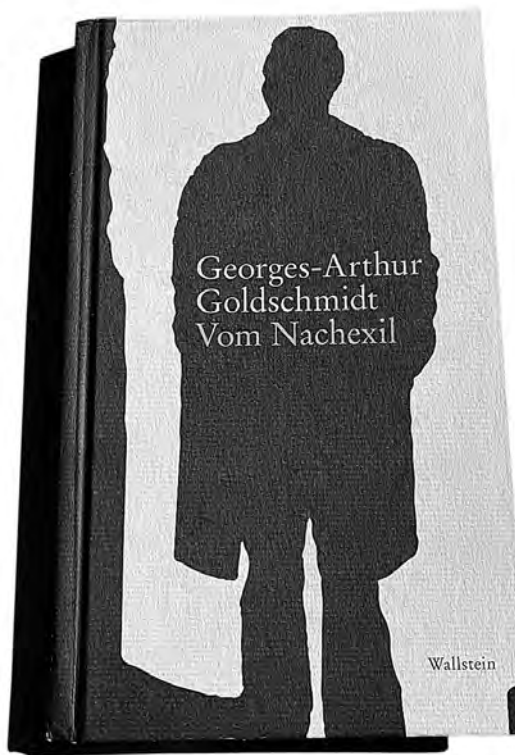
Paul Rauchs

À bientôt 93 ans, Georges-Arthur Goldschmidt se souvient, encore une fois, dira-t-on, et il nous livre un petit bijou. Un bijou dans tous les sens du terme d’ailleurs, car les éditeurs germanophones, qui publient beaucoup moins que leurs confrères francophones, soignent aussi la forme et nous livrent ici un objet d’une discrète et exquise beauté. *Vom Nachexil* est une nouvelle variation sur les pérégrinations du petit Georges-Arthur qui ont amené ce témoin de deux siècles des plaines de l’Allemagne du Nord aux collines de Belleville, via les montagnes de Savoie. Comme de plus en plus souvent ces derniers temps, il a choisi de s’exprimer en allemand, sa langue maternelle. Mais l’a-t-il vraiment choisi ? Et l’allemand, est-ce bien sa langue maternelle ? Et d’ailleurs, c’est quoi la langue maternelle ? C’est la langue qu’on n’apprend pas, celle dans laquelle on baigne avec le liquide amniotique, celle qu’on boit avec le lait maternel, celle dans laquelle on ne commet ni faute, ni erreur, mais d’autant plus de lapsus. La langue maternelle nous précède dans le discours des parents, et elle nous survit dans l’épithape de la tombe. *Vom Nachexil* est l’histoire de cette langue maternelle. L’exil fait perdre à Goldschmidt la langue de sa mère pour mieux lui la faire retrouver comme langue maternelle.

Après l’exil, c’est avant l’exil. Si les premiers livres de Goldschmidt témoignent, en français, des années d’exil dans un orphelinat savoyard, les derniers écrits racontent l’après, et puis l’avant. Le « Nachexil » n’est pas un après, c’est plutôt un à peu près, car l’exil dilue les certitudes, à commencer par celle d’être soi. L’exil, en effet, brouille les cartes, il redessine les frontières des pays et efface les limites du moi.

Aussi ce livre est-il écrit à la troisième personne qui par trois fois seulement laisse subrepticement appa-

raître le je. Le moi est donc un intrus, porteur d’une double, que dis-je, d’une multitude de culpabilités. Culpabilité d’être né (« geburtsschuldig » écrit Goldschmidt), culpabilité de vivre, culpabilité de jouir dans la punition de la fessée, culpabilité de n’être pas celui que les lois raciales désignent, culpabilité donc d’être le sujet de toute une œuvre qui aurait pu s’intituler « Aus dem Leben eines Taugenichts », si le titre n’avait déjà été pris par un des auteurs les plus allemands qui soient. Pourquoi pas alors un titre comme « Confessions d’un usurpateur ». Car toute l’œuvre de Gag est l’aveu d’une double usurpa-



tion : en faisant de lui un Juif qu’il n’est pas, Hitler l’a en fait condamné pour avoir usurpé la germanité, alors que les juifs lui pardonnent difficilement l’usurpation, certes forcée, d’une judaïté qu’il n’a jamais eue. Double je, double jeu !

La « Heimat » de Goldschmidt lui est devenue « unheimlich », le familial a fini par susciter la peur, voire l’angoisse, comme dans les contes de Grimm. Comment ne pas penser en effet à *Hänsel und Gretel*, quand les parents de Goldschmidt parlent à voix basse et à contre-cœur du futur éloignement de leurs deux enfants ?

Les retours sporadiques dans l’ancienne patrie débouchent alors sur des dé-rencontres. Il y a ren-contre, par contre, après la guerre avec la langue maternelle. Nous l’avons dit d’entrée, l’exil a fait reculer Goldschmidt de sa langue maternelle pour mieux la sauter. Oui, après la LTI, « die verhitlerte Sprache » si bien décrite par Viktor Klemperer, il fallait violer l’allemand pour lui faire retrouver non pas innocence et virginité, mais poésie et lucidité. La langue de GAG n’est pas une novlangue, mais une nouvelle langue, une langue qui retrouve les accents des Romantiques et de Handke, une langue qu’il décrit comme « eine nach Osten gerichtete Frühaufsteher- und Wanderersprache ». De la violence infligée à l’allemand est née une autre langue maternelle, le français. « 1940 war er als Zwölfjähriger im vollen Besitz der neuen Muttersprache und wusste, dass ihm durch sie Schutz gewährt wurde. » L’auteur nous dit tout haut ici que les langues maternelles, c’est celles qu’on possède. Et il nous dit tout bas que nous sommes aussi possédés par elles. Le français est décrit comme « eine ein wenig nach Westen gerichtete Nachmittagsprache ».

Vom Nachexil est une nouvelle variation sur les pérégrinations du petit Georges-Arthur Goldschmidt, d’une langue à l’autre

Goldschmidt, désormais, dispose d’une langue pour le matin et d’une autre pour le soir. Mais qu’en est-il de celle pour le midi ? La clarté aveuglante du soleil de midi est muette, elle est l’entre-deux-langues, l’entre-deux-temps, l’entre-deux-espaces. L’évidence de la pleine lumière fait taire, ou alors elle fait hurler, à l’image du pauvre Lenz, auquel Büchner fait crier : « Hören Sie denn nicht die entsetzliche Stimme, die um den ganzen Horizont schreit, und die man gewöhnlich die Stille heisst ? ». Cet instant muet est celui du mal du pays, que Goldschmidt, grâce à la langue du soir retrouvée, parvient enfin à nommer. De douleur muette, le « Heimweh » est devenue souffrance, qui est, elle, sinon bavarde, du moins « mitteilksam » et donc consolable. Comme Heine, son lointain aïeul, Goldschmidt éprouve la nostalgie du « plattdeutsch ». Au crépuscule, « im Abendrot », il a trouvé les accents de son idiome vespéral pour écrire une postface à la nostalgie qu’il avait naguère si joliment préfacée.

Georges-Arthur Goldschmidt : *Vom Nachexil*, Wallstein Verlag, Göttingen, 2020, 87 p.; 18 euros; ISBN 9783835335905.

Avis

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Il est porté à la connaissance des personnes désirant entamer un apprentissage pour adultes que les inscriptions sont ouvertes depuis le 4 mai 2020.

Pour de plus amples informations, veuillez consulter le lien suivant :
<http://avis.men.lu>

Institut national des langues

„Zertifikat Lëtzebuenger Sprooch a Kultur“

2020-2021

Den Institut national des langues (INL) bitt ab Hierscht 2020 erëm d'Formation „Zertifikat Lëtzebuenger Sprooch a Kultur“ (ZLSK) un.

D'Formation vum 120 Stonne riicht sech u Leit, déi sech als Lëtzebuergesch-Formateuren an der Erwuesenenebildung bei de Gemengen oder am konventionéierte Secteur wëllen aus- oder weiderbilde loossen.

D'Formation ass 20 x samschdes, vum Oktober bis Mee (genau Datumer ginn nach kommunizéiert), ëmmer vum 9 bis 12 Auer a vun 13 bis 16 Auer.

Den Tarif ass 100 Euro pro Semester.

De leschten Delai fir en Dossier eranzeginn ass den 10. Juli 2020.

All weider Informatiounen ënnert www.inll.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 26.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'entreprise générale globale à exécuter dans l'intérêt de la construction de deux structures d'accueil modulaires pour demandeurs de protection internationale à Frisange.

Description succincte du marché :
Structure d'habitation modulaire à haut degré de préfabrication, construction de 2 modules pour demandeurs de protection internationale, entreprise générale.
Les travaux sont adjugés à prix global non révisable.
La durée prévisible du marché est de 198 jours ouvrables, à débiter le 4 novembre 2020.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
18.05.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000745 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 24.06.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de carrelage à exécuter dans l'intérêt de l'assainissement et mise en conformité du foyer pour demandeurs de protection internationale « Hélier » à Weilerbach.

Description succincte du marché :
– Enduits muraux au ciment : ca. 2 200 m² ;
– Receveurs à carrelage pour douches de plein pied : ca. 50 pcs ;
– Etanchéités sous carrelage : ca. 1 350 m² ;
– Carrelage sol en grès cérame R9/R10/R10B : ca. 2 800 m² ;

– Faïences murales émaillées : ca. 2 000 m².
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
Durée prévisible du marché : 150 jours ouvrables
Début prévisible des travaux : octobre/novembre 2020

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
20.05.2020

La version intégrale de l'avis n° 2000771 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'exploitation de la grande voirie et de la gestion du trafic

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 17.06.2020 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'Exploitation de la Grande Voirie et de la Gestion du Trafic
Bâtiment H1 « CITA »
21, rue du Chemin de Fer
L-8057 Bertrange

Intitulé :
Travaux d'entretien du réseau autoroutier partie SUD-OUEST dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale.

Description :
Travaux d'entretien de la végétation le long et aux alentours des tronçons autoroutiers A1(Croix de Gasperich jusqu'à l'échangeur Hamm), A3, A4, A6 et A13.

Conditions de participation :
Les conditions minima suivantes sont requises :
– Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné pour les trois (3) derniers exercices légalement disponibles : 2 500 000 euros
– L'entreprise devra prouver au moment de la présentation de son offre, qu'elle dispose pour l'exécution des travaux d'un ingénieur paysagiste, forestier ou environnemental ou d'un jardinier embauché auprès de l'entreprise.
– L'entreprise est obligée d'occuper pour l'exécution des travaux un nombre suffisant d'ouvriers sous CIE (contrat d'initiation à l'emploi), respectivement sous CRE (contrat de réinsertion-emploi) engagés exclusivement sur assignation de l'Administration de l'Emploi du Grand-Duché de Luxembourg afin de garantir une présence continue sur les lieux d'intervention.
– L'entreprise devra joindre au moment de la soumission un descriptif précis et détaillé du concept d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE, respectivement sous CRE.
– Le volet d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE,

respectivement sous CRE devra être assuré par une société d'impact sociétal (SIS) reconnue officiellement au Luxembourg.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu). Les offres établies sur des bordereaux qui n'ont pas été téléchargés directement sur le site ne seront pas prises en considération. Il ne sera pas procédé à des envois de bordereaux papier.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour travaux d'entretien du réseau autoroutier partie SUD-OUEST dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale » sont à remettre conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics en vigueur avant les dates et heures fixées pour l'ouverture : – soit via le portail des marchés publics (www.pmp.lu) – soit sur support papier à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission.

Informations complémentaires :
Durée prévisionnelle des travaux : 2 années
Début des travaux prévu : janvier 2021

Date de publication de l'avis 2000780 sur www.marches-publics.lu :
18.05.2020

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'exploitation de la grande voirie et de la gestion du trafic

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 17.06.2020 à 10.30 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'Exploitation de la Grande Voirie et de la Gestion du Trafic
Bâtiment H1 « CITA »
21, rue du Chemin de Fer
L-8057 Bertrange

Intitulé :
Travaux d'entretien du réseau autoroutier partie NORD-EST dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale.

Description :
Travaux d'entretien de la végétation le long et aux alentours des tronçons autoroutiers A1(Echangeur Hamm jusqu'à la frontière allemande) et A7.

Conditions de participation :
Les condition minima suivantes sont requises :
– Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné pour les trois (3) derniers exercices légalement disponibles : 1 250 000 euros
– L'entreprise devra prouver au moment de la présentation de son offre, qu'elle dispose pour l'exécution des travaux d'un ingénieur paysagiste, forestier ou environnemental ou d'un jardinier embauché auprès de l'entreprise.
– L'entreprise est obligée d'occuper pour l'exécution des travaux un nombre suffisant d'ouvriers sous CIE (contrat d'initiation à l'emploi), respectivement sous CRE (contrat de réinsertion-emploi) engagés exclusivement sur assignation de l'Administration de l'Emploi du Grand-Duché de Luxembourg afin de garantir une présence continue sur les lieux d'intervention.
– L'entreprise devra joindre au moment de la soumission un descriptif précis et détaillé du concept d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE, respectivement sous CRE.
– Le volet d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE,

respectivement sous CRE devra être assuré par une société d'impact sociétal (SIS) reconnue officiellement au Luxembourg.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu). Les offres établies sur des bordereaux qui n'ont pas été téléchargés directement sur le site ne seront pas prises en considération. Il ne sera pas procédé à des envois de bordereaux papier.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour travaux d'entretien du réseau autoroutier partie NORD-EST dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale » sont à remettre conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics en vigueur avant les dates et heures fixées pour l'ouverture : – soit via le portail des marchés publics (www.pmp.lu) – soit sur support papier à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission.

Informations complémentaires :
Durée prévisionnelle des travaux : 2 années
Début des travaux prévu : janvier 2021

Date de publication de l'avis 2000781 sur www.marches-publics.lu :
18.05.2020

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'exploitation de la grande voirie et de la gestion du trafic

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 17.06.2020 à 11.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des Ponts et Chaussées
Division de l'Exploitation de la Grande Voirie et de la Gestion du Trafic
Bâtiment H1 « CITA »
21, rue du Chemin de Fer
L-8057 Bertrange

Intitulé :
Travaux d'entretien du réseau routier services régionaux de Remich et Grevenmacher dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale.

Description :
Travaux d'entretien de la végétation sur le territoire des services régionaux de Remich et de Grevenmacher.

Conditions de participation :
Les condition minima suivantes sont requises :
– Chiffre d'affaires annuel minimum dans le métier concerné pour les trois (3) derniers exercices légalement disponibles : 750 000 euros
– L'entreprise devra prouver au moment de la présentation de son offre, qu'elle dispose pour l'exécution des travaux d'un ingénieur paysagiste, forestier ou environnemental ou d'un jardinier embauché auprès de l'entreprise.
– L'entreprise est obligée d'occuper pour l'exécution des travaux un nombre suffisant d'ouvriers sous CIE (contrat d'initiation à l'emploi), respectivement sous CRE (contrat de réinsertion-emploi) engagés exclusivement sur assignation de l'Administration de l'Emploi du Grand-Duché de Luxembourg afin de garantir une présence continue sur les lieux d'intervention.
– L'entreprise devra joindre au moment de la soumission un descriptif précis et détaillé du concept d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE, respectivement sous CRE.
– Le volet d'encadrement social et professionnel des ouvriers sous CIE,

respectivement sous CRE devra être assuré par une société d'impact sociétal (SIS) reconnue officiellement au Luxembourg.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés sur le portail des marchés publics (www.pmp.lu). Les offres établies sur des bordereaux qui n'ont pas été téléchargés directement sur le site ne seront pas prises en considération. Il ne sera pas procédé à des envois de bordereaux papier.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour travaux d'entretien du réseau routier services régionaux de Remich et Grevenmacher dans le cadre du développement durable et de la réinsertion sociale » sont à remettre conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics en vigueur avant les dates et heures fixées pour l'ouverture : – soit via le portail des marchés publics (www.pmp.lu) – soit sur support papier à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission.

Informations complémentaires :
Durée prévisionnelle des travaux : 2 années
Début des travaux prévu : janvier 2021

Date de publication de l'avis 2000782 sur www.marches-publics.lu :
18.05.2020

Publizistik

Den Journalismus revolutioniert: die Pionierinnen

Stéphanie Majerus

Sie interviewte Emma Goldman im Gefängnis; sie ermittelte verdeckt unter Arbeiterinnen und in einer berühmten Irrenanstalt; sie umrundete als erste in nur 72 Tagen die Welt und berichtete im Ersten Weltkrieg von der Ostfront. Nellie Bly (1864-1922) war eine herausragende Pionierin des Investigativ-Journalismus und des Reportage-Genres. Nach der Jahrhundertwende begannen ebenso in Luxemburg Autorinnen wie Carmen Ennesch und Katrin C. Martin die publizistische Landschaft aufzumischen.

Die unter dem Namen geborene Elizabeth Cochran begeisterte ab 1887 die Leser der *World*, die Joseph Pulitzer für die mondänen Bürger New Yorks zurechtschnitt: informativer Inhalt, flottes Format. Blys Talent entfaltete sich vor allem in Enthüllungsgeschichten und bissigen Interviews; ihre erste *World*-Reportage war sowohl unter einem journalistischen als auch einem politischen Gesichtspunkt ein außerordentlicher Erfolg. Sie ließ sich, getarnt als psychisch Instabile, in eine New Yorker Psychiatrie einweisen – den verlorenen Blick probte sie vor dem Spiegel und übte stundenlang wirres-repetitives Geschwätz. Trotzdem war sie überrascht wie leichtfertig das Personal auf das Schauspiel reinfiel. Angekommen in der Blackwell-Psychiatrie notierte sie die zehn Tage ihres Aufenthalts die Gleichgültigkeit sowie sadistischen Misshandlungen, denen die Insassinnen anheimfielen: Eiskalte Bäder, vermottete Kleider, Brot mit ranziger Butter, Bewegungsverbote – „Was außer Folter würde schneller Wahnsinn hervorrufen als diese Behandlung?“ fragt sie ihre Leser. Auch stieß sie dort auf verarmte und vereinsamte, aber eigentlich gesunde Frauen, die in die Psychiatrie weggesperrt wurden. Die Leserschaft war begeistert von Bly und empört über die geschilderten Missstände; politisches Handeln konnte nicht auf sich warten lassen: Es gründete sich ein Untersuchungsausschuss, dessen Bericht zu sofortigen Reformen führte.

Bevor Elizabeth allerdings in Pulitzers Büro auftauchte, lies sie mehrere biografische Stationen hinter sich. Im vergangenen Jahr erschien erstmals eine Biografie auf Deutsch, die den Werdegang der rastlosen Amerikanerin beschreibt, vorgelegt vom italienischen Journalisten Nicola Attadio. Er geht dabei chronologisch vor und beginnt in Elizabeths Kindheit. Sie wurde im Mai 1864 geboren und wuchs in der Nähe von Pittsburgh auf. Als sie sechs Jahre alt war, verstarb ihr Vater. Aus finanzieller Not heiratete ihre Mutter einen Bürgerkriegsveteranen, der als Alkoholiker die Familie in den Ruin trieb; eine Erfahrung, die Elizabeth prägt.

Ihr Einstieg in den Journalismus ist mittlerweile zur Legende geworden: Noch keine Zwanzig, antwortete sie auf die frauenfeindliche Kolumne „What are girls good for?“ der lokalen Zeitung *Dispatch*. In ihrem schnippisch-feministischen Leserbrief argumentierte sie, Frauen könnten sehr wohl außer Haus arbeiten und sollten dafür das gleiche Gehalt beziehen wie Männer. Der Chefredakteur war derart von ihrem Schreiben beeindruckt, dass er ihr prompt ein Jobangebot machte. Zunächst sollte sie die Seiten für Vermischtes und Frauenthemen füllen. Elizabeth, die nun unter dem Namen Nellie Bly schrieb, entschied anders; sie wollte recherchieren und zwar zu politischen Themen. Ihre ersten Recherchen führte sie über die Arbeitsbedingungen in der prosperierenden Stahlindustrie durch. Da sie die Echtheit, der von Industriearbeiterinnen geschilderten Grausamkeiten überprüfen wollte, beschloss sie eine von ihnen zu werden – und ermittelt verdeckt unter einer falschen Identität. Bly popularisierte dieses Genre des *Stunt-Journalismus*: Sie gibt sich später als unverheiratete Mutter aus, die ihr Baby verkaufen will, reist ins Innere von Mexiko und berichtet von dort über Armut und überführt korrupte Lobbyisten in den USA.

Da das Verhältnis zu ihren Vorgesetzten in Pittsburgh nicht reibungslos war und ihre Vorgesetzten sie immer wieder zu den unpolitischen Rubriken abschieben wollten, kam es 1887 zum Bruch mit der Redaktion des *Dispatch*. Aber Nellie bleibt ambitioniert: sie will ihre Reichweite erhöhen und ihr Talent ausreizen; packt ihre Koffer, fährt nach New York und landete bei Pulitzers *World*.

In dieses Details des Leben von Nellie Bly kann man in Attadios Biografie eintauchen, bedauerlicherweise jedoch nicht gleichermaßen in den Zeitgeist der Epoche. Zwar gibt er Einblicke in Pulitzers Geschäftsmodell, aber der Journalismus war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in seiner Blütezeit: Der verkaufte Anteil an Zeitungen versesachte sich zwischen 1870 und 1900. Neue Genres,



Nellie Bly

Nellie Bly war eine herausragende Pionierin des Investigativ-Journalismus. In Luxemburg mischten damals Autorinnen wie Carmen Ennesch und Katrin C. Martin die publizistische Landschaft auf

Formate, Verlagshäuser prägten die Medienlandschaft. Neue Berufsstände schossen aus dem Boden, das öffentliche Leben wurde aufgemischt. Diese bewegte Zeit des journalistischen Handwerks wird in der Biografie kaum erwähnt.

Ihr Biograf zelebriert sie zudem durchgehend als Heldin, dabei spart sie in *Around the World in Seventy-two Days* nicht mit Stereotypen und lässt ihre zickige Seite deutlich zum Vorschein kommen. Während ihrer Weltreise 1889 beschreibt sie ägyptische Bettler als „abstoßend“ und behauptet Chinesen würden umherrennen wie ein Haufen Ameisen.

Trotzdem: Das Buch bringt die Mutter des Investigativ-Journalismus wieder ins Gespräch und bietet Einblicke in die Arbeit einer Frau, die sich voller Enthusiasmus in die Themen stürzte, die sie

beschäftigten. Es bietet einen Rundumschlag über eine außergewöhnliche und mutige Persönlichkeit. Sie interviewte Geistliche, Gedankenleser, Politiker, Polizisten, Arbeiterinnen, die Anarchistin Emma Goldman sowie die Rechtanwältin und Präsidentschaftskandidatin Belva Ann Lockwood, von der sie die Schlagzeile erhielt: „Ich kandidiere, weil dies dazu dient, die Leute an die Vorstellung von einer Frau im Weißen Haus zu gewöhnen“. Sie schrieb Reportagen, Kolumnen, Berichte.

Bly war nicht die einzige Journalistin, die zu jener Zeit populär war. So kämpfte die Journalistin Elizabeth Bisland des *Cosmopolitan* während ihrer Weltumrundung um den Weltrekordbruch. Und ab den 1890er-Jahren entwickelte sich der Enthüllungsjournalismus zum Geschäftsmodell, immer mehr Frauen wurden als *Undercover*-Journalistinnen angeheuert.

In Luxemburg gründeten die Pionierinnen ihrerseits in den 1920ern erste Magazine, wie die beiden zur Lehrerin ausgebildeten Catherine Schleimer-Kill (1884-1973) und Emma Weber Brugmann (1877-1964). Erstere publizierte ab 1927 die Zeitschrift *Action Féminine* und Weber-Brugmann lancierte 1933 *Die Luxemburgerin*, *Zeitschrift für die gesamten Fraueninteressen Luxemburgs*.

Besonders aber Katrin C. Martin (1901-1983) fiel mit ihrer Unrast, Exzentrik und Lust am Risiko im publizistischen Betrieb auf – ähnlich wie Bly. Während 18 Jahren reiste Martin als Journalistin um die Welt, hauptsächlich durch Südamerika, bevor sie 1938 nach Luxemburg zurückkehrte und zunächst für die *Luxemburger Zeitung* schrieb. Nach Stationen beim Escher Tageblatt und dem *Luxemburger Wort* wurde sie 1948 Chefredakteurin der *Revue*. Letztere wird unter Martin modernisiert und erreichte eine Auflage von über 30 000 Exemplaren. Den Berichten zufolge spielte die Kettenraucherin häufig mit Starallüren, scheuchte als Chefin ihre Angestellten umher, verprasste ihr Vermögen im Casino und wurde letztlich von der Justiz aufgrund des Betrugs aus dem Land verwiesen. Sie verbrachte ihr Lebensende in Italien, veröffentlichte jedoch unter einem Pseudonym weiterhin in der luxemburgischen Presse Artikel.

Binge-watching

Exposés

Loïc Millot

La plateforme *Netflix* n'en finit plus d'étonner, que ce soit par ses propositions audiovisuelles inédites ou par sa façon de bousculer le fonctionnement traditionnel de l'industrie cinématographique. Pour prendre l'un des derniers exemples en date, la société américaine a mis en place en 2018 un programme de vulgarisation scientifique intitulé *Explained* (*En bref* en France) où sont déchiffrés des sujets que l'on pouvait croire réservés à une poignée de spécialistes... Mais le savoir, qu'il soit de nature sociologique, technologique ou autre, est un bien commun qu'il convient de partager le plus largement possible. C'est une question d'intérêt général, au même titre que le financement des hôpitaux, du social, des écoles et des universités. Des inégalités sociales à l'ADN, de la monogamie au coronavirus récemment, de nombreux thèmes sont ainsi passés en revue, expliqués en des termes clairs et selon un format court (de vingt à trente minutes), révélant une fois de plus la réactivité et la capacité d'adaptation de *Netflix*.

Dans un même registre, c'est la série documentaire *Pandemic* qui fait cette fois-ci le buzz. Si l'on fait abstraction des fictions d'anticipation, elle est peut-être la seule à avoir vu venir la situation sanitaire que nous connaissons actuellement. Au point d'être parvenu à anticiper l'irruption du coronavirus en Europe, puisque *Pandemic* a été diffusé pour la première fois le 22 janvier 2020 sur *Netflix*. Un mois et demi plus tard, nous étions confinés, démunis et abasourdis par l'épidémie qui nous tombait dessus. Passée presque inaperçue sous le flot continu des propositions de la plateforme, il est devenu aujourd'hui impossible de ne pas regarder *Pandemic*, tant cette série s'identifie désormais à l'actualité.

En six épisodes, cette mini-série documentaire produite par Elena Sorre et Veronika Adaskova propose un tour du monde des épidémies – d'Ebola à la rougeole, en passant par les différentes formes de grippe auxquelles nous sommes confrontés depuis une quinzaine d'années (grippe A, aviaire, porcine...) – et des politiques sanitaires mises en œuvre pour informer, prévenir et, lorsqu'il est trop tard, procéder le mieux possible à la guérison des personnes infectées. Sur les vestiges antiques qui subsistent à Rome, autrefois capitale glorieuse de l'Empire romain, nous méditons sur la finitude de l'Homme et des civilisations en présence de Dennis Carroll, directeur de l'unité contre les menaces émergentes à l'Agence américaine pour le développement international. Aux États-Unis, nous découvrons le travail des chercheurs, hommes et femmes mobilisés au quotidien pour anticiper l'émergence de maladies et d'une contagion de masse. C'est le cas par exemple de la docteure Syra Madad, à New York, directrice du programme spécial des pathogènes pour les hôpitaux de la ville, qui fait face à une épidémie de grippe et de rougeole – une maladie que l'on croyait éradiquée et qui a refait surface ces dernières années aux USA. Une chaîne de responsabilités se met alors en place dans tout le pays : des politiques aux chercheurs spécialisés dans la faune sauvage, sans oublier les vétérinaires et les chasseurs que l'on voit manipuler avec maladresse des canards vivants pour leur faire subir des tests de dépistage... Les oiseaux migrateurs sont en effet les principaux vecteurs d'épidémie dans le monde et, pour cette raison même, il convient de les surveiller de près. De la faune au bétail, puis du bétail aux hommes, l'enjeu consiste à rompre le cycle de la transmission épidémique. Autre initiative américaine, celle du laboratoire indépendant Bio Distributed, dont les scientifiques cherchent le vaccin qui viendrait à bout de la grippe, ou encore celle de cette infirmière à la retraite devenue bénévole qui se charge de vacciner les réfugiés mexicains fraîchement arrivés sur le territoire.

En compagnie du docteur Michel Yao, nous nous rendons en République du Congo pour contenir la propagation du virus Ebola, qualifié d'« urgence sanitaire internationale » par l'Organisation Mondiale de la Santé (OMS). Sur place, le personnel de santé se concerta pour empêcher que l'épidémie n'atteigne les grands centres urbains surpeuplés du pays. D'autres pays, d'autres continents sont représentés : l'Égypte, régulièrement frappée par la grippe aviaire, mais aussi l'Inde où la région du Rajasthan concentrait 70 pour cent des cas de grippe porcine du pays. Sans oublier l'Asie via le Vietnam et la Chine, principal foyer de virus depuis plusieurs décennies... L'autre aspect de ces mesures, qui fait pendant aux efforts des équipes médicales, ce sont les obstacles rencontrés de par le monde. Et ces derniers sont nombreux : mouvements et lobbyings anti-vaccin, considérés par l'OMS comme le deuxième facteur d'épidémie le plus important dans le monde ; concentration de plus en plus resserrée du bétail et des hommes ; théories et campagnes de désinformation complottistes ; enfin la pauvreté d'une grande partie de la population mondiale, là où d'importantes coupes dans le budget de la santé affectent les pays riches (une baisse de vingt pour cent fut par exemple décrétée par Donald Trump). Quelques photos en noir et blanc prises à l'issue de la Première Guerre mondiale de militaires et d'infirmiers affublés de masques sanitaires suffisent à rappeler ce à quoi nous nous exposons.

stellung wurde überdies prominent das journalistische Schaffen von Liliane Thorn-Petit (1933-2008) aufgerollt. Als ihr Mann Premierminister wurde, wuchs der gesellschaftliche Druck: Sie musste ihre Karriere aufgeben und sich als Hausfrau um Mann und Sohn kümmern. Thorn-Petit hängte ihren Beruf an den Nagel, tauschte Schreibmaschine gegen eine Schachtel Pinsel: In ihrem Atelier wendete sie sich fortan der abstrakten Kunst zu.

Elizabeth Cochran heiratete auch. Mit 30 gab sie dem 40 Jahre älteren Industriellen Robert Seaman das Jawort und den Journalismus vorerst auf. Allerdings stand sie nicht tagein tagaus hinter dem Herd, sondern stieg in das Geschäft mit der Stahlindustrie ein. Ihr Unternehmen ging jedoch insolvent und sie landete noch vor der endgültigen Unternehmensauflösung als Journalistin an der Ostfront. Dort berichtete sie über den Ersten Weltkrieg. Mit 57 starb sie in der Bronx an einer Lungenentzündung.

Nicola Attadio: *Nellie Bly – Die Biografie einer furchtlosen Frau und Undercover-Journalistin*; Orell Füssli, Oktober 2019; 214 Seiten; ISBN 978-3280057155

STIL

Guccis Rache

Ines Kurschat

Könnte das Coronavirus zum Wendepunkt der Globalisierung werden? Schafft Covid-19, was die Klimaaktivistin Greta Thunberg nicht geschafft hat – dass die Politik stärker den Ratschlägen der Wissenschaft folgt? Noch vor wenigen Wochen überboten sich Philosophinnen und Kommentatoren mit Vorschlägen, wie Wirtschaft und Gesellschaft nach der Pandemie grüner, gerechter und lebenswerter gestaltet werden könnten. Wie würden sich Paare und Lebensgemeinschaften die Familienarbeit in der Nach-Corona-Zeit besser aufteilen? Berufe wie Krankenpfleger, Erzieherin, Supermarktangestellter oder Lastwagenfahrerin sollten die Anerkennung bekommen, die dem Stellenwert entsprechen, den ihre Tätigkeiten haben, damit das System nicht zusammenbricht.

Auf individueller Ebene klang es nicht grad so großspurig, aber ähnlich: Die einen hatten keine Wahl, weil mit systemrelevanten Job. Die anderen wollten ihren Alltag entschleunigen, sich von Hektik und Stress befreien, mal wieder in Ruhe ein Buch lesen oder spazieren gehen. Bessere Luft zum Atmen als Anstoß zum Ausstieg aus dem ewig drehenden Hamsterrad. Nicht wenige sangen ein Loblied aufs Fahrrad, kühlten sich mit neusten Diät-Trends (vegan oder Fodmap, Abkürzung für fermentierbare Oligo-, Di- und Monosaccharide und Polyole, eine Diät, die, Achtung Hipsterfreunde, Avocado als Beschwerde-Trigger führt) oder backten wie besessenen bröseliges Brot.

Mal ehrlich: Haben Sie daran geglaubt? Haben Sie gedacht, durch Corona würde alles anders? Haben Sie das Gerede von der virusbedingten Zäsur, die zur Bewusstwerdung der schädlichen Seiten des westlichen Lebensstils und der Globalisierung führe, für bare Münze genommen?

Und jetzt? Kaum hat die Regierung die ersten Lockerungen von der Massenquarantäne angekündigt, fühlt man sich wie eine Woche nach Silvester: Wegen mangelnder Bewegung und trotz dubioser Diät ein paar Pfunde mehr tragend, sind die besten Vorsätze ... alle wieder vergessen. Alles drängt nach draußen, aber nicht an die frische Luft, sondern in klimatisierte Bau- und Heimwerkermärkte, die, dem Premier sei Dank, unter den ersten Geschäften waren, die nach dem gelockerten *Lockdown* öffnen durften.

Am Anfang begegnete man auf verlassenem Straßen nur vereinzelt Menschen, die zur Arbeit eilten. Mit Maske, als Schutz für sich selbst oder die



Die Rachelust der um ihren Luxuseinkauf Betrogenen ist groß

anderen. Doch mit jeder weiteren Regierungspressekonferenz konnte man zuschauen, wie sie kühner wurden. Inzwischen liegt der erste Stau

hinter uns. Gefühlt trägt nur noch jede/r zweite eine Maske und oft so, als sei sie Accessoire, aber kein sanitärer Schutz gegen ein aggressives Virus.

Es gab Hinweise, dass nach Corona vor Corona sein würde: Dass die Versammlungsfreiheit beschränkt war, juckte außer ein paar Ceta-GegnerInnen niemand; Grüne und Linke sind als Miesmacher und DauernörglerInnen bekannt. Der Aufschrei der katholischen Kirche, sie dürfe trotz *Déconfinement* keine Messen abhalten, fand kaum Widerhall. Ein Rechtsprofessor philosophierte in einer Tageszeitung über die Rückkehr zum Rechtsstaat, ein paar Oppositionspolitiker mahnten zur „parlamentarischen Wachsamkeit“. Sollen sie doch. Oma und Opa, im Altersheim fast wie gefangen, und Menschen, die alleine starben, sorgten vereinzelt für Empörung. Doch die meisten nahmen die beschnittenen Freiheitsrechte lässig hin. Hier und da wurde auf *Facebook* über Panikmache gelästert. Die Mehrheit aber verlangte nicht einmal plausible Gründe in Form überprüfbarer Statistiken, Prognosen und Pläne für die Beinahe-Ausgangssperre. Wozu? Die Regierung regelt das schon.

Mit den Lockerungen aber kommt plötzlich Bewegung auf. Ein Recht ist doch irgendwie heilig. Am Samstag in der Stadt ein erstes Bad in einer Menschenmenge. Für die einen ein Schock. Wo kommen die alle her, was wollen sie? Für die anderen Auftakt zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse. Vor Geschäften stauen sich Schlangen, als gäbe es Freibier. Sie stehen nicht vor kleinen Läden, um den lokalen Handel anzukurbeln, der seit dem *Shutdown* ums Überleben kämpft. Nicht vor der Näherei, die für sieben Euro selbstgemachte Baumwollstoffmasken verkauft. Sondern vor Luxus-Ketten wie Louis Vuitton, Chanel oder Christian Dior. Jean Asselborn, Außenminister, hat ein feines Gespür für das, was die Massen bewegt: Auf *Facebook* ließ er ankündigen, dass bald wieder belgische *Shopping-Malls* aufgesucht werden können. Getreu dem Motto: Wohnst Du noch oder lebst du schon?

Mit einem Mal unterscheiden sich Nationen und Kulturen kaum mehr: Als in Ghoangzhou die Geschäfte nach wochenlanger strikter Quarantäne wieder öffneten, stürmten die Menschen dort in die Luxusgeschäfte. Maison Hermès soll an einem einzigen Tag einen Umsatz von mindestens 19 Millionen Yuan, rund 2,4 Millionen Euro gemacht haben. Das Post-Covid19-Einkaufsfieber trägt sogar einen eigenen Namen: *Revenge-Shopping*. Nur: Wer rächt sich da an wem? Für diejenigen, die sich weiterhin nicht vor die Tür trauen, kündigte Mark Zuckerberg diese Woche neue *Shopping-Funktionen* auf *Facebook* und *Instagram* an. Alles gucci, oder was?

L'endroit

À force d'attendre une vaine réouverture de leur restaurant, certains Chefs se sont donné la peine de développer des activités parallèles, histoire de ne pas les voir désespérer. Il y a ceux qui font traiteur ou *take-away*, les uns toute la semaine, les autres uniquement le week-end. Et puis il y a Christophe Schivre qui vient de mettre un *shop* dans son restau. Jamais à court d'idées, celui qui a géré le Chiggery pendant des années a repris le Braustübl ensuite pour le métamorphoser de fond en comble. **La table de la chapelle** favorise depuis son ouverture les rencontres entre potes, de bureau ou privés, qui viennent grignoter des petits plats sympas et sans prétention en sirotant un bon pinard. Depuis quelques semaines, on s'y prépare au déconfinement en espaçant les tables, et en revoyant toute la structure de la grande terrasse-jardin et de sa « plage ». En attendant le jour X que personne ne connaît encore aujourd'hui, Christophe a libéré un coin de la brasserie pour y créer le « Shoppelle », épicerie pour gourmets dans laquelle on trouve fruits et légumes, ainsi que toute une série d'autres denrées alimentaires. Et surtout les bocaux maisons qui sont proposés à emporter depuis un an: un risotto, une soupe, une lasagne, un tajine à l'agneau et pruneau-abricots, l'autre au poulet-olives, un au saumon et un au tian de légumes. Le tout est préparé et stérilisé en maison et se conserve une dizaine de jours. À commander exclusivement sur : www.latabledelachapelle.com GD

L'association



Au sujet du confinement, on nous avait donné toutes sortes de conseils imaginables. Comment se distancier en société et dans les transports publics, dans les commerces, où et comment porter un masque, comment se laver les mains, j'en passe et des meilleurs. Mais la sexualité, personne n'y a vraiment fait référence. Or, on peut lire sur les réseaux sociaux que surtout des jeunes se sentent parfois désorientés, car ne pas faire de bisous ni tendre simplement la main voudrait dire que « no sex » sur toute la ligne? Une association vient maintenant à leur rencontre pour leur dire que non, mais... mais quoi? Eh bien, il faut poser la question à **Pipapo**, groupement avec siège avenue de la Liberté qui s'est créé pour faire de la prévention dans les endroits festifs. Présents dans des salles de concerts avec un stand, ils distribuent des bouchons d'oreilles, des préservatifs et mènent des enquêtes sur les la consommation de produits psychoactifs. « Sex, drogues et rock'n'roll » sont donc en principe leurs soucis majeurs et ils essaient ainsi d'éviter aux noctambules des mauvaises surprises et des lendemains qui déchantent. Sur leur page facebook, ils préviennent les jeunes de laisser tomber une sexualité trop franche en période de virus, et proposent des alternatives à ceux qui ne sont pas en couple. Par ailleurs, ils organisent aussi des sessions de deejaying sur la page. Le site principal: pipapo.lu GD

d'Land méi mobil

Désormais, les abonnés peuvent lire le Lëtzebuerger Land sur leurs iPad et iPhone, ainsi que sur leurs portables et tablettes pourvus du système d'exploitation Android. Il suffit de télécharger l'application dans l'App Store de Apple ou dans le Play Store de Google.

www.land.lu
